Donnerstag, 30. Mai 1985 - D * * *

Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 · Ständige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ...-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 123 - 22. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Absage: Bundeskanzler Kohl hat es abgelehnt, den nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramirez während seines Bonn-Besuchs zu empfangen. Ramirez war am Dienstag mit Außenminister Genscher zusammengetroffen. Dabei hatte Genscher auf die Belastung der bilateralen Beziehungen durch jüngste Äußerungen von Vertretern der Junta in Managua hingewiesen.

Polen: Die Landflucht in der Umgebung von Glogau im Bezirk Liegnitz hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Umweltverschmutzung durch die Kupfergroßhütte in Glogau hat den Boden sauer gemacht. Auch Schulen mußten schon geschlossen werden. (S. 10)

Golfkrieg: Das deutsche Containerschiff „Norasia Rebecca" ist gestern im südlichen Teil des Golfs von zwei, vermutlich irakischen, Kampfflugzeugen angegriffen und durch eine Rakete beschädigt worden. Personen kamen nicht zu Schaden. (S. 10)

Nahost: Israel wird in der kommenden Woche seinen Rückzug aus Libanon beenden, teilte Ministerpräsident Peres mit.

Dialog: Als erster Regierungschef eines NATO-Staats ist Italiens Ministerpräsident Craxi gestern in Moskau mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow zusammengetroffen. (S. 5)

Polen: Nach den jüngsten kritischen Äußerungen des Klerus hat Warschau gestern die polnische katholische Kirche vor einer Überschreitung ihrer seelsorgerischen Aufgaben gewarnt. Besonders gefährlich, so schrieb der Minister für religiöse Angelegenheiten, Lopatka, im Parteiblatt „Trybuna Ludu", seien „Symptome des Klerikalismus", die mit den Absichten der Gegner der Verfassung und des politischen Systems übereinstimmten. (S. 10)

Verstärkung: Das sowjetische Innenministerium hat rund 55 000 Mitglieder der KPdSU für Polizeiaufgaben rekrutiert. Sie sollen sich, erklärte Innenminister Fedortschuk, „strikt und entschieden" der Verbrechensaufklärung widmen. Vermutlich werden sie in der Anti-Alkoholismus-Kampagne eingesetzt.

Erfolg: Nord- und Sükorea haben sich grundsätzlich darauf verständigt, daß die seit dem Koreakrieg getrennten Familien einander besuchen dürfen. Ein gemeinsames Komitee soll die Details erörtern.

Libanon: Präsident Gemayel ist gestern knapp einem Mordanschlag entkommen. Zwei Raketen schlugen im Präsidentenpalast im Beiruter Vorort Baabda ein, als sich Gemayel in dem Gebäude aufhielt. Der Präsident blieb unverletzt. Später flog er zu einem Treffen mit Syriens Staatschef Assad nach Damaskus.

ZITAT DES TAGES



» Das Verhältnis zwischen unseren Ländern ist vernünftig und normal. Es geht darum, die Beziehungen weiter zu festigen, sie zu stärken, in das Bewußtsein der Bürger zu tragen und für Europa zu nutzen «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor seinem Staatsbesuch in den Niederlanden (S. 3) FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Entwicklungshilfe: Die Aufwendungen der Geberländer sind seit 1980 von 40 auf 36 Milliarden Dollar pro Jahr zurückgegangen, errechnete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Vor allem die Opec-Staaten haben ihre Leistungen gekürzt. (S. 11)

Hochtief: Für 1984 wird wieder eine Dividende von 20 Prozent ausgeschüttet, obwohl der Jahresüberschuß von 275 auf 216 Millionen DM zurückgegangen ist. Zum Ergebnis trug wieder überproportional das Auslandsgeschäft bei, im Inland wurden nur „knappe Spannen" verzeichnet. (S. 13)

Ölimporte: Die Einfuhren der Bundesrepublik lagen in den ersten vier Monaten mit 22,6 Millionen Tonnen um 5,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Gleichwohl fiel die Rechnung wegen höherer Preise mit 15,4 Milliarden DM um 6,4 Prozent höher aus als vor einem Jahr.

Börse: An den Aktienmärkten sorgten Auslandsaufträge wieder für steigende Kurse. Banken und Chemiewerte waren gesucht. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 188,6 (187,4). BHF-Rentenindex 102,609 (102,554). Performance Index 102,749 (102,665). Dollarmittelkurs 312,60 (311,27) Mark. Goldpreis 311,20 (311,25) Dollar.

KULTUR

Versuch einer Bilanz: Goethe-Gesellschaft und Gegenwart. Zum hundertjährigen Jubiläum der Gesellschaft versuchen Mitglieder aus Ost und West auf der Hauptversammlung in Weimar, eine Bilanz zu ziehen. (S. 21)

Oper: Wer sich leichte Opernkost vorgestellt hatte, mußte von der Freiburger Inszenierung von „Cosi van tutte" enttäuscht sein. Unter der „DDR"-Regisseurin Ruth Berghaus geriet sie in die Nähe einer Mathematikaufgabe. (S. 21)

SPORT

Olympia: Das Internationale Olympische Komitee hat einen Werbe-Vertrag abgeschlossen, der bis Ende 1988 rund 300 Millionen Dollar bei der Vermarktung Olympischer Spiele und Embleme einbringen soll. (S. 9)

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund hat den Zweitliga-Klubs Hertha BSC Berlin und Offenbacher Kickers wegen fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit die Lizenz für die kommende Saison verweigert. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Ameisen: Milliardenfach sind sie unterwegs, ständig auf der Suche nach Futter. Sie treiben Viehzucht und Ackerbau, halten Sklaven und vertreiben Feinde mit ihrer „chemischen Keule": die Ameisen. Ohne sie wäre es um unsere Wälder schlecht bestellt. (S. 22)

Teure Sucht: Rund 300 000 Mark kostet nach Schätzung der Krankenkassen ein von harten Drogen Abhängiger, bis er sich zu einer Entziehung entschließt. (S. 22)

Wetter: Wechselnd bewölkt, teilweise Schauer. 17 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Börner will jetzt den Grünen die Energiepolitik überlassen

Befremden in der hessischen Wirtschaft über das Koalitions-Angebot

DW. Wiesbaden/Alsfeld

Im Falle des Zustandekommens einer rot-grünen Koalition in Hessen, für die seit gestern ein konkretes Angebot Ministerpräsident Holger Börners (SPD) vorliegt, würden erstmals in der Bundesrepublik Deutschland die Alternativen maßgeblichen Einfluß auf die Kernenergiepolitik erhalten. Börner hat, wie von Sprechern der Grünen bestätigt wurde, dieser Gruppierung ein um die Zuständigkeit für Energiefragen erweitertes Umweltministerium offeriert. Das politisch Pikante an diesem Angebot: An der Atompolitik war die parlamentarische Zusammenarbeit beider Parteien Ende 1984 zerbrochen.

Die Weichen für eine Neuauflage der rot-grünen Kooperation, diesmal sogar als Koalition, waren von den Verhandlungskommissionen beider Seiten in der Nacht zum Mittwoch gestellt worden. In dem neuen Papier wird nach Angaben der Grünen festgelegt, daß bislang strittigen Fragen zu den Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe auf der Basis des Kompromißpapiers gelöst werden, das eine Expertenkommission im Mai vorgestellt hatte. Ziel sei es, „die von der Bundesregierung geplante Plutoniumwirtschaft" zu verhindern. In dieser Frage soll Hessen, so ist es die Absicht der Grünen, auch den verfassungsrechtlichen Konflikt mit der Bundesregierung austragen.

In der hessischen Wirtschaft hat das Börner-Angebot – es wurde während des Hessen-Tages '85 in der oberhessischen Stadt Alsfeld bekannt – Befremden ausgelöst. Die hessischen Unternehmerverbände warfen die Frage auf, ob sich die SPD aus der „beschäftigungspolitischen Verantwortung für die Arbeitnehmer der Plutoniumwirtschaft stehlen" wolle. Für den Fall einer Koalition, in der die SPD das Umweltressort samt der Verantwortung für die Energiepolitik an die Grünen abgäbe, wurden erhebliche Spannungen zwischen der Wirtschaft und der Regierung vorausgesagt, „bei der Arbeitgeber und Gewerkschaften Schulter an Schulter ständen". Diese Bemerkung zielt auf die erhebliche Unruhe ab, die bei den Arbeitnehmern der Nuklearbetriebe entstanden ist. Sie hatte sich auch auf dem Parteitag der SPD Hessen-Süd in Unmutsäußerungen entladen.

Ministerpräsident Börner hat seine Offerte unter der Voraussetzung gemacht, daß die Grünen dem Landeshaushalt 1985 noch vor der Sommerpause zustimmen und beide Parteien sich bis Ende des Jahres über einen Doppeletat 1986/87 einigen. Die Zustimmung der Grünen zum Haushalt '85 sei allerdings die „Probe" für ein späteres Regierungsbündnis, hieß es weiter.

Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Finanzminister Hans Krollmann, gab in Alsfeld Präzisierungen. Sollten die Bemühungen um eine zuverlässige Grundlage für die Regierungspolitik bis zum Ende der Legislaturperiode 1987 scheitern, werde Börner versuchen, im Landtag eine andere Mehrheit für den Haushalt '85 zu erhalten. Sollte dieses nicht gelingen, so werde Börner dem Landtag die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen vorschlagen.

Die Grünen wollen in der nächsten Woche während einer Klausur-Tagung sich zu der Offerte der Sozialdemokraten konkret äußern.

Reagan will den Mittelstand fördern

US-Präsident plant radikale Steuerreform / Unternehmen stärker zur Kasse gebeten

F. WIRTH, Washington

Präsident Reagan hat der amerikanischen Nation Pläne für die bisher radikalste Steuerreform seit vier Jahrzehnten vorgelegt. Er nannte sie selbst die „zweite amerikanische Revolution", eine „Revolution der Hoffnung und der Möglichkeiten". Hauptziel dieser Reform ist es, das bis zur Undurchschaubarkeit kompliziert gewordene amerikanische Steuersystem zu vereinfachen und zugleich fairer zu machen. Sie räumt zugleich mit den bisherigen Sonderinteressen im Steuersystem auf, von denen einige Unternehmen rigorosen Vorteil bis zur vollkommenen Steuerbefreiung zogen.

Die Reform, deren Einzelheiten noch bekannt gegeben werden, reduziert die bisherigen 14 Steuersätze auf drei und zwar auf Standardsätze von 15,25 und 35 Prozent. Dabei wurde der bisherige Spitzensteuersatz für Einkommen über 70 000 Dollar von 50 auf 35 Prozent gesenkt.

Hauptnutznießer dieser Reorm sind jedoch die Bürger der unteren und mittleren Einkommenklassen, die Steuererleichterungen von durchschnittlich sieben Prozent erwarten können. Dagegen werden eine Reihe großer Wirtschaftsunternehmen, die bisher intensiven Gebrauch von den Schlupflöchern des Steuersystems machten, mit höheren Körperschaftssteuern belastet.

Befürchtungen, daß diese höheren Steuerbelastungen die Investitionsbereitschaft der Industrie lähmen und zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums führen könnten, wurden von Reagan nicht akzeptiert. Er erwartet im Gegenteil von der erhöhten Kaufkraft, die diese Reform dem amerikanischen Durchschnittsbürger gibt, neue Impulse für die amerikanische Wirtschaft.

SEITE 2:
Kahlschlag im Dschungel

Steuerreformen sind seit vier Jahrzehnten ein großes aber unerfülltes Thema aller Präsidenten geworden. Bisher hatten die Demokraten bei diesen Bemühungen stets die Initiative übernommen. Ronald Reagan hat ihnen nun praktisch die Schau gestohlen und ist mit seiner Reform in ihr sozialpolitisches Terrain vorgedrungen. Die Reform ist zugleich mit ihrem starken Appeal für den einfachen amerikanischen Bürger der Versuch Reagans, die Republikaner zu einer „Volkspartei" zu machen.

Den Demokraten blieb keine andere Wahl, als diese Initiative Reagans prinzipiell zu unterstützen. Sie nannten die Reform jedoch zunächst nur einen „guten Start" und kündigten an, in den kommenden Monaten auch diese Reform zu reformieren und im Kongreß einige Änderungen durchzusetzen. Ihr Ziel ist es, dieser Reform ihren eigenen Stempel aufzudrücken und am Ende gar dem Präsidenten das „Eigentumsrecht" an dieser Reform streitig zu machen.

Reagan nannte in einer 20-minütigen Fernsehansprache an die Nation das bisherige Steuersystem mit seiner Berücksichtigung unzähliger Sonderinteressen „un-amerikanisch". Er bezeichnete seine Reform als „einen historischen Versuch, den Begriffen Freiheit, Fairneß und Hoffnung eine neue Bedeutung zu geben".

Brandt versucht Kritik abzufangen

In Moskau Bekenntnis zum westlichen Bündnis / Bahr gegen einseitige Schritte der Sowjets

DW. Moskau

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat zum Abschluß seiner Gespräche in Moskau ein Bekenntnis zum westlichen Bündnis abgelegt und damit den Versuch unternommen, der massiven Kritik aus dem Bonner Regierungslager am Gleichklang der Äußerungen von SPD und KPdSU zur Sicherheitspolitik die Spitze zu nehmen. Brandt plädierte für „etwas kühnere einseitige Schritte" des Kreml zur Beendigung des Wettrüstens (eine Aufforderung, die sich auf Möglichkeiten bei der Verwirklichung eines *Moratoriums* bezog), wurde aber in dieser Frage vom SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr konterkariert.

Bahr nannte einseitige Schritte aus sowjetischer Sicht „sehr riskant". Denn, so seine These, die UdSSR sei schon heute bei den strategischen Atomwaffen den Amerikanern unterlegen. Bahr forderte die USA zu einseitigen Schritten auf.

Brandt sagte, es wäre falsch, wenn die UdSSR die SPD als antiamerikanische Partei einschätzen würde: „Wir lassen uns ein Russen-Plakat nicht umhängen." Die SPD, wiederholte er auf einer Pressekonferenz vor seinem Rückflug nach Bonn, sei eine deutsche, sozialdemokratische und europäische Partei in der Bundesrepublik, die „ihren Platz im westlichen Bündnis hat". Sie unterstelle der Sowjetunion keine Aggressionsabsichten gegen Westeuropa. Er, Brandt, habe aber der sowjetischen Führung klarzumachen versucht, daß ihre militärische Macht von „unseren Völkern als objektives Bedrohungspotential empfunden wird".

Der SPD-Vorsitzende stellte auch in Moskau die Forderung auf, daß eine „neue Phase" in der Entspannungspolitik und im Ost-West-Dialog dringend geboten sei. Ähnlich wie die Sowjets beurteilte auch er die erste Phase der Genfer Rüstungskontrollgespräche mit den USA als negativ. Washington und Moskau müßten zu der Einigung ihrer Außenminister Shultz und Gromyko über die gegenseitige Abhängigkeit der drei Verhandlungsthemen (strategische Waffen, Mittelstreckenraketen und Weltraumwaffen) zurückfinden, um den „toten Punkt" zu überwinden.

Auf Fragen bestätigte Brandt, daß in seinen Gesprächen mit der sowjetischen Führung auch das Thema Afghanistan vorgekommen sei. „Daß wir das nicht in voller Übereinstimmung getan haben, liegt auf der Hand." Fragen nach Einzelheiten wollte er nicht beantworten. „Es reicht, das Thema zu benennen."

Hindernisrennen um Katalysatorvorteile

HEINZ HORRMANN, Bonn

Wer Steuervorteile für schadstoffarme Autos einheimsen will, dem steht eine Odyssee durch die Behörden bevor. Ein Beispiel: Mit der Information des Kraftfahrt-Bundesamtes, daß sein Peugeot 205 Diesel, Baujahr '84, zu den schadstoffarmen Autos zählt und damit von der Steuer befreit wird, machte sich ein Angestellter aus Kleinrinderfeld bei Würzburg auf den Weg, um sich für die Vergünstigung den behördlichen Segen zu holen. Doch aus dem kurzen Termin beim Landratsamt wurde eine mehrtägige Irrfahrt von Behörde zu Behörde. Die Kfz-Zulassungsstelle schickte den Mann zum TÜV nach Würzburg. Da kannte man die neuen Richtlinien noch nicht und beorderte den Dieselfahrer zurück zum Landratsamt. Da aber ohne TÜV-Siegel der notwendige Eintrag im Kfz-Schein auch beim zweiten Anlauf verweigert wurde, suchte sich der nunmehr aufgebrachte Autobesitzer einen anderen TÜV. In Bad Mergentheim spürte er Land unter den Füßen. Ein cleverer TÜV-Mitarbeiter holte sich Nachhilfe bei seiner Stuttgarter Zentrale, machte danach den ersehnten Vermerk und kassierte 44 Mark. Für den Autofahrer konnte damit die zweite Etappe des Behördenweges beginnen.

Nur ein Einzelfall? Leider die Regel. Weder in den Straßenverkehrsämtern noch in den TÜV-Filialen weiß man genau Bescheid, wie die verschiedenen Kategorien zu behandeln sind.

Ein Sprecher des TÜV Rheinland klagt: „Es gibt bedauerlicherweise etliche Beispiele, daß Autofahrer bei dem dauernden Hin und Her geradezu wahnsinnig geworden sind. Den Kollegen in kleineren TÜV-Filialen können wir nur den Rat geben, die nötigen Informationen bei uns abzurufen."

Der Leiter der Kfz-Zulassungsstelle Bonn, Peter Mähler, findet es ärgerlich, daß im Moment keiner die Möglichkeit hat, den Ratsuchenden zu helfen. Die nötigen Richtlinien seien erst im Bundesgesetzblatt Nummer 24 abgedruckt. Und das sei eben noch nicht verfügbar. Da die Finanzbehörden aber alle ungeklärten Fälle erst mal zur Seite legten, käme es zum Glück wenigstens so zu einer ungewollten vorläufigen Steuerbefreiung.

Der ADAC hat einen „Wegweiser" für das Behörden-Chaos zusammengestellt. Die wichtigsten Punkte für schadstoffarme Neufahrzeuge: Normalerweise ist im Fahrzeugbrief bereits vermerkt, daß es sich um ein schadstoffarmes Auto handelt. Der Wagen wird angemeldet, die Zulassungsstelle informiert das Finanzamt. Die je nach Hubraum gewährte Steuerbefreiung (bis zu knapp sieben Jahre) wird von den Bundesländern schon vom Zulassungsdatum an bewilligt.

Die zweite Kategorie sind ältere schadstoffarme Autos. Dazu zählen beispielsweise Modelle, die länger auf dem Markt sind, aber erst nachträglich auch ohne Nachrüstung als schadstoffarm eingestuft wurden. Zu ihnen zählt zum Beispiel der erwähnte Peugeot 205 D. Mit der Bescheinigung des TÜV soll, so der ADAC-Tip, der Halter zur Zulassungsstelle gehen.

Seite 2: Zimmermanns Probleme

DER KOMMENTAR

Macht gegen Vernunft

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Nach der Prügel, welche die Grünen bei den Wahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen bezogen haben, suchen sie jetzt in Hessen offenbar eine vorzeigbare Beteiligung an der Regierungsmacht. Börner wäre ein solcher Handel recht, wenn er ihm eine sichere Regierungszeit bis zur nächsten regulären Hessenwahl 1987 verspräche.

Die SPD praktiziert eine Doppelstrategie. Einerseits jubiliert sie, wenn es ihr gelingt, die Grünen wie im Saarland und in Nordrhein-Westfalen unter die Fünf-Prozent-Marke zu drücken und selbst die absolute Mehrheit zu erobern. Doch das ist andererseits nicht überall möglich. Die nächste Landtagswahl steht in Niedersachsen bevor, und dort kann der SPD-Spitzenmann Schröder nicht darauf hoffen, sich vom 36,5-Prozent-Stand des letzten Landtagswahlergebnisses zur absoluten Mehrheit zu katapultieren. Er muß seine Hoffnungen auf die Grünen und auf eine Zusammenarbeit mit ihnen setzen. Folglich ist die SPD daran interessiert, dieses Modell auszuprägen. Dieser Aufgabe unterzieht sich Börner – trotz des Bruchs mit den unzuverlässigen Bundesgenossen Ende 1984.

Wenn dies Brandts überregionaler Modellrahmen ist, so bleibt zu prüfen, auf welcher Basis das Geschäft in Hessen zustande kommen soll. Wie erinnerlich, war die Zusammenarbeit Börners mit den Grünen an der Atompolitik gescheitert. Am Dienstag haben die Grünen der SPD einen Katalog von acht Fragen vorgelegt, von denen fünf die Atompolitik betreffen. Das Ziel der Grünen ist der schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie, um, wie am Mittwoch erklärt wurde, „die von der Bundesregierung geplante Plutoniumwirtschaft zu verhindern". Die Grünen fragten Börner, ob er bereit sei, die Sachgebiete Umwelt und Energie in einem handlungsfähigen Ministerium zu vereinigen, und sie klopften an, ob ihnen eine personelle Beteiligung offenstehe. Die SPD reagierte unverzüglich mit dem Angebot, die Grünen könnten ein neu zugeschnittenes Ministerium Umwelt und Energie übernehmen. Voraussetzung sei allerdings eine Einigung über die Staatshaushalte einschließlich des Jahres 1987. Um diesen Preis will Börner den Bock zum Gärtner machen.

Die Grünen wollen also als ausgesprochene Anti-Wirtschaftspartei in die Kooperation oder Koalition gehen. Ob ihre erfahrungsgemäß chaotische Landesversammlung den Funktionären folgen wird, bleibt abzuwarten. Aber schon jetzt steht fest, daß Börner die Machterhaltung bis zur nächsten Landtagswahl wichtiger ist als alle wirtschaftliche Vernunft.

Berlin wird 1988 europäische Kulturstadt

DW. Brüssel

Berlin wird 1988 Kulturstadt der Europäischen Gemeinschaft. Die für Kulturfragen zuständigen Minister der EG haben in Brüssel beschlossen, daß Berlin nach Athen, Florenz und Amsterdam die vierte europäische Kulturstadt werden soll.

Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt fand die Unterstützung seiner Kollegen für den deutschen Vorschlag Berlin. Die EG habe die Bedeutung Berlins für die fundamentalen Werte der europäischen Kultur anerkannt, die sich in der Freiheit äußern, sagte Mertes der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Die Minister einigten sich ohne Aussprache auf Berlin. Das Programm für die kulturellen Veranstaltungen im Jahr 1988 wird vom Berliner Senat und der Bundesregierung in eigener Regie zusammengestellt. Aber während in den meisten Delegationen Unsicherheit vorherrschte, ob diese Nominierung auch für Ost-Berlin gilt, ließ der EG-Ratsvorsitzende daran keinen Zweifel. Der italienische Kultusminister sagte nach der Sitzung vor der Presse: „Ich bin überzeugt, daß Kultur keine Grenzen kennt." 1988 werde Berlin sicher auch „die Werte des anderen Teils mitberücksichtigen". „Kultur überschreitet die Grenzen."

In der Vergangenheit hatte Dänemark Zweifel daran geäußert, ob die EG überhaupt für den Kulturbereich zuständig sei. Dänemarks Kulturministerin Mimi Stelling-Jacobsen hatte schließlich erklärt, „von Fall zu Fall" ihre Zustimmung zu den grenzüberschreitenden Kulturprojekten zu geben oder zu verweigern.

Nun auch Mitterrand für Mehrheitsprinzip

rmc. Bonn

Zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand ist bei ihrer Konstanzer Begegnung ein wesentlicher Schritt zur politischen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft vereinbart worden. Beide Staatsmänner wollen sich beim Mailänder EG-Gipfel Ende Juni für die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat einsetzen. Wie Kohl schon in Konstanz ankündigte, wird Mitterand in den nächsten Tagen den gegenwärtig amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, den italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi, in Rom aufsuchen, um das Vorbereitungskonzept für die Mailänder Begegnung der zehn Spitzenpolitiker Europas abzusprechen. Nach Konstanz ist nun auch mit Mitterrands Bemühen zu rechnen, den Gastgeber von Mailand für die Durchsetzung des Mehrheitsprinzips im Europäischen Rat zu gewinnen. Die Bedingungen, unter denen künftig politische Entscheidungen für die EG zu fällen wären, sind dem Vernehmen nach noch nicht im einzelnen abgeklärt. Wie es hieß, wird daran gedacht, die Bereiche genau zu definieren, in denen der Rat mit Mehrheit entscheiden können soll und in denen die Einstimmigkeit der Zehn auch künftig als Voraussetzung für die Willensbildung der EG-Staaten gelten soll. Man erwartet, daß diese Definitionsarbeit einer vom kommenden EG-Gipfel einzusetzenden Kommission hochrangiger Politiker aus allen Hauptstädten aufgetragen wird.

Seite 10: Zwiespältiges Bild

Auch Sofia in Ottawa auf der Anklagebank

USA: Rückschritte für nationale Minderheiten seit 1975

DW. Ottawa

Zum Ende der ersten Phase der KSZE-Beratungen in Ottawa hat der Bonner Delegationsleiter Ekkehard Eickhoff die „engherzige, ja ängstliche Handhabung der Menschenrechte in einigen sozialistischen Teilnehmerstaaten" beklagt. „Was hat ein großes Land von einigen wenigen Bürgern zu fürchten, die unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki Kritik an den mächtigen Behörden des Staates üben?" fragte der Botschafter.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der kanadischen Hauptstadt, auf der sich 35 europäische und nordamerikanische Abordnungen zum ersten Mal ausschließlich mit dem Thema Menschenrechte beschäftigen, soll am 17. Juni zu Ende gehen.

Unter offensichtlichem Bezug besonders auf die UdSSR und die „DDR" appellierte Eickhoff an die Teilnehmerländer „großzügig und wohlwollend" zu prüfen, ob sie „nicht Abhilfe schaffen könnten, ob sie nicht menschliches Leid lindern wollen". Der US-Delegationschef Richard Schifter zitierte eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und Bulgarien gegen die nationalen Minderheiten und betonte, daß die Rechte von Minderheiten in diesen Ländern trotz der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 nicht Fortschritte, sondern Rückschritte zeigten.

Scharfe Kritik übte Schifter, wie viele andere Delegationen, an Bulgarien. Er rügte die Behandlung der eine Million Menschen zählenden türkischen Minderheit, deren Existenz die Delegation aus Sofia abzustreiten versuchte. Der US-Delegationsleiter betonte, daß diese Minderheit im vergangenen Jahr harter Unterdrückung – zum Teil mit Militärgewalt – ausgesetzt worden sei. Es gebe Berichte über möglicherweise „Hunderte von Toten und eine große Anzahl von Inhaftierungen". Die Vorwürfe der Türkei an die Adresse Sofias waren auch von der Bonner Delegation unterstützt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zimmermanns Probleme

Von Manfred Schell

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der in Bonn auch Verantwortung für den Umweltschutz trägt, stehen am 25. Juni im EG-Ministerrat schwere Verhandlungen bevor. Es geht dabei, wieder einmal, um die Reduzierung der Autoabgase, die zum Kernstück der deutschen Umweltschutzpolitik geworden ist. Die Bundesregierung hat sie gegen mannigfachen Widerstand im In- und Ausland vorangetrieben und am 21. März einen Grundsatzbeschluß der dafür zuständigen europäischen Minister erreicht, der in seiner Formulierung freilich Raum für Interpretationen läßt. Darin heißt es, innerhalb der EG sollen Abgasnormen gelten, die denen in den USA „gleichwertig" sind. Nun schwanken diese Werte aber innerhalb der Vereinigten Staaten; in Kalifornien gelten andere Normen als zum Beispiel in New York. Die Bundesregierung hat aus der Einschätzung heraus, daß die „Gleichwertigkeit" zu den US-Abgaswerten nur mit Hilfe des Katalysators erreicht werden kann, ihre steuerlichen Anreize beschlossen. Außerdem haben die Mineralölfirmen auf dieser Konzeption die Lieferungen für bleifreies Benzin errechnet.

Jetzt zeigt sich, daß die Widerstände vor allem der Briten und Franzosen nicht überwunden sind. Es gibt Signale aus Brüssel, wonach diese beiden Regierungen auf die EG-Kommission einwirken, um laschere Abgasgrenzwerte zu erreichen. Die britische Regierung will dabei sogar solche Werte festgesetzt wissen, die auch ohne den Katalysator erreicht werden können. Wenn es dazu käme, wäre das „deutsche Modell" gescheitert, der politische Schaden für die Bundesregierung und für das Ansehen Zimmermanns unabsehbar. Der Bundesinnenminister, so ist zu hören, will keine Konzessionen machen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß der EG-Ministerrat „Eckpfosten" gesetzt hat und die Abgaswerte innerhalb dieses Feldes bleiben müssen. Wer davon abweichen wolle, der bedürfe der Zustimmung der anderen Partner.

Die EG bleibt somit das eine Problem, dem sich Zimmermann stellen muß. Das andere sind die Verunsicherung und die bürokratischen Widerstände im Inland, die es noch bei der Zulassung abgasarmer Autos gibt. Solange auf allen Ebenen keine Klarheit herrscht, ist es nicht verwunderlich, daß die Käufer zögern.

Noch zahlt Flick nichts

Von Joachim Gehlhoff

Wenigstens ein kleines Erfolgserlebnis hat Deutschlands reichstem Familien-Unternehmer nun das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts im Streit Flick contra Bundesrepublik Deutschland beschert. Auch Friedrich Karl Flick, mit der Spendenpraxis seiner Konzernholding seit Jahren im Zwielicht, findet Richter, die ihn und sein Tun nicht, der landläufigen Stimmung folgend, in Bausch und Bogen verdammen.

Auf einem anderen Blatt steht, wieviel Weisheit in diesem Urteil steckt, das von zwei durch Bonn widerrufenen „Steuerfreischeinen" für Flicks zweistufige Buchgewinn-Wiederanlage von insgesamt 750 Millionen Mark beim amerikanischen Grace-Konzern den ersten Akt (290 Millionen Mark) für steuerpflichtig und den größeren zweiten Akt für steuerfrei erklärt. Erst in etwa einem Monat wird die schriftliche Urteilsbegründung klären, warum die Richter dem Kläger Flick da unter dem Motto „Vertrauensschutz" einen halben Sieg im Kampf gegen eine Bonner Steuernachforderung von insgesamt 456 Millionen Mark zusprachen.

Zahlen wird Flick sicherlich auch dann noch nicht. Der Rechtsstreit wird sich wohl über Jahre hin bis zum Bundesverwaltungsgericht schleppen. Seinen Kardinalpunkt, der weit über den Flick-Fall hinausreicht, legte aber schon die Kölner Verhandlung bloß. Steuerneutralität für Buchgewinn-Wiederanlagen erlaubte Paragraph 4 des Auslandsinvestitions-Gesetzes, wenn diese „der internationalen Arbeitsteilung oder einer verstärkten weltwirtschaftlichen Verflechtung dienen". Welcher Richter oder Ministerialrat soll da eigentlich diesen dienlichen Zweck einer Auslandsinvestition besser als der Unternehmer beurteilen können?

Die Kölner Richter konnten es natürlich auch nicht und konzentrierten sich darauf, daß die einst von Flick schon beim ersten Erwerbsakt vorgetragenen Kooperationspläne mit Grace allesamt nicht Realität wurden. Inzwischen realisierte neue Pläne interessierten sie nicht. Das wird wohl spätestens in der letzten Instanz anders sein. Anders werden aber muß auch ein Steuerrecht, das (mittlerweile nur noch bei steuerneutralen Inlandsinvestitionen) die Ermessensweisheit von Beamten schlicht überfordert.

Blut, Gold und NATO

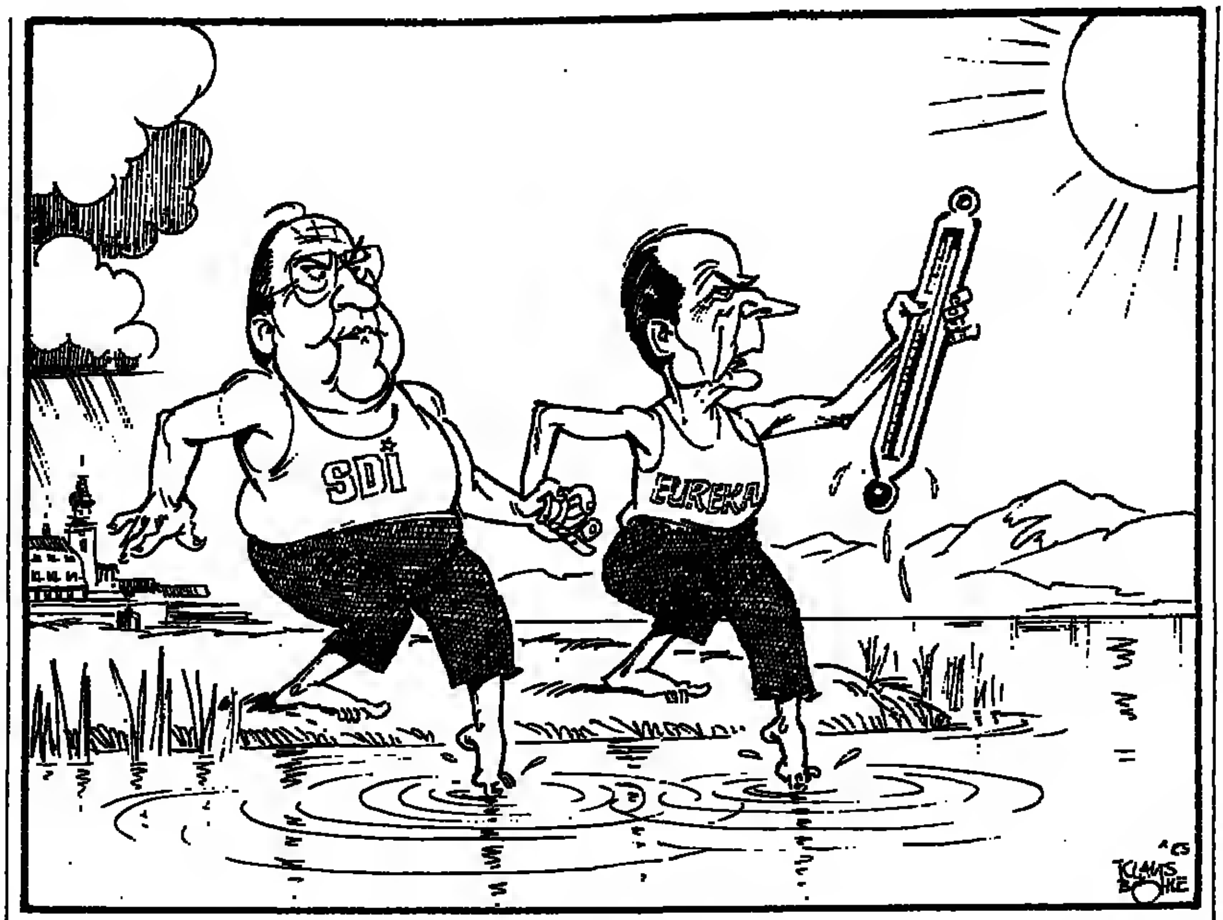
Von Rolf Görtz

Spanien trägt mehr zur Atlantischen Gemeinschaft bei als seine geostrategische Position. Die lebendige Würde, mit der die Nation der Stiftung ihrer rot-goldenen Fahne vor 200 Jahren durch Carlos III. vor ein paar Tagen gedachte, zeugte von einem ungebrochenen Bewußtsein ihrer Geschichte und der in ihr verteidigten Werte. Als Akteure vor der Kulisse des Schloßhofes von Aranjuez wirkten der König, seine Soldaten und das Parlament, vertreten durch eine sozialistische Abgeordnete und einen Abgeordneten der Opposition. Die beiden hißten sie die Fahne: Rot und gelb – Blut und Gold.

Der sozialistische Regierungschef Felipe Gonzalez wahrt in anderer Hinsicht Kontinuität seit seinem Amtsantritt: Er setzt sich für den Verbleib Spaniens in der NATO ein, kollidiert damit aber mit den Kommunisten und dem linken Flügel seiner Partei.

Und sollte die von ihm selbst versprochene Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO stattfinden, so muß er damit rechnen, daß sich viele aus der bürgerlichen Hälfte des Landes und viele seiner eigenen Wähler nicht beteiligen. „Warum sollen wir für den Sozialisten die Kastanien aus dem Feuer holen?" fragt die Opposition. Aber auch ohnehin gibt es Konservative, die die Mitgliedschaft in einer multilateralen Verbindung ablehnen, weil sie sich in der Geschichte häufig von Europa vor den Kopf gestoßen fühlen oder weil sie wissen, daß Neutralität Spanien aus den Weltkriegen herausgehalten hat.

Nun wertet die spanische Verfassung das Ergebnis eines Referendums in bestimmten Fragen nur in Relation zur Höhe der Wahlbeteiligung – etwa bei Abstimmungen über Autonomie. Darauf berief sich Gonzalez vor kurzem, als er erstmals auf den konsultativen Charakter einer NATO-Abstimmung hinwies, die also für die Regierung nicht bindend sei. Auch ein Fernsehinterview seines Verteidigungsministers zeigte, daß die Regierung in Sachen NATO in die Offensive gegangen ist: Serra pries die Friedensaufgabe dieses Bündnisses.



Zu kühl, um baden zu gehen KLAUS BÖHLE

Ein Klima für Unternehmer

Von Gerd Brüggemann

Wenn Meldungen stimmen, die man in diesen Tagen hören konnte, hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau den Wunsch geäußert, bei seinem baden-württembergischen Kollegen Lothar Späth Nachhilfe in Public Relations zu nehmen. Wer sich darob verwundert, da doch Rau selber als Meister in der Verbreitung schönen Scheins gilt, wird möglicherweise durch das harsche Urteil eines Unternehmers auf ein Defizit in der Selbstdarstellungspalette des Ministerpräsidenten aufmerksam. Für die Wirtschaft des Landes, so stellte der Mann fest, sei das Ergebnis der Wahl vom 12. Mai ziemlich gleichgültig. Weder Rau noch sein gescheiterter Herausforderer Bernhard Worms seien Männer, von denen Verständnis für Unternehmer und ihre Probleme erwartet werden dürfe.

Und es ist Erfahrung, wenn derselbe Unternehmer, der eigentlich Sozialdemokrat ist, von den beiden süddeutschen Ländern Bayern und Baden-Württemberg und ihren Ministerpräsidenten beinahe zu schwärmen beginnt. Tatsächlich läßt sich nicht leugnen, daß die Wirtschaftslage südlich des Mains besser ist, als in den nördlichen Bundesländern; daß an Donau und Neckar der Strukturwandel der Wirtschaft schneller vorangeht als anderswo; daß Neugründungen dort erfolgreicher und die Arbeitslosenzahlen niedriger sind. Dies kann nicht nur an der schönen Landschaft liegen, an der Lebensqualität der Städte. Die gibt es ja auch im Norden, und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind die gleichen, hier wie dort.

Nun sind die Unternehmer in Bayern und Baden-Württemberg nicht allein deswegen unternehmenslustiger als ihre Kollegen anderswo, weil ihre Regierungschefs ihnen Verständnis entgegenbringen. Da kommt schon ein ganzes Bündel an Ursachen zusammen. Aber die Frage stellt sich, was von Politikern erwartet werden muß, deren Ziel es sein sollte, den Wohlstand zu mehren, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue entstehen zu lassen.

Die Beispiele von Strauß und Späth könnten schon ganz lehrreich sein, auch für den Düsseldorfer Ministerpräsidenten, in dessen Land der Strukturwandel besonders langsam vorankommt. Freilich, die beiden süddeutschen Politiker verbreiten eben nicht nur schönen Schein, wie es Rau offenbar in rheinischer Unbekümmertheit vermutet. Sie schaffen vielmehr in ihren Ländern ein politisches Klima, in dem Wirtschaft gedeihen kann.

Unternehmer sind nämlich auch nur Menschen; Zuwendung tut ihnen gut und erleichtert es ihnen, Entscheidungen zu treffen. Es wäre ganz verfehlt anzunehmen, ein Unternehmer wäre ein durch und durch ökonomisches Wesen, unbeeinflußt von Gefühlen und Irrationalismen, dessen Tun sich ausschließlich an den nüchternen Kriterien von Soll und Haben ausrichtete. Die sind natürlich wichtig. Wer keine Gewinne erzielt, kann nicht investieren und damit Arbeitsplätze schaffen. Aber das ist nur eine Voraussetzung unter mehreren. Gewinne lassen sich auch anders verwenden als für Investitionen. Man kann sicher davon ausgehen, daß das politische Umfeld zu den wesentlichen Bestimmungsfaktoren unternehmerischer Entscheidungen zählt.

Man erinnere sich, es ist so lange noch nicht her, daß ein Bundesfinanzminister sich gar nicht genug wundern konnte, als er nach Auflegung kostspieliger Konjunkturprogramme feststellen mußte, „daß die Pferde nicht saufen wollten". Dabei war das gar nicht verwunderlich. Das politische Klima stimmte nicht. Die jahrelange Verketzerung der Unternehmer, das Verkennen iher Rolle im Wirtschaftssystem zeigte Wirkung, und es zeigt sie noch immer.

Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß wirtschaftspolitisches Tun und Lassen fast immer nur in seiner Wirkung auf den Arbeitsmarkt gesehen wird, und das ist eine beklagenswerte Einengung, weil sie den Blick auf Ursachen und Folgen verwehrt. Solches Tun ist nicht nach vorn, sondern nach rückwärts gerichtet. Es behindert die tüchtigen Unternehmer bei der Aufgabe, die ihren Rang und ihre Rolle in der Wirtschaftsordnung allein beschreibt, die Schaffung neuer Strukturen durch Auffinden neuer Märkte. Der Staat kann Übergänge erleichtern, Einbrüche abfedern, aber er darf nicht mit dem alles erschlagenden Arbeitsplatzargument unternehmerisches Fehlverhalten auch noch durch Zahlung von Subventionen belohnen.

Unternehmer, das sind ja nicht nur die Leiter von jenen hundert oder zweihundert Großunternehmen mit vierstelligen Beschäftigtenzahlen, sondern vielmehr jene nach hunderttausenden zählenden Chefs von kleinen und mittleren Firmen, in denen die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung arbeitet; sie werden von solcherart Subventionen ohnehin kaum je erreicht. Aber von diesen Unternehmern vor allem werden Arbeitsplätze geschaffen, gesichert oder auch vernichtet, je nach Lage der Dinge. Sie brauchen Ermunterung, Luft zum Atmen und verläßliche Dispositionsgrundlagen, mit anderen Worten: eine klare und stetige Politik. Wenn dazu noch eine sinnvolle Verringerung der übermäßigen Besteuerung und eine Entlastung von allerlei behördlichen Bevormundungen käme, dann könnten auch neue Jobs entstehen, eher jedenfalls als durch Programme zur Verbilligung von Neubauten, die es schon zur Genüge gibt, durch Umweltschutzbauten oder Stadtkernsanierungen, was immer das sein mag.

Vor allem aber brauchen die Unternehmer Anerkennung durch Politik und Gesellschaft. Und da gibt es Unterschiede in den Ländern der Bundesrepublik. Wie sehr es auch in Bonn daran fehlt, zeigte jüngst der sonst so gescheite Norbert Blüm, als er erklärte, die Schaffung von Arbeitsplätzen sei nun eine Bringschuld der Unternehmer. Weit gefehlt. Bringschuldner bleibt vorerst die Politik.



Schöner Schein allein hilft nicht: Rau FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Jean-Marie Tjibaou

Neukaledonischer Separatist

Von Volker S. Stahr

Der Konflikt um Neukaledonien ist nun sechs Monate alt. Er brach am 1. Dezember aus, als Rebellen die „Unabhängige Republik Kanaky" ausriefen. Ihr Anführer ist Jean-Marie Tjibaou (48).

Er ist ein typischer Melanesier: gedrungene, etwas schwammige und untersetzte Figur, krauses Kopfhaar und ein breitflächiges, massiges Gesicht, allenfalls von etwas hellerem Braun als gewöhnlich. Sein Habitus wirkt bedächtig und selbstbewußt, doch ohne die oftmals stoische Gleichgültigkeit, welche man diesem Menschenschlag nachsagt. Bei ihm überwiegt die kämpferische Note.

Tjibaou kommt aus Hienghène im Nordosten des Landes. Er stammt also aus der „Brousse", dem einfachen und nichteuropäisierten „Hinterland", das von Kanaken besiedelt ist und bereits kurz hinter den Stadttoren von Nouméa beginnt. Eigentlich wollte Tjibaou sein Leben dem Gottes-Dienst widmen. Nach dem Besuch des katholischen Seminars von Paita erhielt er 1965 auch die Priesterweihe. Damals hat der junge Novize seine Lehrherren beeindruckt, sie betrauten ihn sogleich mit der Stelle eines Vikars in Nouméa. Sein Weg „im Dienste des Herrn" schien Tjibaou auf der beschaulichen Südpazifikinsel vorgezeichnet.

Wenige Jahre später kam der tiefe Einschnitt im Leben Tjibaous: Ende der sechziger Jahre studierte er Philosophie und Soziologie in Paris. Dort erlebte er hautnah die im Zuge der Mai-Unruhen 1968 aufkommende Diskussion um bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte, um Staat und Gesellschaft, die Frankreich in diesen Jahren des Umbruchs prägte. Tjibaou kehrte in seine Heimat zurück, legte das Priestergewand ab und predigte fortan vom „Recht der Kanaken auf Selbstbestimmung". Anfänglich hieß dies noch Autonomie – heute versteht Tjibaou darunter Unabhängigkeit. Zunächst war seine Politik gemäßigt und geprägt von seiner christlichen Grundhaltung. Er war 1975 Mitorganisator des Kulturfestivals „Mélanésia 2000", auf dem erstmals die Frage der Identität der Kanaken gestellt wurde. 1977 gründete er die gemäßigte „Union Calédonienne", die sich für die Wahlen von 1979 mit anderen Gruppierungen zusammenschloß und danach gemeinsam mit einer Zentrumspartei die Regierung bildete.



Lernte viel in Paris '68: Tjibaou FOTO: AFP

Der Wandel zur Radikalisierung kam 1981 mit der Ermordung des UC-Generalsekretärs Declerq. Die mutmaßlichen Mörder, zwei Caldoches, blieben unbehelligt und Tjibaou zog die Konsequenzen: Er begründete mit seinen Anhängern die FLNKS („Front pour la Libération Nationale et Socialiste"), die die Wahlen 1984 boykottierte und einen eigenen Premier ausrief. Seither tritt Tjibaou als „provisorischer Regierungschef" auf. Internationale Anerkennung genießt er zwar nur durch einige südpazifische Inselstaaten und – bedingt – durch Australien. Doch seine Stellung ist stark: Als er im Januar zeitgleich mit dem gewählten Senator Ukeiwe (seinem antiseparatistischen Gegenspieler, den er verächtlich „Onkel Tom" nennt) in Paris weilte, rollte die Regierung ihm den „roten Teppich" aus, während Ukeiwe kaum offizielle Beachtung fand.

Die Sozialisten sind im Wort ihrer Wahlversprechen von 1981 und tun viel, um den vergleichsweise noch gemäßigten Tjibaou über den Kompromiß eines mit Frankreich assoziierten Neukaledonien an die Spitze dieses geplanten Staates zu bringen – auch auf Kosten einer erbitterten Kontroverse mit den Rechten in Nouméa und in Paris. Tjibaou ist sich dieser Position bewußt: Im Raume steht weiterhin seine Ankündigung, im Januar 1986 „auf jeden Fall" die Unabhängigkeit auszurufen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Es schreibt über Willy Brandt:

Seit langem wandert er zwischen den Welten, ohne sein Ziel zu nennen.

Fuldaer Zeitung

Sie kritisiert die US-Streitkräfte:

Wollen die Amerikaner ihre Freunde in der Bundesrepublik verprellen? Diese Frage stellt sich automatisch bei den Berichten über den Schießlärm, der vom Truppenübungsplatz Wildflecken ausgeht, vor allem durch das jüngste Nachtschießen an Pfingsten. Ist es im Interesse der Sicherheit und der Ausbildung wirklich unumgänglich, daß nachts mehrere Stunden geschossen wird, zumal an Feiertagen? Könnten sich die Truppen der Alliierten nicht auch an die Sonn- und Feiertagsruhe halten? Anderes Verhalten stört (und zerstört vielleicht) die Freundschaft.

LIBERATION

Das Pariser Blatt stellt einen deutschen Wandel fest:

Der unausgesprochene Teil der deutsch-französischen Aussöhnung, der darin bestand, Deutschland mit zahlreichen materiellen Zugeständnissen für seine Rückkehr in den Kreis der zivilisierten Nationen bezahlen zu lassen, ist vorbei. Seit zwei Jahren mehren sich jenseits des Rheins die Zeichen von Verärgerung: Alles dient als Vorwand, um darauf hinzuweisen, daß die deutschen Interessen ab sofort hartnäckig verteidigt werden. Vom „sauberen Auto" bis zum Agrarmarathon ist jetzt die Linie klar: Es wird nicht mehr nachgegeben. Daß sich diese Tendenz verstärkt, hat seinen Grund vor allem in der Schwächung der Stellung von Kanzler Kohl. Nichts ist dem deutschen Wesen fremder als Beschönigungen. Wenn Eureka eine europäische Alternative zum amerikanischen Schutzschild darstellt, dann soll man das offen sagen, was voraussetzt, daß man zunächst die Frage der Möglichkeit einer echten gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigung klärt, bevor man vergleichende Debatten über die Vorteile von SDI oder Eureka führt.

Die Presse

Die Wiener Tageszeitung vermißt eine islamische Hilfsoffensive für Bangladesch:

Genaue Zahlen der Opfer der jüngsten Flutkatastrophe in Bangladesh fehlen noch immer. Ebenso fehlt eine Generaloffensive islamischer Hilfe für den schwergetroffenen Bruderstaat, ähnlich dem Äthiopieneinsatz Europas. Mokau unter den großzügigen Helfern angesichts derartiger Heimsuchungen zu suchen, erübrigt sich zumeist... Wer hilft den Opfern von Bangladesh, wie gesagt, in den vom Glück begünstigten islamischen Ländern oder etwa auch in Japan oder Singapur?

Kahlschlag im Dschungel der Hintertüren und Notausgänge

Reagans Steuerreform-Vorlage ist radikal / Von Fritz Wirth

„Tod und Steuern mögen unvermeidlich sein, doch ungerechte Steuern sind es nicht." Dieser Satz des US-Präsidenten Reagan reflektiert das Schlüsselwort seiner gestern vorgelegten Steuerreform, die er kühn die „zweite amerikanische Revolution" nennt. Das Schlüsselwort ist Fairneß. Er wiederholte es ein Dutzend Mal in seiner Fernseh-Rede.

Er wußte, warum. Mit ihm steht und fällt diese Reform im Urteil des Kongresses und der Bürger. Verläßt diese Reform diesen Pfad der Fairneß, wird sie unglaubwürdig. Das gegenwärtige amerikanische Steuersystem ist es. Es ist in den Worten des Präsidenten „un-amerikanisch" geworden. Es war ein Dschungel von Schlupflöchern, Hintertüren und Notausgängen, die Kenner ausfindig zu machen vermochten, die der einfache Bürger jedoch nicht fand. „Selbst Albert Einstein waren unsere Steuergesetze zu kompliziert. Er brauchte Hilfe, seine Steuererklärung auszufüllen", sagte der Präsident. Eine Steuerreform eine „zweite amerikanische Revolution" zu nennen, mag ein großes Wort sein.

Es wird jedoch begreiflich, wenn man sich erinnert, daß sich in den letzten Jahrzehnten mindestens ein halbes Dutzend amerikanischer Präsidenten an einer derartigen Reform versuchte – und dabei scheiterte. Was noch schlimmer ist: Jeder ihrer Versuche machte dieses Steuersystem noch komplizierter, undurchschaubarer und damit auch unfairer.

Diese Reform ist also eine kühne Tat. Nicht nur, weil sie sehr resolut einen Kahlschlag im bisherigen Steuerdschungel versucht, sondern weil sie dieses Problem frontal und fast handstreichartig in typischer Reagan-Manier angeht. Da sind nicht mehrere Phasen geplant, und da wurden zuvor keine tastenden und testenden Experimente und Trockenkurse gefahren.

Dies ist ein kühner Kopfsprung in noch nicht zuverlässig ausgelotete Wassertiefen. Diese Reform spiegelt den „alten" Ronald Reagan der ersten vier Amtsjahre wider: den Macher, den unwiderstehlichen Optimisten und den großen Kommunikator. Auf dieses Image waren in den letzten Wochen einige Schatten gefallen. Diese Reform hat Chancen, zu einem Gütezeichen seiner Präsidentschaft zu werden.

Denn sie ist mehr als nur die Neuordnung von Steuerklassen. Diese Reform hat bemerkenswerte innenpolitische Akzente. Sie nimmt den Demokraten eine Trumpfkarte, die sie bisher für ihr Blatt hielten. Es trifft zu, daß der gegenwärtige Entwurf mit einer Senkung des höchsten Steuersatzes von fünfzig auf fünfunddreißig Prozent den Wohlhabenden entgegenkommt, doch das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptnutznießer dieser Reform die unteren Einkommensklassen und der Mittelstandsbürger sind.

Reagan dringt damit ins sozialpolitische Terrain der Demokraten ein. Es ist der Versuch, die Republikaner, die bisher eher das Image einer „Big Business-Partei" hatten, zu einer „Volkspartei" zu machen, denn es ist in erster Linie das „Big Business", das den Preis für die teilweise beträchtlichen Steuererleichterungen des einfachen Bürgers zahlen muß.

Das ist der Grund, warum die Demokraten in ihrer ersten Reaktion notgedrungen dem Präsidenten mehr Beifall zollen mußten als es manche Republikaner taten, die befürchten, daß die höheren Steuerbelastungen der Industrie zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstum und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen könnte.

Reagan akzeptiert das nicht: „Die Zeit der steuerlichen Freifahrtscheine ist vorbei. Jeder in dieser Nation hat seinen fairen Anteil zu zahlen." Er ließ keinen Zweifel, wem seine Sympathien gehören. Seine Rede jedenfalls enthüllte eine gewisse kritische Distanz zum satten und zu stark auf Steuervorteile orientierten Großunternehmertum und sehr viel Sympathie für den wagemutigen Klein-Unternehmer, für jene, bei denen noch der ursprüngliche amerikanische Pioniergeist vermutet werden kann, den dieser Präsident immer wieder beschwört.

Der Weg und das Schicksal dieser Reform ist zur Stunde noch unsicher. Es wird in den kommenden Monaten Versuche wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen geben, diese Reform bereits im Ansatzpunkt zu neutralisieren. Reagan hat offensichtlich diese Gefahren erkannt, und das ist wohl der Grund, warum er sich mit dieser Initiative über alle Parteien- und Interessengruppen hinweg direkt an den amerikanischen Bürger wendet. Dieser Präsident weiß nicht erst seit der letzten Wahl, als er neunundvierzig von fünfzig Staaten eroberte, wo die Stützpfeiler seiner Politik verankert sind.



„Der gute Deutsche“, das gilt nicht nur für den Präsidenten

Es ist der 2. Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten in den Niederlanden. Richard von Weizsäcker besucht heute Nachbarn, die die Deutschen immer sehr kritisch beobachtet haben.

Von HELMUT HETZEL

Bundespräsident Richard von Weizsäcker traf den Nagel auf den Kopf. Als er im Vorfeld seines Staatsbesuches in den Niederlanden sagte: „Man muß ja zwischen Holländern und Deutschen immer aufpassen, die Ausdrücke in der Sprache sind ja etymologisch oft identisch aber nicht identisch im Gebrauch. Und das drückt auch eine unterschiedliche kulturelle und manchmal auch mentalitätsmäßige Ausprägung der Niederlande und Deutschland aus.“ Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern „äußerst intensiv sind“, daß aber kein „der Bedeutung dieser Beziehungen angemessenes Bewußtsein in der Bevölkerung der beiden Länder darüber bestehe“.

In der Tat, sie, die Bundesbürger, reisen jedes Jahr millionenfach zu den holländischen Nordseestränden, um dort der wärmenden – so hoffen sie zumindest – Sommersonne zu frönen. Sie, die Niederländer, führen seit langem die Besuchsstatistik in der Bundesrepublik an und holländischer Käse ist von deutschen Tischen kaum mehr wegzudenken. Der bilaterale Handel der beiden Nachbarländer explodiert geradezu und durchbrach im letzten Jahr erstmals die magische 100-Milliarden-Gulden-Grenze. Er wird, so prognostiziert die deutsch-niederländische Handelskammer, auch 1985 weiter expansiv steigen.

Dennoch, trotz geographischer Nähe und politisch wirtschaftlicher Partnerschaft grassieren noch immer zahlreiche Vorurteile und Stereotypen in beiden Ländern, die manchmal mehr einem Wunsch oder Zerrbild der Niederlande oder der Bundesrepublik Deutschland gleichen, als daß sie die Menschen beider Länder und deren Kulturen treffend beschreiben könnten.

Einst war da das Schimpfwort „Mof“

Welcher Deutsche assoziiert beim Wort Holland nicht Windmühle und Holzschuhe, Tulpen und Käse. Welchem Niederländer fallen beim Nachdenken über seine östlichen Nachbarn nicht „perfekte Bürokraten, undemokratische Untertanen, arbeitswütige Wirtschaftswunderkinder“ und vereinzelt sicher auch noch das aus dem Zweiten Weltkrieg stammende Schimpfwort „Mof“ ein.

Dies ist nur eine kleine vordergründige Typologie, eine kleine Auswahl dessen, was man gemeinhin gerne als Nationalcharakter umschreibt. Der ja nur deswegen erfunden wurde, weil man ihn braucht, aber immer auch einen Teil dessen mehr oder weniger treffend umschreiben kann, was das Denken eines Volkes über ein anderes zu einem gewissen Zeitraum jeweils dominiert.

Allein schon bei dieser willkürlichen Vorurteilsauswahl fällt auf, daß sich das Hollandbild vieler Deutscher offensichtlich weitgehend auf Sachen und Gegenstände bezieht, während das Deutschlandbild zahlreicher Holländer doch sehr stark mentalitätsbeschreibend ist und dem Hang der Niederländer entsprechen dürfte, fast alles unter moralische Gesichtspunkte zu stellen.

Zwei Väter, so sagt man, um bei diesem Typologiespiel zu bleiben, haben die Niederländer. Einen Pfarrer und einen Kaufmann. Und dieses Erbe, wenn es denn wahr ist, schlägt sich natürlich auch in der Beurteilung und Einschätzung ihrer deutschen Nachbarn nieder. Gemischte Gefühle kommen beim Denken an Deutschland bei vielen von ihnen auch heute noch auf. Sie schwanken häufig zwischen Bewunderung und Angst. Manchmal auch zwischen Anerkennung und Ablehnung.

Freude über die guten Geschäfte

„Zwei Reaktionen“, sagt ein holländischer Kaufmann, „stellen sich bei mir spontan ein, wenn ich an Deutschland denke. Die eine ist die Freude über die guten Geschäfte, die ich mit ihnen machen kann, die andere ein nachdenkliches Stirnrunzeln, wenn ich mich an die fünf Jahre erinnere, in denen ich mich im Krieg vor den deutschen Besatzungstruppen verstecken mußte, um nicht zwangsrekrutiert zu werden.“

Dennoch, von Deutschfeindlichkeit, wie sie manchem Niederländer oft voreilig von seinen östlichen Nachbarn zugesprochen wird, ist bei ihm nichts zu spüren. Und diese sicher polarisierende Meinung ist auch keineswegs repräsentativ, wenngleich sie in gewisser Weise anzeigt, zwischen welchen Einschätzungen das Deutschlandbild hierzulande hin- und herpendelt. Dazwischen gibt es aber sicher noch jede Menge Grautöne.

Dieses Deutschlandbild, soweit man es überhaupt fassen kann und das sich nahezu ausschließlich auf die Bundesrepublik bezieht, hat sich in den letzten Jahrzehnten mehrere Male verändert und ist offensichtlich auch für die in Den Haag derzeit amtierende Mitte-Rechts-Regierung unter Premierminister Ruud Lubbers und deren Außenpolitik von größtem Interesse. Wie sonst ist es zu erklären, daß diese Regierung eigens eine Studie über das Nachbarland Bundesrepublik in Auftrag gab, die den sinnfälligen Titel „Faktor Deutschland zur Sensibilität der Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik“ trägt.

In dieser Studie findet sich unter anderem folgender Satz: „Auf ein positives Bild, das in den Jahren 1969–73 vorherrschte, folgt bis 1974–78 ein negatives, wobei 77/78 ein Tiefpunkt erreicht wurde und dann wieder eine positive Einschätzung der Bundesrepublik in der niederländischen Presse.“ Diese negative Resonanz auf die Bundesrepublik war stark mit der damals international geführten Kampagne gegen die „Berufsverbote“, die damals namentlich in linken Kreisen in den Niederlanden mitunterstützt wurde, verbunden.

Das Deutschlandbild, so kann man Mitte der 80er Jahre sicher ohne Übertreibung sagen, hat sich positiv verändert, ist realistischer geworden. Die Studie, die auch in Bonn mit großem Interesse gelesen wird, kommt weiterhin zu einem für die Niederlande bemerkenswerten Schluß, der das deutsch-niederländische Verhältnis in Zukunft sicherlich mehr denn je mitbestimmen dürfte.

„Die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik“ – so urteilen die Autoren – „sind für die Niederlande lebenswichtig. Mit einem Anteil am Gesamtexport von 30 Prozent der Niederlande ist die Bundesrepublik mit Abstand der größte Abnehmer für holländische Waren.“ Auch für diese intensive Handelsbeziehung findet sich hierzulande ein treffendes Bonmot, das die Unterschiede der beiden Länder zugespitzt formuliert. Es lautet: „In der Bundesrepublik muß das verkauft werden, was produziert wird. In den Niederlanden wird das produziert, was verkauft werden kann.“

Dieses Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit und Notwendigkeit trägt zu einer differenzierteren Urteilsbildung über die Bundesrepublik und ihre Bürger bei und wird wohl auch künftig das Deutschlandbild der holländischen Nachbarn noch weit mehr prägen, als das bisher der Fall war.

Ähnliche Tendenzen kennzeichnen auch andere gesellschaftliche Bereiche, vor allem den kulturellen Sektor. So sorgte beispielsweise die Ausstellung „Berlin – Amsterdam 1920–1940“, die das Goethe-Institut vor einigen Jahren veranstaltete, für erhebliches Aufsehen und schuf bei vielen Holländern erstmals ein Interesse für das Schicksal der geteilten deutschen Stadt, von der sich – so stellte sich bei einer Diskussion plötzlich heraus – so mancher niederländische Jugendliche nicht einmal vorstellen konnte, daß der freie Teil West-Berlin ganz und gar von der „DDR“ eingemauert ist.

Kaum noch Zweifel an der demokratischen Substanz

Daß die Bundesrepublik heute ein demokratischer Staat mit Substanz ist, der fest verankert in der EG und NATO unzweifelhaft zum Westen gehört, das wird von der Mehrheit der rund 14 Millionen Niederländer nicht mehr in Abrede gestellt, ja mehr noch, die meisten Niederländer halten dies heute auch für unverzichtbar.

Positive Töne über Deutschland und seinen Präsidenten hört man in der niederländischen Presse auch anläßlich des bevorstehenden Staatsbesuches von Richard von Weizsäcker. Sie beherrschen weitgehend die öffentliche Diskussion in Holland.

„Ein guter Deutscher“, nannte ihn der Kommentator der „Haagse Courant“ in einem Leitartikel anläßlich von Weizsäckers international aufsehenerregenden Rede zum 8. Mai.

Selbst die für ihre Deutschland-kritische Haltung bekannte linksliberale „Volkskrant“ urteilt über von Weizsäcker anerkennend „Das politische Gewissen der Nation“.





Energiebündel unter Hochdruck: Jack Kemp als Football-Star der „Buffalo Bills“ und als Mitglied des Repräsentantenhauses

FOTOS AP/CAMERA PRESS

Ein „Quarterback“ nimmt Anlauf

Am Dienstagabend gab Präsident Reagan eine der wichtigsten Initiativen seiner zweiten Amtszeit bekannt: die Pläne für eine Steuerreform. Einer der Väter dieser Initiative ist Jack Kemp, Mitglied des Repräsentantenhauses. Für 1988 hat er noch ehrgeizigere Pläne: Er möchte Präsident werden. Und die Demokraten fürchten ihm mehr als jeden anderen Republikaner.

Von FRITZ WIRTH

Unter seinen Augen waren zwei bedrohlich aussehende zentimeterdicke schwarze Striche gemalt. Der Kopf steckte in einem lackierten Metallkäfig. Seine mit Leder gepolsterten Schultern überzeichneten das Bild von Kraft und Bizeps.

So haben die Amerikaner Jack Kemp kennengelernt, als den „Quarterback“ der „Buffalo Bills“, als einen der größten Football-Stars der sechziger Jahre. „Quarterbacks“ sind in diesem Spiel die Volkshelden. Sie sind die Feldherrn, die Spielmacher, die Zuspieler, die Strategen der Football-Teams. Wenn man so will: Beckenbauers mit Hornhaut.

So kennen die Amerikaner Jack Kemp heute: Ein trotz seiner 49 Jahre jungenhaftes Gesicht. Ein Büschel sandfarbener Haare, das seine halbe Stirn verbirgt. Lederfreie Schultern, die immer noch nicht so recht in seine Anzüge passen wollen. Ein Energiebündel von 180 Pfund, das spürbar unter Überdruck steht, weil ihm die physischen Möglichkeiten fehlen, Dampf abzulassen.

Vor 15 Jahren beschloß der Football-Star Jack Kemp überraschend, politischer Mannschaftsspieler zu werden. Er ließ sich in den Kongreß wählen und wurde über Nacht ein anonymer Mann unter 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses. Heute ragt er jedoch bereits einsam aus der Masse dieser „Lawmaker“ heraus. Er hat begonnen, die Rolle des politischen „Quarterbacks“ der Nation anzupeilen: Jack Kemp will Präsident werden.

Er selbst hat das bisher nicht öffentlich so gesagt. Doch er hat dafür gesorgt, daß andere täglich die Nation an diesen Gedanken gewöhnen. Und er hilft zuweilen nach, indem er ungestellte Fragen beantwortet. „Ob ich interessiert bin? Die Antwort ist ja.“

Außer ihm haben auch schon drei andere sehr maßgebliche Republikaner diese Frage mit Ja beantwortet. Es sind Vizepräsident George Bush, der Führer des Senats, Robert Dole, und dessen Vorgänger Howard Baker jr. Nach seiner politischen Herkunft und seinem Status ist Jack Kemp in diesem Quartett der Außenseiter, der „Underdog“.

Bush, Dole und Baker sind Männer des republikanischen Establishments, politische Schwergewichte mit jahrzehntelanger Erfahrung. Gegen Jack Kemp indes spricht eine Tatsache, die er selbst freilich nicht als eine Hürde, sondern als eine Herausforderung betrachtet: Noch niemals in diesem Jahrhundert ist von den Republikanern ein Mitglied des Repräsentantenhauses zum Kandidaten für das Amt des Präsidenten nominiert worden.

Niemand hat in Washington Zweifel: George Bush ist zur Stunde der hohe Favorit für das Präsidentenamt. Er hat in den letzten Wochen praktisch seinen gesamten Stab von Mitarbeitern ausgewechselt, und die meisten von ihnen sind erfahrene Wahlkampfmanager. Außerdem wird ihm zur entscheidenden Stunde mit James Baker, dem ehemaligen Stabschef Ronald Reagans, einer der besten Wahlkampfstrategen in Washington zur Verfügung stehen, es sei denn, daß Baker in letzter Minute noch der Ehrgeiz packen sollte, selbst zu kandidieren.

Bush hat darüber hinaus den Vorteil, daß sich Ronald Reagan in wachsendem Maße für die Loyalität seines Vizepräsidenten erkenntlich zeigt und sich spürbar bemüht, Bush als seinen Nachfolger aufzubauen. Wenn es zur Nominierung kommt, dürfte das Wort Reagans für George Bush ein nicht zu unterschätzendes Gewicht haben.

Um so erstaunlicher ist es, daß selbst jene, die Jack Kemp nicht nahestehen, ihn gegen diese übermächtige Konkurrenz nicht abschreiben und ihm gute Chancen geben. Bush ist gewiß ein solider Kandidat, doch wenn es darum geht, einen Mann zu finden, der das Erbe Reagans antreten kann, ist Jack Kemp vielen Republikanern der geeignetere und attraktivere Mann.

Er ist der gleiche Optimist wie Ronald Reagan, ein geborener Sieger und ein dynamischer Mann, der mehr als jeder andere gegenwärtige republikanische Präsidentschaftsbewerber in der Lage wäre, jene Jungwähler bei der Stange zu halten, die Ronald Reagan bei der letzten Wahl ins Lager der Republikaner herüberholte.

Das ist denn auch der Grund, warum die Demokraten für 1988 Jack Kemp mehr fürchten als jeden anderen republikanischen. Kandidaten. Kemp besitzt Massenappeal und ist ein guter Redner. Was außerdem für ihn spricht: Er hat eine breitere Plattform im Lande als in Washington selbst. Er wuchs in Kalifornien auf, machte sich einen Namen in Buffalo und lebt heute im Staate New York. Außerdem hat er eine starke Basis in der jüdischen Gemeinde des Landes.

Kemp steht politisch auf dem rechten Flügel der Republikaner, doch er ist kein Ideologe. Radikal ist er nur in einem Punkt, in seinem Glauben an das Wirtschaftswachstum als Heilmittel sozialer und staatsdefizitärer Mißstände. Wichtigste Voraussetzung dazu ist für ihn die Reduzierung der Steuer, und so reiste er schon als der „Evangelist“ einer Steuerreform durchs Land, lange bevor Ronald Reagan dieses Thema aufgriff.

Wenn Ronald Reagan deshalb am Dienstagabend das Konzept für eine Steuerreform vorlegte, so war das zugleich die große Stunde des Jack Kemp. Vom Schicksal dieser Initiative wird in den nächsten Monaten auch weitgehend seine politische Zukunft abhängen. „Seine Chancen, im Jahre 1988 Präsident zu werden, stehen und fallen mit der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft in den nächsten drei Jahren“, prophezeien unabhängige Beobachter in Washington.

Er selbst begleitet diese Steuerreform mit einer „Kampagne für Prosperität“. „Ziel meiner Steuerreform“, sagt er, „ist es nicht, die Reichen arm, sondern die Armen reich zu machen.“ Der Satz kommt bei den Millionären von Texas so gut an wie bei den Fließbandarbeitern in Detroit, und das ist der Grund, warum die Demokraten mit ihrem gestörten Verhältnis zu einer Steuerreform diesen Mann so sehr fürchten. Jack Kemp ist beim einfachen amerikanischen Bürger heute beliebter als jeder Kandidat, den die Demokraten auf Lager haben, einschließlich Gary Hart mit seinem „Yuppie-Appeal“.

Die Schwächen dieses Mannes? Vielleicht seine Dünnhäutigkeit gegenüber Kritik, vielleicht auch sein mangelnder scharfer politischer Intellekt, den er freilich durch einen sehr wachen politischen Instinkt wettmacht. Er hat die Neigung, Probleme wie ein „Bulldozer“ anzugehen, was zeigt, daß der „Quarterback“ immer noch wach ist in ihm. Das aber muß nicht unbedingt eine politische Schwäche sein.

Ansonsten erinnert nur noch ein überdimensionaler Ring an seiner rechten Hand an jene Tage, da er ein Football-Held war. Die „Buffalo Bills“ schenkten ihn Kemp zum Sieg in der amerikanischen Meisterschaft. „Da klebt viel Blut dran“, sagte er wehmütig und nicht ohne Stolz. Es wird nicht die letzte Trophäe im Leben des „Quarterback“ aus Buffalo gewesen sein.

Hoffnung für Berliner auf Erleichterungen

„DDR“ signalisiert Gesprächsbereitschaft / Ausnahme Ost-Berlin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR" weigert sicb weiterhin, West-Berlinern mit einem Tages-Besuchsvisum zu erlauben, in Ost-Berlin zu übernachten. Diese Möglichkeit haben jedoch seit dem 1. August 1984 die Bewohner von Grenzkreisen in der Bundesrepublik. Allerdings signalisiert die SED-Führung jetzt Gesprächsbereitschaft über die Frage, ob West-Berlinern bei Reisen außerhalb Berlins in die „DDR" eine Übernachtung mit Tagesvisum gestattet werden soll.

Diese Frage ist für Zehntausende von West-Berlinern, die enge verwandtschaftliche und freundschaftliche Kontakte zum anderen Teil der Stadt besitzen, von großer Bedeu-tung. Seit dem Inkrafttreten der Reise- und Besuchsregelung, die 1971/72 von West- und Ost-Experten unter dem Dach des Viermächteabkommens ausgehandelt worden war, mußten West-Berliner nach einer umständlichen Antragspraxis jeweils um Mitternacht Ost-Berlin wieder verlassen haben. Später war der „letzte Glockenschlag" auf zwei Uhr morgens gelegt worden. Wer länger bleiben wollte, mußte – mit einem Vorlauf von mindestens vier Wochen – seine Verwandten oder Bekannten in der „DDR" bitten, eine Mehrtages-Einreisegenehmigung zu beantragen und an seine West-Adresse zu schikken.

Das Mißbehagen der West-Berliner und auch des Senats am Sachergebnis des damaligen Bonner Chefunterhändlers Philipp Jenninger mit Honeckers Vertrautem Alexander Schalck-Golodkowski im Sommer 1984 war beträchtlich: Vor knapp zehn Monaten hatte sich die Bundesregierung als Gegenleistung für die Bonner Garantie eines 950-Millionen-Mark-Kredits der „DDR" bei westlichen Banken eine Reihe von Erleichterungen ausbedungen.

In zwei wesentlichen Punkten blieben dabei die West-Berliner „außen vor". Sie konnten die Übernachtungsmöglichkeit bei einem Tagesvisum nicht in Anspruch nehmen. Außerdem verfällt die sogenannte „Neunerkarte", mit der – ebenfalls komplizierte – sogenannte „Sofortbesuche" in Ost-Berlin oder der „DDR" möglich sind, schon nach drei Monaten wieder und muß erneuert werden. In den Grenzkreisen gilt sie seit dem 1. August 1984 wenigstens ein halbes Jahr.

Die Bonner Verhandlungsresultate hatte damals der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit dem scharfen Wort vom „schweren Mangel" kommentiert. Seither war von westlicher Seite immer wieder suggeriert worden, bei einer Gelegenheit, die insgesamt ins politische Kalkül passe, werde die „DDR" die damaligen Erleichterungen wohl auch auf die davon besonders profitierenden West-Berliner ausdehnen.

Nach Informationen aus Bonn, die auf Informationsgesprächen beruhen, die nach Rückkehr von Hans-Jochen Vogel und Jürgen Schmude von einem Treffen mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker am 16. Mai herrühren, zeigt Ost-Berlin in der Frage der Übernachtung in Ost-Berlin jedoch keinerlei Entgegenkommen.

Die andere Seite führt dabei ins Feld, die dann unvermeidliche Anwesenheit Tausender von West-Berlinern, die täglich in Ost-Berlin übernachten würden, sei nicht in ihrem Sinne. Man fürchtet offenbar, daß die findigen West-Berliner gleichsam einen „Neben-Wohnsitz" bei Verwandten oder Freunden in Ost-Berlin gründen.

Die nach wie vor außerordentlich engen Kontakte zwischen West- und Ost-Berlinern belegte erst kürzlich eine Repräsentativ-Umfrage des Senders Freies Berlin: Durch 1000 Interviews eines Berliner Marktforschungsunternehmens fand der Sender heraus, daß 47 Prozent der rund eine Million Haushalte in West-Berlin noch Verbindungen zu Verwandten jenseits der Mauer unterhalten.

Aus einem SPD-Antrag, den die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus jetzt einbrachte, läßt sich erkennen, daß die „DDR"-Seite anscheinend bereit ist, bei Tagesreisen in entferntere „DDR"-Gegenden eine Übernachtung zuzulassen, selbst wenn nur ein Tagesvisum vorliegt. In dem SPD-Papier werden Senat und Bundesregierung aufgefordert, mit der „DDR" über Verbesserungen im Besuchsverkehr „einschließlich Übernachtungsmöglichkeiten bei Besuchen außerhalb des Stadtgebiets" zu verhandeln.

Diese Fragen betreffen insofern immer mehr West-Berliner, als die Zahl der Tagesbesuche seit der Senkung des Zwangsumtauschs für Rentner von 25 auf 15 Mark erkennbar zunimmt. Für Pfingsten beantragten 40 000 West-Berliner einen Tagesbesuch drüben – vor der Umtauschsatzerhöhung im Oktober 1980 waren es 70 000 gewesen.

Vielleicht lenkt die „DDR" bei dieser Frage auch deshalb ein, weil sie mit beträchtlichen Deviseneinnahmen verbunden wäre: Im kleinen Grenzverkehr kostete nämlich das Doppel-Visum seit Sommer 1984 statt fünf Mark über Nacht 15 Mark...

Senatsbeschluß und Zusicherungen Dohnanyis halten Voscherau im Amt

Von UWE BAHNSEN

Bei dem schon vor Monaten ins Werk gesetzten Versuch, die städtische Müllabfuhr sachgerecht, kostengünstig und unter Vermeidung skandalöser Begleitumstände zu organisieren, sind die Hamburger Sozialdemokraten am späten Dienstag abend nur knapp einer Führungskrise entgangen. Es gelang Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und mehreren Spitzengenossen des Mitte-Rechts-Flügels der Regierungspartei erst nach – so Sitzungsteilnehmer – „dramatischen" Gesprächen, den SPD-Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau zum Verbleiben im Amte zu bewegen. Wie berichtet, hatte der Fraktionschef mit seinem Rücktritt gedroht, um die Aufarbeitung von massiven Vorwürfen des Landesrechnungshofes gegen die Stadtreinigung durchzusetzen.

Nachdem Voscherau (43), im Zivilberuf Notar, in den stundenlangen Verhandlungen noch einmal bindende Zusicherungen Dohnanyis und anderer Senatsmitglieder erhalten hatte, gab er vor der zu einer Sondersitzung einberufenen SPD-Bürgerschaftsfraktion am Abend „mit Tränen in den Augen und mit stockender Stimme" (so Augenzeugen) seinen Entschluß bekannt: „Ich bleibe im Amt."

Der Regierungschef hatte ihm zuvor einen am Vormittag vom Senat „in senatu" (ohne die Staatsräte) gefaßten Beschluß erläutert, die Stadtreinigung unter Einschaltung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der Staatsanwaltschaft und mehrerer Fachbehörden rigoros durchleuchten zu lassen. Für die Zustände im Stadtstaat Hamburg kennzeichnend ist dabei Dohnanyis ausdrückliche Zusicherung, es brauchten diejenigen Mitarbeiter der Stadtreinigung, die über die Mißstände in diesem Bereich des hanseatischen Staatsapparates „geplaudert" haben, keinerlei Nachteile zu befürchten.

Voscherau quittierte den Senatsbeschluß und Dohnanyis Erläuterungen dazu mit der Feststellung, beides habe ihm „jeden vernünftigen Grund zum Rücktritt genommen". Die Entscheidung der Landesregierung könne ihm jedoch „den Mut nicht zurückgeben".

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der das schon vor Tagen heraufgezogene Unwetter zunächst stillschweigend beobachtet hatte, zeigte sich am Abend vor der SPD-Fraktion, neben Voscherau stehend, sichtlich erleichtert, denn: „Das politische Fundament der Stadt bleibt erhalten." Um das sicherzustellen, hatte der Regierungschef am späten Nachmittag einen Auftritt bei einem Festakt zum 250jährigen Bestehen der Commerzbibliothek in der Handelskammer, in direkter Nachbarschaft des Rathauses, aus seinem Terminkalender gestrichen. Die hochkarätige Festversammlung aus Politik, Wirtschaft und Kultur registrierte diesen Vorgang mit Erstaunen.

Obwohl der SPD-interne „Müllstreit" zunächst zu Voscheraus Gunsten ausgegangen ist, hat die Stellung des Fraktionschefs im Gesamtgefüge der Regierungspartei wie in der Öffentlichkeit gleichwohl Schaden genommen. Einflußreiche SPD-Politiker fragen sich konsterniert, warum sich eine Partei mit so langer Regierungserfahrung wie die Hamburger SPD so schwer bei der verhältnismäßig simplen Aufgabe tut, die Müllabfuhr zu organisieren. Aufgefallen sind politische Ermüdungserscheinungen des sensiblen Fraktionschefs. Sie sind unter anderem die Folge seiner mühseligen Versuche in früheren Jahren, die Beseitigung von Mißständen in der Polizei durchzusetzen, eine Korrektur von Fehlentwicklungen in der sozialdemokratischen Schulpolitik zu erreichen und in anderen Politikfeldern SPD-Defizite abzubauen.

Ein Kempunkt dabei war stets, daß dies personelle Veränderungen – wie auch jetzt in der Leitung der Stadtreinigung – voraussetzte, die in der Regel die Zustimmung der mächtigen Gewerkschaft ÖTV erforderten und zudem auch Gegenstand mehr oder weniger komplizierter Absprachen zwischen dem Mitte-Rechts-Lager und dem linken Flügel der SPD sein mußten. Im vorliegenden Fall meinte Voscherau offenkundig, ein Exempel statuieren zu müssen, weil er den begründeten Verdacht hatte, daß die Verwaltung das Parlament mit falschen Zahlen zu manipulieren und in die Irre zu führen suchte. Für zusätzlichen Zündstoff hat unterdessen die oppositionelle CDU gesorgt: Sie verlangt in einem Antrag, der in Kürze die Bürgerschaft beschäftigen wird, die Erstattung von zuviel gezahlten Müllgebühren an die Hamburger Haushalte.

Die RAF beruft sich auf Marxismus-Leninismus

Terroristen suchen Weg aus der Isolation des „Aktions-Terrorismus“

WERNER KAHL, Bonn

Nach internen Auseinandersetzungen um die weitere politische Motivation und Rechtfertigung von Anschlägen hat jetzt die „Rote Armee Fraktion" (RAF) ihren Anhängern die Fortsetzung des Untergrundkampfes nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angekündigt. Die linksextremistische Kampfgruppe strebt mit immer neuen Aufrufen für eine westeuropäische anti-imperialistische Front analog sowjetischer revolutionärer Strategie die „Diktatur des Proletariats" in Westeuropa an. Für dieses Ziel will die RAF aus der Isolation ihres Aktionsterrorismus gegen die NATO und die USA heraus und soziale Felder wie das Problem der Arbeitslosigkeit „besetzen".

„Die Entwicklung neuer Auseinandersetzungen ist der Lieferant der bewaffneten Aktion", heißt es in der jüngsten Ausgabe der Kampfschrift für eine „anti-imperialistische Front in Westeuropa". Trotz Propaganda und mehrerer Anschlagserien in Belgien, Frankreich, Luxemburg und in der Bundesrepublik Deutschland ist die „Front" nach Ansicht von Sicherheitsexperten jedocb bisher nicht über einen „Brückenkopf" hinaus vorangekommen.

Für zu erwartende neue Anschläge auch im Bereich der Wirtschaft hat die terroristische Szene nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes bereits personelle und logistische Voraussetzungen geschaffen.

„Geldwäscher", die zum Umfeld gehören, aber unverdächtig sind, haben in jüngster Zeit erneut im RAF-Auftrag mehrere 1000-Mark-Banknoten in Geldinstituten gewechselt. Das Geld gehört zu dem Erpresserpaket im Betrag von 4,2 Millionen Mark, das die steckbrieflich gesuchte RAF-Rädelsführerin Inge Viett 1977 für die Freilassung des von ihr entführten Wiener Textilindustriellen Palmers erhalten hatte. Die Polizei geht davon aus, daß die Terroristen bei der Suche nach Finanzierungsquellen erneut einen Geldraub planen.

Bei der Fahndung haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß sich Terroristen abwechselnd längere Zeit im Ausland aufhalten und kurzzeitig mit gefälschten Pässen über die Grenze in die Bundesrepublik Deutschland wechseln. Auf Fahndungsplakaten werden gegenwärtig wieder 21 mutmaßliche Gewalttäter aus der linksextremistischen Szene mit Vorrang gesucht. Elf Personen sind neu dazugekommen, weitere werden wahrscheinlich schon in allernächster Zeit dazustoßen, wenn sie nicht bereits im Untergrund leben, heißt es bei den Sicherheitsbehörden. Durch die Neuzugänge sind die Verluste durch Festnahmen im vergangenen Jahr mehr als ausgeglichen.

Zwischen den sogenannten Illegalen, den Mitgliedern des Untergrundkommandos, und „legal" lebenden Unterstützern bestehen inzwischen engere Verbindungen als es früher der Fall war. „Tatmittel" des „harten Kerns" sind neuerdings oft identisch mit denen, die militante Gruppen aus dem Umfeld benutzen.

In der Führungsakademie der Polizei in Münster äußerten sich in den vergangenen Tagen BKA-Vizepräsident Gerhard Boeden und der Leiter der Abteilung Terrorismusbekämpfung, Klaus-Herbert Becker, besorgt über die Entwicklung. „Selbst wenn wir Terroristen schnappen, werden gegenwärtig andere, die schon Gewehr bei Fuß stehen, nachgezogen."

Schon vor dem Auftakt wird Kritik an der zunehmenden Politisierung laut

Friede, Dritte Welt und Verteilung der Arbeit stehen in Düsseldorf im Mittelpunkt

HENK OHNESORGE, Bonn

Unter dem Psalmvers „Die Erde ist des Herrn" steht der 21. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 5. bis 9. Juni 1985 in Düsseldorf, zu dem sich 118 000 Dauerteilnehmer angesagt haben. Mit dem Motto soll einerseits auf die Bindung des Menschen an den Schöpfer, andererseits aber auch auf die Verpflichtung des Menschen hingewiesen werden, die Erde als göttliche Schöpfung zu bewahren.

Dementsprechend haben die Wahrung des Friedens, der Hunger in der Dritten Welt, aber auch die Frage nach der gerechten Verteilung von Arbeit für alle einen hohen Stellenwert auf dieser größten Veranstaltung des westdeutschen Protestantismus.

Bei verschiedenen Ansichten zu den vielfältigen Problemen ist die Kontroverse eingeplant – fraglich ist lediglich, welche Formen sie annehmen wird. Bereits jetzt gibt es, anhand des vorliegenden Programms, scharfe Kritik an der Form wie auch am Inhalt des Kirchentages. Der Präses der pietistischen Dachorganisation Gnadauer Verband, Pfarrer Kurt Heimbucher, sagte, die Fülle der „wertungslos gleichberechtigt" nebeneinanderstehenden Angebote des Kirchentages verwirre und verführe die Besucher.

Der Staatsminister beim Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, erklärte, der Kirchentag sei in den letzten Jahren „immer weiter nach links" gerückt und gerate in Gefahr, nicht mehr die ganze Kirche zu repräsentieren. Der Kirchentag werde, weil er zu sehr in „den Sog des Zeitgeistes" gerate und weil weitgehend politische Überzeugung mit Christentum gleichgesetzt werde, „von politisierenden Leuten weitgehend für sich vereinnahmt". Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EKA), Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, meinte, beim Kirchentag finde sich ein Pluralismus, der an der Grenze dessen liege, was vom kirchlichen Bekenntnis her vertretbar sei.

In sechs Themenbereichen („Gott die Ehre – Gottesbild und Gottes Handeln", „Wir sind sein Volk – Zwischen Ortsgemeinde und Weltkirche", „Gott mehr gehorchen als den Menschen – Die Bürger und ihr Staat", „Die Liebe – des Gesetzes Erfüllung. Schritte zu Gerechtigkeit und Frieden", „Im Schweiß deines Angesichts – Zukunft der Arbeit" und schließlich „Solange die Erde steht – Leben in der Schöpfung") wird wieder ein kaum noch überschaubares Angebot an Veranstaltungen gemacht, darunter auch wieder viele Podiumsdiskussionen mit prominenten Teilnehmern.

So wird – und diese Ereignisse und Namen sind eher willkürlich aus der Liste der etwa 2300 Einzelveranstaltungen herausgegriffen – Bundespräsident Richard von Weizsäcker, früher mehrfach selbst Kirchentagspräsident, über „Die Deutschen und ihre Identität" und Bundesrichter Helmut Simon über „Protestantismus und Protest" sprechen. Über „Deutsche Katastrophe und Neuanfang in zwei deutschen Staaten" werden sich Pfarrer Heinrich Albertz und der „DDR"-Autor Stephan Hermlin unterhalten.

Auch diesmal sind viele der Themen politisch umstritten, doch hat der für Düsseldorf zuständige Kirchentagspräsident, Professor Wolfgang Huber, betont, der Kirchentag werde nicht Frömmigkeit und politische Verantwortung der evangelischen Christen gegeneinander ausspielen. Zweifellos werde auch dieser Kirchentag sich als „Unruhe der Kirche" erweisen, wobei sowohl die „Verwirrung" gemeint sei als auch dasjenige, was die Kirche wachhalte. Bei dem immerwährenden Dialog mit der Gesellschaft gehe es um zwei Fragen: um die Erkundigung nach den Grenzen des Machbaren wie auch um die Möglichkeiten solidarischen Handelns, beispielsweise angesichts der großen Arbeitslosigkeit.

Vor Vorhersagen für den Verlauf in Düsseldorf scheuen die meisten Beobachter zurück, nachdem sich sowohl in Hamburg 1981 als auch in Hannover 1983 derartige Prophezeiungen zwar teilweise im Bild, wie es die optischen Medien wiedergaben, nicht aber insgesamt auf dem Gelände selbst erfüllten. Immerhin: Huber selbst hat die Tatsache angesprochen, daß er und seine zwei gleichberechtigten Mit-Präsidenten, der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon und die EKD-Ratsvorsitzende Eleonore von Rotenhan, nicht gerade der konservativen Richtung zugerechnet werden – dies sei um so mehr Grund, alles zu tun, um auch nur den Schein der Einseitigkeit zu vermeiden.

Mißfallen und Unverständnis hat bei bibelgebundenen Kreisen, die nicht alle zwischen Distanz zum Kirchentag und völligem Boykott stehen, die Tatsache erregt, daß der Fronleichnamstag – traditionell Tag eintägiger Veranstaltungen („Gemeindetag unter dem Wort") bekennender Gruppen – diesmal aus nicht ganz verständlichen Gründen in die Terminierung des Kirchentages einbezogen worden ist.

„Bonn nimmt Mieter nicht zur Kenntnis“

Jahn warnt vor Abbau von Sozialwohnungen und Altbauten

GEORG BAUER, Timmendorf

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Gerhard Jahn, hat mit scharfen Worten die Wohnungspolitik der Bundesregierung verurteilt. Zur Eröffnung des Deutschen Mietertages 1985 in Timmendorf sagte er, die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, die „zur Miete wohnen müssen, werden von dieser Regierung überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen". Die Mieter würden zunehmend von steigenden Mieten, die in der Zeit von 1979 bis 1984 um 26 Prozent gewachsen seien, und Energiekosten einerseits, sinkenden Realeinkommen andererseits „in die Zange" genommen. Zum Überangebot von Wohnungen zitierte er eine Bemerkung des Bundesbauministers Oskar Schneider, der mitgeteilt habe, daß nur 200 000 bis 250 000 Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland leer stünden.

Die Bundesregierung handele unverantwortlich, wenn sie tatenlos dem Abschmelzen der preiswerten Sozialwohnungs- und Altbaubestände zusehe, meinte Jahn. Nach Schätzungen des Deutschen Mieterbundes gehen jährlich rund 350 000 billige Wohnungen durch Auslaufen von Sozialbindungen, Umwandlung und Modernisierung verloren.

Als einen „sozial- und wohnungsbaupolitischen Skandal" bezeichnete Jahn den Kurs der Bundesregierung, in Zukunft nicht mehr Gelder für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen, sondern Steuervergünstigungen in Milliardenhöhe für die Bildung von Eigentum zu gewähren. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin wird Bonn den Wohnungsbau mit einem Betrag von 20 bis 25 Milliarden Mark fördern. Jahn fuhr fort, dagegen nehme sich die beschlossene Erhöhung des Wohngeldes um 900 Millionen Mark ab 1. Januar 1986 „kläglich" aus. Der jährliche Wohngeldbetrag beliefe sich dann auf drei Milliarden Mark.

Grundsätzlich – so Jahn – sei die Eigentumsförderung zur Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt ungeeignet, da in Großstädten und Ballungsräumen Eigentum für Normalverdiener unerschwinglich sei. In ländlichen Gebieten hingegen, wo Eigentum noch bezahlbar sei, sei die Eigentumsförderung beschäftigungspolitisch unsinnig, weil dort 80 Prozent der Eigenheime in Schwarzarbeit errichtet würden.

Der Deutsche Mieterbund habe sich nie dagegen ausgesprochen, daß Mieter durch Kauf ihrer Wohnungen Eigentum erwerben können. Doch sei die Masse der Betroffenen nach den Erfahrungen in der Vergangenheit dazu finanziell nicht in der Lage. In Wirklichkeit versuchten „Wohnungsspekulanten mit staatlicher Förderung" einkommensschwache Mieter zu verdrängen, um die modernisierten Wohnungen Finanzkräftigeren anzubieten.

Jahn forderte Bund und Länder auf, sich nicht aus der öffentlichen Förderung des Mietwohnungsbaus zurückzuziehen. Jahn: „Wir sind zufrieden, wenn die Hälfte dessen, was der Staat zur Stärkung der Wohnungseigentümer ausgibt, dem Mieter zugute käme". Vorrang bei der staatlichen Förderung müsse durch verstärkte direkte Förderung der Wohnungsmodernisierung und der Sanierung die Bestandssicherung haben. Außerdem seien die preiswerten Sozialmietwohnungen aus den fünfziger und sechziger Jahren zu erhalten, deren Bestand ohne Gegenmaßnahmen bis 1995 um zwei Millionen schrumpfen würde.

Infas skeptisch über „SPD-Trend“

dpa, Saarbrücken

Der Leiter des Bonner Infas-Instituts, Klaus Liepelt, hat davor gewarnt, aus den Siegen der SPD bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen Trends für die kommenden Bundestagswahlen abzuleiten.

In einem Interview des Saarländischen Rundfunks erklärte der Meinungsforscher am Mittwoch, zur Halbzeit einer Legislaturperiode habe schon immer die Opposition vorn gelegen. Auf einen bundesweiten Sieg der Sozialdemokraten könne aus den Ergebnissen der Landtagswahlen nicht geschlossen werden. „Da kann noch sehr viel passieren, und da hat die Regierung dann allemal noch die besseren Karten", sagte Liepelt.

Umfragen im Bund deuteten nach seiner Ansicht eher auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU hin. Die FDP gebe nach Meinung von Infas mit ihrer Stärke den Ausschlag, da die Grünen derzeit „in einem etwas absteigenden Klima" arbeiteten.

IG Metall kündigt Demonstrationen an

dpa, Mannheim

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat für den Herbst Massendemonstrationen der Gewerkschaften angekündigt. Steinkühler sprach vor 2000 Gewerkschaftern in Mannheim von einer „verheerenden beschäftigungspolitischen Bilanz" der Regierung Kohl. Die Arbeitnehmer seien nicht weiter bereit, dreieinhalb Millionen Arbeitslose (zweieinhalb Millionen registrierte und eine Million bei den Arbeitsämtern nicht gemeldete) als unabänderliches Schicksal hinzunehmen. Die von einem bescheidenen Wohlstandswachstum abgekoppelten Menschen könnten nicht warten, bis sich nach 1990 – wie die Bundesregierung ankündige – das Problem von selbst löse. „Diese Menschen kann man nicht in die Gefriertruhe legen, bis man sie wieder braucht." Steinkühler berief sich auf das vom DGB vorgelegte Beschäftigungsprogramm, das jährlich mindestens 20 Milliarden Mark „für die Finanzierung von Beschäftigung und nicht für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit" fordere.

Mullah-Kritik am Krieg des Ayatollah

MUNIR D. AHMED, Hamburg

Die iranische Regierung gerät wegen ihrer Ablehnung jeglicher Initiativen zur Beilegung des Golfkrieges zunehmend unter Druck. In letzter Zeit sickern Berichte über Demonstrationen in den iranischen Städten durch. Menschenansammlungen wie etwa Fußballspiele verwandeln sich rasch in Protestkundgebungen gegen das Regime und den Krieg.

Die Mullahs sind nervös geworden, seitdem der international bekannte Ayatollah Abd Alkasim Mufavi Khoi in einem religiösen Spruch (Fatwa) in bezug auf den Golfkrieg die Führung des Krieges gegen einen Moslemstaat als eine verwerfliche Tat verurteilt hat. Dieser in Najaf (Irak) lebende Ayatollah stammt aus Iran und gilt für Millionen Schiiten in aller Welt als die oberste religiöse Autorität. Einst saß auch Khomeini ihm zu Füßen.

Ayatollah Khois Spruch gegen den Krieg kam als Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage aus Kuwait zustande. Kuwaitis haben Grund zur Sorge, sie werden massiv und unverhohlen von Iran bedroht. Die „Teheraner Times" ermahnte Kuwaits Herrscher kürzlich vor dem Attentat auf den Emir, sich im eigenen Interessen neutral zu verhalten, anderenfalls werde der Krieg ihn und sein Land ebenfalls verschlingen.

Ayatollah Tehrani, ein Schwager des Präsidenten Khamenei und selber ein Parlamentsmitglied verließ Iran vor über zwei Jahren aus Verärgerung über die Politik der islamischen Republik. Nun folgte ihm seine Frau Bardie Hussaini nach Bagdad. Sie berichtete bei einer Pressekonferenz von der weitverbreiteten Opposition in Iran. Sie hatte ihren Bruder um Hilfe bei der Ausreise gebeten. Er konnte oder wollte ihr nicht die Ausreisepapiere besorgen. Am 22. Juli findet die Wahl des Staatspräsidenten statt. Der erste Premierminister der Islamischen Revolution Mahdi Bazargan ist entschlossen, für das Präsidentenamt zu kandidieren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Italiens Premier schlägt dem Kreml getrennte Verhandlungen in Genf vor

Rom verteidigt eine NATO-Position und verlässt eine andere / Geschäftsreise

DW. Moskau

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi hat bei seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow vorgeschlagen, bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen die drei Themenkreise Weltraum-Verteidigung, Langstrecken- und Mittelstreckenraketen getrennt und „mit verschiedenen Geschwindigkeiten" zu behandeln. Das entspricht der NATO-Position. Das verlautet aus Kreisen der italienischen Delegation. Ebenso habe er vorgeschlagen, bei der Auszählung der Mittelstreckenwaffen auch die britischen und französischen Potentiale zu berücksichtigen – entgegen der offiziellen Position der NATO und der zwei betroffenen Länder.

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Auf dem Titelblatt der heutigen „Iswestija" prangt das Begrüßungsfoto, das den italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi neben Tichonow zeigt. Craxi ist für zwei Tage in Moskau eingetroffen. Er ist der erste westliche Regierungschef, der nach den Trauerfeierlichkeiten mit Gorbatschow zusammentritt.

Auf seinem Flug machte er Zwischenstation in Warschau, wo er auf den dortigen Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski traf. Während seines Kurzaufenthalts kam Craxi auch mit dem SPD-Chef Willy Brandt zusammen. Bei ihren Gesprächsthemen ging es vor allem um Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, die amerikanischen Weltraumpläne und deren mögliche Alternative. In Warschau hatte sich Craxi für die Mitglieder der Gewerkschaft Solidarität eingesetzt und seine Besorgnis über die laufenden Prozesse geäußert. Während seines Besuchs habe er außerdem einen Brief von Arbeiterführer Walesa erhalten, hieß es in italienischen Kreisen. Darin habe Walesa auf die Notwendigkeit von Grundfreiheiten hingewiesen.

In einem Leitartikel lobt die „Iswestija" die bedeutende Verbesserung der italienisch-sowjetischen Beziehungen. Besondere Einigkeit wurde in Sachen Weltrauminitiativen herausgehoben. In Italien, so der Kommentar, sei man empört über den Druck Washingtons, das als Ziel habe, koste es, was es wolle, seine westeuropäischen NATO-Verbündeten zur Schaffung von einem kosmischen Schild anzuschließen. Aber, so fährt der Kommentator fort, die italienische Regierung habe es nicht eilig, auf das amerikanische Ultimatum zu antworten. Natürlich gäbe es auch in Italien bedeutende Kräfte, die ohne weiteres jede amerikanische Aktion unterstützen würden, darunter auch das Programm der „sogenannten Gegenraketen-Verteidigung". Doch Washington scheine nicht mehr die erste Geige in Italien zu spielen. Resümee dieses Artikels: Er vermittelt den Eindruck, daß Italien danach strebe, einen selbständigen Beitrag dem Osten wie dem Westen anzutragen.

Mögen auch die Fragen um die Genfer Abrüstungsgespräche vordergründig hochgespielt werden, so ist es in Moskau derzeit doch offenes Geheimnis, daß der italienische Ministerpräsident Craxi vor allem wegen Wirtschaftsprojekten nach Moskau gekommen ist. Es geht um den Auftrag eines schlüsselfertigen Stahlkombinats Wolgski 2, für das sich von deutscher Seite Mannesmann und Siemens eingesetzt haben. Ebenso ein italienisch-französisches Konsortium unter der Federführung von Italimpianti. Bei dem Projekt soll es sich um eine Größenordnung von einer Milliarde Mark handeln. Wie immer bei solchen Großprojekten, taucht auch hier der Schatten der Cocomliste auf. Man munkelt, die Italiener, deren Handel mit der Sowjetunion schwer am Boden liegt, würden etwas „großzügiger" mit der Handhabung dieser Cocomliste umgehen.

„Kernwaffenfreie Zonen in Europa"

DW. Berlin

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hat sich in der „DDR" für die Einrichtung von „kernwaffenfreien Zonen in Nord- und Mitteleuropa" ausgesprochen. Dies geht aus seiner Tischrede hervor, die gestern vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlicht wurde. Ceausescu sprach von der Unterstützung Rumäniens für die Errichtung solcher Zonen in Europa „wie auch in den anderen Regionen der Welt" im Zusammenhang mit der Wiederholung des Vorschlags, die Balkanregion umzuwandeln „in eine Zone ohne Kernwaffen und ohne fremde Militärstützpunkte". Enttäuscht äußerte er sich über die erste Verhandlungsrunde in Genf. Sie habe nicht „zu den von den Völkern erwarteten Ergebnissen geführt".

Aussage Agcas vor Gericht bestätigt

AP, Rom

Im Prozeß gegen sieben mutmaßliche Beteiligte am Attentat auf Papst Johannes Paul II. hat gestern der türkische Angeklagte Omer Bagci ausgesagt, er habe dem Attentäter Mehmet Ali Agca die Tatwaffe beschafft. Bagci bestritt jedoch, von den Mordplänen des Türken gewußt zu haben. Er erklärte lediglich, er habe Agca die Waffe vier Tage vor dem Anschlag am 13. Mai in Mailand übergeben, weil er Angst vor ihm gehabt habe. Die Staatsanwaltschaft wertete die Aussage als erste Bestätigung der uneingeschränkten Glaubwürdigkeit ihres Kronzeugen Agca. Wie die Nachrichtenagentur BTA meldete, ist es in Bulgarien erneut zu Solidaritätskundgebungen für die „unschuldigen, angeklagten bulgarischen Bürger" gekommen.

Bombenattentate in Bukarest

dpa, Bukarest/Belgrad

In der rumänischen Hauptstadt Bukarest sind in den vergangenen Tagen mehrere Autobomben explodiert. Dies berichtete gestern die jugoslawische Nachrichten-Agentur Tanjug aus Bukarest. Eine vorherige westliche Meldung, wonach bei der Explosion einer solchen Bombe zwei Feuerwerker getötet worden waren, wurde in Bukarest amtlich weder bestätigt noch dementiert. Nach dem westlichen Bericht waren am Sonntag in Bukarest zwei Feuerwerker getötet worden, als sie eine offenbar von Terroristen am Auto eines syrischen Studenten angebrachte Sprengladung entschärfen wollten. Syrer in Rumänien hatten in letzter Zeit wiederholt terroristische Drohungen erhalten. In Rumänien lebt eine größere Anzahl von arabischen Studenten.

Cabinda wird zum Ziel für Sabotageakte

M. GERMANI, Johannesburg

Die Beziehungen zwischen Südafrika und Angola unterliegen wieder einer Belastungsprobe. In der vergangenen Woche waren in der Erdölenklave Cabinda im Norden Angolas zwei südafrikanische Soldaten getötet, ein weiterer verletzt und gefangengenommen worden. Alle gehörten dem 1. Aufklärungskommando an. Die angolanische Nachrichtenagentur Angop meldete, die drei seien bei einem Sabotageversuch an den Erdölinstallationen von Malongo (US-Gulf Oil) von angolanischen Soldaten überrascht worden.

Auf einer Pressekonferenz am Dienstag in Luanda sagte der verwundete Südafrikaner, Petrus du Toit, sein Kommando hätte den Auftrag gehabt, das Depot in Malongo (170 000 Faß pro Tag) zu sabotieren. Sein Trupp sollte „der angolanischen Regierung einen bedeutenden wirtschaftlichen Rückschlag zufügen". Damit widersprach er der Erklärung des südafrikanischen Verteidigungsministers Magnus Malan, wonach sich die Gruppe auf einer Erkundungsmission befand, um Swapo-Stützpunkte aufzuspüren.

Es ist seit längerer Zeit bekannt, daß sich in der Nähe von Cabinda mindestens sieben Stützpunkte der kommunistischen Terrororganisation ANC sowie Ausbildungslager für Swapo, Kubaner und angolanische Fapla-Truppen befinden. Der ANC schleust seine Leute über Drittländer nach Südafrika ein. Jonas Savimbi, Führer der antikommunistischen Widerstandsbewegung Unita bestätigte, daß seine Truppen bereits gegen ANC-Terroristen im Süden Angolas gekämpft hätten. Savimbi hatte erst vor wenigen Monaten eine Front in Nordangola eröffnet und mit Anschlägen auf die Erdölfelder von Cabinda begonnen.

Du Toits Aussagen zufolge, hatte das Kommando Cabinda am 18. Mai erreicht. Man sei von der Anwesenheit angolanischer Posten überrascht gewesen. Er fügte hinzu: „Swapo benutzt Angola als Sprungbrett, um Südwest anzugreifen. Trotz der Abmachungen Südafrikas mit Angola gehen diese Angriffe weiter." Angola hätte bei einem Erfolg der Operation 30 Millionen Dollar an Erdöl verloren. Der Schaden an Einrichtungen und Produktionsverlusten hätte 450 Millionen betragen.

Craxis Koalition stehen schwere Wochen bevor

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach den von den Regierungsparteien gewonnenen Regional-, Provinzial- und Gemeindeneuwahlen stehen für Italien zwei weitere wichtige Entscheidungen an: Am 9. Juni ein Referendum über die gleitende Lohnskala und spätestens Anfang Juli die Neuwahl des Staatspräsidenten. In Verbindung mit der fälligen Neubildung der Regionalregierungen und der Gemeinderäte in den Großstädten stellen diese Termine für die vom sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi geführte Fünfparteien-Koalition eine neue Herausforderung dar, in der das Schicksal des seit fast zwei Jahren amtierenden Kabinetts mit auf dem Spiele steht.

Das von der Kommunistischen Partei und ihren Gewerkschaftsvertretern beantragte Referendum ist unabwendbar geworden, nachdem in den letzten Tagen alle Vermittlungsversuche des sozialistischen Arbeitsministers De Michelis zur einvernehmlichen Beilegung des Lohnskalastreits am Nein der KP und des Unternehmerverbandes gescheitert waren. Die Wähler müssen bei dieser Volksabstimmung darüber entscheiden, ob ein im vergangenen Jahr von der Regierung durchgesetzes Dekret zur Abbremsung der automatischen Lohnangleichung an die Inflationsrate für null und nichtig erklärt oder bestätigt werden soll.

Da ein Sieg der Ja-Front, die von der KP bis zur neofaschistischen Sozialbewegung reicht, über eine Mehrbelastung der Wirtschaft durch zusätzliche Lohnkosten den Erfolg der antiinflationären Regierungspolitik in Frage stellen würde, sind sich alle Parteien der Koalition grundsätzlich in ihrer ablehnenden Haltung einig. Ob es ihnen mit Hilfe der ebenfalls für das Nein plädierenden nichtkommunistischen Gewerkschaften gelingen wird, die Mehrheit der fast 45 Millionen Wähler für diese Position zu gewinnen, steht freilich dahin. Die Aussicht, vom nächsten Monat an mehr Geld in der Lohntüte zu finden, könnte sehr leicht auch so manchen nichtkommunistischen und antifaschistischen Arbeiter bewegen, ins kommunistisch-neofaschistische Ja-Lager überzulaufen.

Zur noch schwierigeren Bewährungsprobe als das Referendum könnte dann für die Regierungskoalition die kurz danach fällige Staatspräsidenten-Neuwahl durch beide Häuser des Parlaments und Wahlmänner der zwanzig Regionen werden. Dies schon deshalb, weil die fünf Parteien (Democrazia Cristiana, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale) getrennt darauf zugehen.

Das Mandat des seit sieben Jahren amtierenden sozialistischen Staatspräsidenten Sandro Pertini endet am 9. Juli. Der fast 89jährige hat bisher nicht eindeutig erklärt, ob er für eine zweite siebenjährige Amtsperiode zur Verfügung steht oder nicht. Solange er nicht Nein sagt, muß er als aussichtsreicher Kandidat für die Neuwahl gelten. Die Kommunisten und die Republikaner haben schon vor längerer Zeit angekündigt, daß sie ihn im Falle einer Wiederkandidatur unterstütze würden. Christdemokraten und Sozialisten scheinen andere Pläne zu haben. Den einen geht es darum, das höchste Staatsamt nach sieben Jahren wieder mit einem der Ihren zu besetzen. Als inoffizielle christdemokratische „Papabili" gelten unter anderem der ehemalige Parteisekretär Zaccagnini, Senatspräsident Cossiga und Fraktionschef Rognoni (alle drei vom linken DC-Flügel), der Partei-„Patriarch" Fanfani und Außenminister Andreotti, die der linken Mitte zugerechnet werden, so wie Vizepremier Forlani und Innenminister Scalfaro vom rechten Flügel.

Die Sozialisten scheinen ebenfalls die Wahl eines DC-Mannes zu begünstigen – wohl vor allem deshalb, weil sie befürchten müssen, daß die Democrazia Cristiana im Falle der Wahl eines Nichtchristdemokraten sofort die Ablösung Craxis als Ministerpräsident verlangen würde. An der „Wahlbörse" werden noch andere Kandidaten gehandelt, darunter der republikanische Verteidigungsminister Spadolini. Erfolgsaussichten werden solchen Außenseitern nur eingeräumt, wenn bei der Wahl eine Pattsituation entstehen sollte.

Im Vorfeld der offiziellen Wahlkampagne hat sich Pertini schon mehrfach mit sibyllinischen Äußerungen zu Wort gemeldet. An den Außenminister richtete er dieser Tage nach dessen Rückkehr von einer Nahostreise einen anerkennenden Brief. Er zollt darin dem Minister Beifall für seinen „moralischen, politischen und physischen Mut" und schloß mit den Worten: „Bravo, Giulio, mein Freund! Ich umarme dich brüderlich, dein Sandro".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schmudes Vorstellungen

„Abkehr vom Wiedervereinigungsgebot": WELT vom 18. Mai

Jetzt wissen die Heimatvertriebenen und Übersiedler und alle anderen Deutschen, was von diesen Politikern der SPD zu erwarten ist.

Wer so naiv und freundschaftlich mit den sogenannten Volksvertretern eines Unrechtregimes verkehrt, muß sich nicht wundern, wenn ihm nichts mehr geglaubt wird. Da die Abgeordneten der Volkskammer noch zu keinem Zeitpunkt in geheimer und freier Wahl ihr Mandat erhielten, sind sie auch nicht Mitglied eines demokratischen Parlaments.

Ein menschenwürdiges Leben ist nur in Frieden und Freiheit möglich. Das gibt es leider im gesamten Ostblock nicht, solange es das Ziel der verantwortlichen Funktionäre ist, die kommunistische Weltrevolution zu verwirklichen. Weshalb bietet sich die SPD da als Helfeshelfer an?

A. Ascheberg, Hamburg 73

*

Der ganze Abgrund künftiger SPD-Strategie tut sich auf, wenn man Schmudes Ansichten und Absichten zum Wiedervereinigungsgebot durchdenkt. Zum Wohle unseres Volkes? Gewiß nicht! Was 1848 in Frankfurt begann, 1871 unter Bismarck erreicht, selbst 1945 nicht auseinandergerissen wurde, soll nun in freiwillig auferlegter Selbstauflösung langfristig anvisiert werden: Deutschlands Einheit – für immer vorüber. Das elementarste Grundrecht eines jeden Volkes, eine Nation sein zu dürfen, wird als unzeitgemäß vom Tisch gefegt.

Andere Völker beschämen uns, etwa China und Formosa oder Nord- und Südkorea, die mit ihrer gemeinsamen Zukunft noch keineswegs abgeschlossen haben.

Wir verzichten alle sehr gerne auf Schmudes Gedankenspiele, die weder in Stuttgart, Kiel, Hannover, Halle, Erfurt oder Stralsund mit Freude aufgenommen werden. Und Millionen Deutsche in der DDR sehen sich um ihre Hoffnung betrogen, denn sie hatten an uns geglaubt!

H. Csallner, Frankfurt/M.

*

Da wird der ehemalige Bundesjustizminister heftigst angegriffen, weil er das ausgesprochen hat, was inzwischen viele Deutsche, vor allem der jüngeren Generation denken: Es gibt zwei deutsche Staaten.

Und daran ist nicht nur der böse Osten schuld, nein, denn durch die Zurückweisung der Stalin-Note von 1952 durch Adenauer (Wiedervereinigungsangebot der UdSSR) und der Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland von 1955 mit NATO-Eintritt wurde klar, daß der Westen die Teilung Deutschlands anerkannt und sogar befürwortet hat.

Wir sind heute nicht nur durch eine materielle, sondern auch durch eine geistige Mauer getrennt. Ein anderes *System, andere Wert- und Moralvorstellungen* und in Ansätzen sogar schon eine andere Sprache, lassen uns den anderen Teil unseres Volkes fremder erscheinen als manch anderssprachiges Volk.

Außerdem sollten einige „ewig Gestrigen" doch endlich zur Kenntnis nehmen, daß eine Wiedervereinigung in einer utopischen Zukunft nur über die Anerkennung der DDR als souveränen Staat geschehen kann, und nie über einen antiken Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland.

M. Chan, Konstanz

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Wochen fragte ich, wie viele andere mit mir, ob die EKD wieder einmal mit ihrem „Wort zum Frieden" den Vorreiter in einer politischen Entscheidung übernommen hat, diesmal in der Abschreibung der Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes.

Inzwischen hat der ehemalige Justizminister und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Jürgen Schmude, befürwortet, daß die Präambel des Grundgesetzes geändert werden müsse, was darauf hinausläuft, die Wiedervereinigung unseres geteilten Volkes aufzugeben. Seine Parteifreunde distanzieren sich zwar jetzt von dieser angeblich persönlichen Äußerung. Für mich bleibt der Verdacht, daß hier ein Versuchsballon gestartet worden ist, der lediglich zu früh gekommen ist.

Erschrecken muß es aber den evangelischen Christen, daß dieser Mann nunmehr zum Präses der EKD-Synode gewählt worden ist. Es erhebt sich die zwingende Frage: wohin treibt unsere evangelische Kirche? Will sie noch das Evangelium verkünden, oder entgegen Luthers zahlreichen Erklärungen die Politik bestimmen?

Mit freundlichen Grüßen
E. Frank, Sachsen b. Ansbach

Mikrogravität

In Ihrem informativen Bericht zu dem am 14. Oktober startenden Raumfahrtunternehmen mit dem Weltraumlabor Spacelab unter rein deutscher Leitung hieß es u. a.: „Der Schwerpunkt der Versuche, die an *Bord des Spacelab angestellt werden* sollen, liegt bei der Nutzung der Schwerelosigkeit im Bereich der ...".

Dazu eine Ergänzung. Während Presseberichte meist den Begriff „Schwerelosigkeit" verwenden, bevorzugen Wissenschaftler einen präziseren Begriff: Mikrogravität.

Warum Mikrogravität? Ein in Erdumlaufbahn befindliches Objekt wie z. B. die amerikanische Raumfähre, entzieht sich nie völlig der Erdgravität. Ihre Erdumlaufbahn definiert sich als Kombination des Vorwärtsfalls zur Erde hin und aus ihrer Vorwärtsbewegung. Diese Kombination verhindert, daß die Raumfähre auf Nimmerwiedersehen im Weltraum verschwindet. Der vorerwähnte Spezialzustand des freien Falls produziert den Effekt der Schwerelosigkeit.

Zum besseren Verständnis ein Beispiel: Man stelle sich vor, man befände sich in einem defekten Fahrstuhl, der – außer Kontrolle – dem Boden entgegenstürzt. Ließe man im Fahrstuhl eine Münze fallen, schiene sie in der Luft zu schweben. Der Grund: Weil sowohl die im Fahrstuhl befindliche Person, die Münze und der Fahrstuhl selbst mit gleicher Geschwindigkeit dem Boden entgegenfallen. Das ungefähr erfolgt auch mit einer Raumfähre/dem Spacelab auf Erdumlaufbahn.

Man nutzt diesen gewichtslosen Zustand in der Raumfähre/dem Spacelab, um herauszufinden, wie man z. B. die Fertigung von Schwerprodukten – etwa von Bleilegierungen – auf der Erde verbessern kann. Viele Experten sind davon überzeugt, daß die Weltraum-Materialien-Fertigungsverfahren – wie man die Herstellung verschiedener Spezialprodukte (so u. a. Arzneimittel, Metall-Legierungen und Kristalle, die dafür hauptsächlich in Frage kommen) bezeichnet, in Zukunft wirtschaftlich wesentlich wichtiger als z. B. die Gen-Biologie sein dürften.

Die Bundesrepublik investiert in diesen zukunftsträchtigen Bereich erheblich und hält eine Führungsrolle, was die Amerikaner, Japaner und Franzosen neidlos zugeben.

H. Voss-Kollai, Nürnberg 1

Wort des Tages

„Was wir aus Menschenliebe vorhaben, würden wir allemal erreichen, wenn wir keinen Eigennutz einmischten."

Jean Paul; dt. Autor (1763–1825)

Neue Armut

„Wort von der neuen Armut ist unangemessen"; WELT vom 15. Mai

Es ist Herrn Neukamm völlig zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß alles Gerede von einer „neuen Armut" in höchstem Maße unangemessen ist. Zweiffellos wird dieser Begriff von den Sozialdemokraten auch nur wegen seiner sehr mit ihm verbundenen demagogischen Verführbarkeit gebraucht. Die SPD selbst nimmt als Maßstab für diese angebliche „neue Armut" die Sozialhilfe. Im Jahre 1982 gab es unter der sozialdemokratischen Bundesregierung 2,3 Millionen Sozialhilfeempfänger – heute sind es genau 2,4 Millionen. Da stellt sich dann doch die Frage, wann einem sozialdemokratischen Genossen eigentlich das Gewissen schlägt. Offensichtlich hängt das maßgeblich davon ab, welche Partei in Bonn die Regierungsverantwortung trägt.

Tatsache ist doch wohl: Erst hat die SPD die Bürger arm gemacht, jetzt beginnt sie, diesen Befund demagogisch zu verfälschen. Im übrigen spricht kein Genosse davon, daß am 1. Juli dieses Jahres – wie schon im Vorjahr und nach langer Zeit erstmalig wieder – die Sozialhilferegelsätze nachhaltig angehoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph Böhr, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Personalien

GEBURTSTAG

Der evangelische Theologe und Publizist **Heinz Zahrnt** feiert am Freitag seinen 70. Geburtstag. Seine Bücher – zu den bekanntesten gehören „Die Sache mit Gott" (1966), „Gott kann nicht sterben" (1970), „Wozu ich glaube – Meine Sache mit Gott" (1977) und „Westlich von Eden. Zwölf Reden an die Verehrer und die Verächter der christlichen Religion" (1981) – haben meist hohe Auflagen erreicht. Das hat seinen Grund gewiß darin, daß der einstige Pfarrer und langjährige Theologische Chefredakteur des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts" (Hamburg) reiches Wissen und große Belesenheit mit einer leicht lesbaren und anschaulichen Sprache vereinigt. Außerdem aber auch darin, daß er die Fragen und die Ratlosigkeit versteht, mit denen so viele Menschen unserer Zeit nicht nur der Kirche, sondern auch Aussagen der christlichen Botschaft gegenüberstehen. Beim Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf wird er wohl einer der markantesten theologischen Redner sein.

EHRUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** (CSU) mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet. Die Ehrung soll Zimmermann in der nächsten Woche überreicht werden.

*

Bildungsministerin **Dorothee Wilms** und Justizminister **Hans Engelhard** sind von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** in der Villa Hammerschmidt in Bonn mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

*

Das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhielt Dr. **Johannes Cladders**, Direktor des Städtischen Museums Mönchengladbach. Cladders ist es zu verdanken, daß das Museum heute über eine der bedeutendsten Sammlungen zeitgenössischer bildender Kunst der Bundesrepublik besitzt.

*

Diplomingenieur **Horst Ohnsorge**, Freiberg-Geisingen, wissenschaftlicher Geschäftsführer des Heinrich-Hertz-Instituts für die Erforschung und Entwicklung der optischen Nachrichtentechnik, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse geehrt.

*

Der bildende Künstler **Werner Pöschel**, Bielefeld, widmet sich seit langem auch der künstlerisch-therapeutischen Betreuung der Patienten in den Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** würdigte diese Arbeit mit einem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

*

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat **Georg Hüssler**, ist mit dem Traugott Bender-Preis der baden-württembergischen CDU ausgezeichnet worden. Bei der Überreichung des an den verstorbenen früheren *baden-württembergi*schen Justizminister **Traugott Bender** erinnernden Preises betonte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, **Erwin Teufel**, Hüssler habe ein Beispiel christlicher Freiheit und Verantwortung gegeben. Die Dienste der Caritas bezeichnete Teufel als „unersetzlich".

*

Beim bundesweiten Jahreswettbewerb der Musikhochschulen in Freiburg hat im Fach Komposition **Karl Wieland Kurz** (Frankfurt) den mit 2000 Mark ausgestatteten zweiten Preis errungen. In den beiden anderen Wettbewerbsfächern Klavier und Violine wurde kein erster Preis vergeben, teilten die Veranstalter mit. Den zweiten Preis erhielten für Klavier **François Killian**, Hannover, sowie für Violine **Teemu Kupiainen**, Köln, und **Rheinhilde Adorf**, Freiburg. Einen Preis für die beste Begleitung bekam **Daniel Kruerke** (Viola), Frankfurt. Zu dem viertägigen Wettbewerb hatten die 16 Musikhochschulen im Bundesgebiet 96 Teilnehmer entsandt.

*

Professor **Sigurd Lenzen** vom Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Universität Göttingen ist mit dem Ferdinand-Bertram-Preis 1985 des Pharma-Unternehmens Boehringer Mannheim ausgezeichnet worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis ist nach dem 1960 verstorbenen Internisten **Ferdinand Bertram** benannt, der sich in der Diabetes-Forschung große Verdienste erworben hat. Der Preis ist Lenzen bei der 20. Jahrestagung der Deutschen Diabetes-Gesellschaft in Mainz übergeben worden.

VERANSTALTUNGEN

In der Bonner Vertretung von Baden-Württemberg zeigt **Emil Wachter** bis 14. Juni Bonner Porträts. Der Maler, Grafiker und Bildhauer, Jahrgang 1921, in Baden geboren, gehörte noch zu den Schülern von Erich Heckel. Einige Jahre lehrte er an der Akademie der Bildenden Künste in München. Seine Porträts aus dem Bonner Regierungsviertel – „fast ausnahmslos mit Kugelschreiber gemacht, dem heute üblichen Schreibstift" – sind weit weg vom Anspruch, dem Porträtierten mit seinem Bild eine reine Freude zu bereiten. Doch in wenigen Strichen werden Momentaufnahmen festgehalten. Da gibt es den in Akten vertieften Ludwig Erhard, den hinter seiner Tabakpfeife verschanzten Herbert Wehner, einen sinnierenden Helmut Kohl und dazu den eher griesgrämig blickenden Willy Brandt. Rätsel gibt da Helmut Schmidt auf, der einäugig gezeigt wird. Auch die Damen, dargestellt mit überspitzer Nase oder recht verkniffen, wirken eher etwas unzufrieden. Sollte es so sein, wie Emil Wachter erklärte? „Die Bundeshauptstadt ist, trotz der wundervollen Stromlandschaft, in der sie eingebettet liegt, in ihrem politischen Teil langweilig und öd. Sie hat gar kein Gesicht, noch nicht."

*

Zu einem Treff mit Bundestagsabgeordneten lud Professor Dr. **Hans Bausch**, der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, in die Landesvertretung von Baden-Württemberg in Bonn ein. Bausch bat zu einem Konzert, das von „Musikern des Auswärtigen Amtes" bestritten wurde. Jene Musiker waren Ministerialdirektor **Werner Ungerer** und Vortragender Legationsrat **Manfred Osten** sowie dessen Frau **Ute** und Sohn **Martin**, der stellvertretende Chef des Protokolls **Erhard Holtermann** und Ehefrau **Mary** sowie Legationsrat **Thomas Läufer**. Die kleine Gruppe hatte sich bereits kürzlich bei einem Konzert im Künstlerbahnhof Rolandseck vorgestellt. Der Süddeutsche Rundfunk zeichnete jetzt das Konzert auf. Es soll in Kürze gesendet werden.

Mit dreimonatiger Verzögerung ist dem Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie jetzt offiziell ein US-Hochleistungs-Computer übergeben worden. Das Pentagon hatte die Exportlizenz mit Auflagen verbunden. Gastwissenschaftler aus Ostblockländern haben keinen selbständigen Zugriff.

Zahlenknacker mit Vorliebe fürs Wetter rund um den Globus

Als verwirrendes Dickicht von Kabeln präsentiert sich die Rückseite der Rechner-Schränke. Die Länge jedes einzelnen Kabels ist dabei genau festgelegt. FOTO: MPG

Von DIETER THIERBACH

Weltweite Klimaschwankungen werden jetzt auch in der Bundesrepublik einer systematischen Erforschung erschlossen. In der Cyber 205, so die Typenbezeichnung des neuen elektronischen Giganten, lassen sich die bisher nur einzeln einsetzbaren mathematischen Modelle der Strömungen in Ozeanen und in der Atmosphäre, der Kreisläufe von Spurengasen und die Auswirkungen des „Treibhaus-Effekts" miteinander verknüpfen.

Die Cyber 205, am 27. Mai 1985 im Rechenzentrum des Hamburger Max-Planck-Instituts offiziell ihrer Bestimmung übergeben, zählt zu den leistungsfähigsten Computern, die es auf der Welt derzeit zu kaufen gibt.

Im Abstand von wenigen Nanosekunden, dem milliardsten Teil einer Sekunde, werden jeweils 64 bit (ein bit ist die kleinste Informationseinheit für Computer-Alternativentscheidungen) parallel durch die Rechenwerke gejagt, so daß 200 Millionen Operationen pro Sekunde ausgeführt werden können.

Eigener Steuer-Computer

Wolfgang Sell, der Leiter des Instituts-Rechenzentrums vergleicht den Arbeitsablauf in der Cyber 205 mit dem Durchziehen einer Perlenkette: Sobald durch einen Rechenbefehl des Programms die erste Operation eingeleitet ist, folgen die nächsten zwangsläufig nach, und die in unmittelbarer Nachbarschaft bereitliegenden Informationen werden sehr schnell hintereinander aufgearbeitet. Suchvorgänge entfallen dabei weitgehend. Mit einer einzigen Instruktion kann die Maschine bis zu 65 000 Ergebnisse produzieren.

Wenn man das Rechenzentrum betritt, ist man zunächst verblüfft über die Unscheinbarkeit, mit der sich der neue Super-Computer präsentiert. Auf engem Raum stehen nebeneinander acht Stahlschränke und vier Plattenspeicher, die Schränke von oben bis unten mit Türen aus dunklem Acryl-Glas, ohne irgendein Bedienungselement oder Lämpchen. Verschwunden sind die bombastischen Bedienungskonsolen früherer Großrechner. Ein einfacher Bildschirm-Arbeitsplatz ist an ihre Stelle getreten.

Die Cyber 205 hat eigentlich auch „nur" die Funktion eines sogenannten Number Crunchers (Zahlenknakker) innerhalb eines umfassenderen Computer-Systems. Ihr ist ein vergleichsweise kleiner, doch nach herkömmlichen Maßstäben sehr leistungsfähiger, zweiter Rechner vorgeschaltet, der die Aufbereitung der zu verarbeitenden Programme und Daten sowie den Anschluß der im Haus oder auswärts arbeitenden Wissenschaftler besorgt.

Ein weiterer kleinerer Rechner arbeitet die Ergebnisse zu Graphiken auf, denn bei der hier errechneten Zahlenfülle verliert man sonst die Übersicht. Ein kleiner Steuerrechner ermöglicht schließlich die Kontrolle und Wartung der Zentraleinheit. Die Hilfe eines Computers ist nötig, um ein Rechner-Monstrum wie die Cyber 205 überwachen zu können.

Eindrucksvoll ist die Anordnung der Halbleiter-Chips, in denen die eigentliche Rechenarbeit geleistet wird: Sie sitzen hinter den dunklen Glastüren schachbrettartig auf Metallstäben, die mit Fluorkohlenstoff-Verbindungen gekühlt werden. Bei der hohen Dichte der Schaltelemente auf den Chips spielt die Ableitung der beim Rechnen entstehenden Wärme eine wichtige Rolle.

Umfassendes Klimamodell

Beim Öffnen der rückwärtigen Schrankseite verblüfft dagegen ein „Drahtverhau" wie man ihn bei modernen Computern eigentlich nicht erwartet: dünne Koaxialkabel, die zu Bündeln aufgerollt sind. Wo mit Taktzeiten von einigen Nanosekunden gerechnet wird, folgen die Impulse in Abständen von einigen Zentimetern aufeinander. Auf die Länge der Zuleitungen muß deshalb sehr sorgfältig geachtet werden.

Gegenüber der bisherigen Computer-Ausstattung wurde die Rechenleistung verhundertfacht. Theoretisch ist sie sogar bis zu tausendmal größer. Listenpreis der Anlage: Rund 20 Millionen Mark. Etwa 20 Prozent seiner Rechenkapazität stellt das Hamburger Zentrum auswärtigen Benutzern zur Verfügung.

Von der Cyber 205 sind derzeit weltweit an die 30 Maschinen in Betrieb, nicht nur im militärischen Bereich und beim Wetterdienst, sondern auch in der Physik und bei der Ölexploration.

Eine typische Aufgabe für den jetzt in Hamburg aufgestellten Großrechner: Er braucht drei bis vier Tage Rechenzeit, um zehn Jahre globalen Wettergeschehens nachzuvollziehen beziehungsweise im voraus zu berechnen. Ziel dieser Arbeiten soll die Voraussage von Klimaveränderungen aufgrund eines umfassenden Klimamodells sein, in das neben der Atmosphäre und den Ozeanen auch die arktischen und antarktischen Eismassen und die Biosphäre mit einbezogen sind.

Bisher steckte die Arbeit an solchen gekoppelten Modellen noch in den Anfängen, da die dazu benötigten Großrechner fehlten.

Das amerikanische Verteidigungsministerium wollte, so die Max-Planck-Gesellschaft, an die Computer-Lieferung Bedingungen knüpfen, die „für ein Forschungsinstitut unannehmbar sind". Anlaß war die Entdeckung, daß an zwei amerikanischen Universitäten sowjetische Gastwissenschaftler auf genau so einer Maschine Kernwaffenberechnungen durchgeführt hatten.

So verlangte das Pentagon Meldung über jedes längere Rechenprogramm und eine Personalüberprüfung, die den internationalen freien wissenschaftlichen Austausch unmöglich gemacht hätte. Doch auch die amerikanischen Universitäten, denen die gleichen Auflagen drohten, wollten sich das nicht gefallen lassen und leisteten den Hamburger Wissenschaftlern Schützenhilfe.

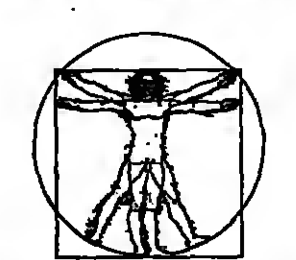
NOTIZEN

Kostendämpfung

Berlin (DW.) – Die Bundesärztekammer ist offenbar nicht bereit, den von den Sozialpolitikern eingeschlagenen Weg zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen mitzugehen. Wie ihr Präsident, Dr. Karsten Vilmar, auf dem Kongreß für ärztliche Fortbildung sagte, schließen sich Kostendämpfung und Fortschritt im Gesundheitswesen aus. Einschränkungen gingen, so Vilmar, vorwiegend zu Lasten älterer Menschen. Die Kostenexplosion könne nur durch eine Dämpfung der Nachfrage nach ärztlichen Leistungen bewältigt werden.

Ortung mit Laserstrahlen

Frankfurt (trz.) – Durch den Einsatz von Laserlicht sind jetzt die Verfahren zur Ultraschall-Ortung unter Wasser so verbessert worden, daß sie beim Aufspüren von U-Booten, aber auch von Fischschwärmen eingesetzt werden können. Von einem Flugzeug aus wird Laserlicht einer bestimmten Frequenz und genau festgelegter Pulsdauer auf die Wasseroberfläche gestrahlt. Die im



Wasser entstandenen Sonarwellen können dann mit einer empfindlichen Schleppsonde aufgefangen und ausgewertet werden.

Zu wenig Obduktionen

Köln (lnw) – Den beängstigenden Rückgang der Obduktionen an Verstorbenen haben die deutschen Pathologen anläßlich ihres Kongresses beklagt. In der Bundesrepublik werde es immer schwerer, Leichen zu obduzieren. Dies sei auf den zunehmenden öffentlichen Druck, verschärfte Vorschriften und eine unsichere Rechtslage zurückzuführen. Der Rückgang der Obduktion führe jedoch zu einem Rückschlag in der Erforschung von Todesursachen und Umweltschäden.

„... den Schmerz teilen"

Petra Kelly: Krebskranke Kinder brauchen mehr Hilfe

Krebserkrankungen bei Kindern, vor allem die Leukämie, können heute in 60 bis 70 Prozent der Fälle geheilt werden. Dies setzt eine langwierige und anstrengende Behandlung voraus, die immer wieder Aufenthalte in der Klinik erfordert. Damit das Kind und seine Familie körperlich und psychisch diese Belastung überstehen, benötigen sie eine intensive Betreuung durch Ärzte, Krankenschwestern und Psychologen, deren Zahl zur Zeit aber nicht ausreicht. Zu diesem Thema führte die WELT ein Interview mit Petra K. Kelly (MdB), die sich aktiv für die Belange der Betroffenen einsetzt. Das Gespräch führte Annette Tuffs.

WELT: Was ist die Grace P. Kelly-Vereinigung? Welche Ziele verfolgt sie, und wer gehört ihr an?

Kelly: Meine Schwester Grace ist 1970 an einem Augensarkom gestorben, ich habe die Vereinigung 1973 gegründet. Inzwischen ist daraus ein internationaler Verein von etwa 180 Mitgliedern geworden, der vor allem die psycho-sozialen Bedingungen von krebskranken Kindern verbessern möchte. Seit 1975 planen wir das Projekt eines modellhaften „Kinderplaneten", das ich immer noch zu verwirklichen hoffe. Hier soll ein idealer Lebensraum für chronisch- und krebskranke Kinder eingerichtet werden.

WELT: Sie haben lange in Amerika gelebt. Ist dort die Versorgung der krebskranken Kinder besser?

Kelly: Ja, ich habe dort sehr viele Kliniken besucht. Eltern, die bundesweit organisiert sind, haben z. B. durchgesetzt, daß sich betroffene Kinder kostenlos anrufen können. Ich habe in den USA in einigen Kliniken schon vor Jahren erlebt, daß jedes erkrankte Kind sich eine Puppe aussuchen durfte, an der es all das, was an ihm selbst ausgeführt wird z. B. Spritzen und Bestrahlungen, vornehmen konnte. Es erlebt dann, daß es den Schmerz weitergeben und mit anderen teilen kann. Dies ist ein Modell, bei dem Kinder in der Klinik alles sehen und anfassen dürfen. Sie haben völlige Mitbestimmung bei der Behandlung. Bis diese Ideen jetzt in der Bundesrepublik einziehen konnten, hat es 15 Jahre gedauert.

WELT: Wie sieht es in Amerika mit Stellen für das betreuende Personal aus?

Kelly: Es läuft vieles über Laienorganisationen, so wie es Elisabeth Kübler-Ross bei einer vielbeachteten Podiumsdiskussion im Oktober darstellte. Sie baut dort eine Gruppe von Laien auf, die sich um die Betreuung und aktive Sterbehilfe für Krebskranke kümmert. Es sind hauptsächlich Frauen, die das tagtäglich tun. Das ist bei uns nicht denkbar.

WELT: ... und warum nicht?

Kelly: Ich glaube, daß wir nicht die Einstellung zu karitativen Aktionen haben wie es in Amerika der Fall ist. Es ist bei uns keine entwickelte Mentalität, auf phantasievolle Weise ständig neue finanzielle Unterstützung zu finden. Man kann das nicht auf unsere Verhältnisse übertragen. Bei uns gibt es zwar auch Laienhelfer, aber die sind nicht ausgebildet. Die Kurse von Frau Kübler-Ross dauern sechs Monate, sind sehr ‚straff' und fordern die Teilnehmer. Es wäre eine gute Idee, wenn diese Kurse auch in der Bundesrepublik eingeführt und finanziell unterstützt würden. Es könnten viele Leute daran teilnehmen, die vielleicht eine sinnvolle Beschäftigung suchen. Die Selbsthilfe der Laien darf aber nicht so weit gehen, daß betroffene Eltern Stellen für Fachkräfte selbst finanzieren müssen. Außerdem dürfen sie nicht so stark bei der Pflege des Kindes eingespannt werden, daß sie ihre Familien zu Hause vernachlässigen.

WELT: Die Bundesregierung stellt eine Million Mark für ein weiteres Jahr zur Unterstützung von zehn Tumorzentren zur Verfügung. Die Beteiligten aber halten fünf bis sechs Millionen Mark für notwendig. Ihr Antrag auf diese Mittel wurde im Bundestag abgelehnt. Sehen Sie eine Möglichkeit, diese Summe doch noch aufzubringen?

Kelly: Ja, ich werde mich im Bundestag weiter darum bemühen. Die Organisation von Spendenaktionen ist aber nach wie vor erschwert, weil man keinen Apparat hinter sich hat. Ich bin für weitere Gespräche zwischen Eltern und Vertretern von Bund, Ländern und Krankenkassen. Die Aktionen sollen auch Spaß machen, sie sollen anders als übliche Spendenaufrufe verlaufen. Außerdem möchte ich zur Unterstützung der krebskranken Kinder um bestimmte Anteile aus dem Verteidigungshaushalt bitten.

Mit dem Thema „Risikofaktoren für die Entstehung von Krebs bei Kindern" befaßt sich am Samstag ein Beitrag auf der Wissenschaftsseite der „Geistigen Welt".

Stalins Angst vor Hitlers Blitz

Ernst Topitsch analysiert die sowjetische Langzeitpolitik gegen den Westen

Die Frage, ob Stalin Hitler zu einem Präventivkrieg provoziert hat, gehört zu den schwierigsten Themen der zeitgeschichtlichen Forschung. Der Grazer Philosoph Ernst Topitsch, Jahrgang 1919, beantwortet sie in seinem Buch mit der nicht minder provozierenden These, daß Hitler und später in gewissem Sinne auch die Japaner in Stalins Machtkalkül die Rolle von „nützlichen Idioten" gespielt hätten.

Hitler als unbewußtes Werkzeug der Langzeitstrategie Stalins, die darauf abzielte, einen neuen großen Krieg zwischen den „imperialistischen" Mächten zu entfesseln, um diese zu schwächen und reif für die Revolution zu machen, selbst aber im Hintergrund zu bleiben und die Fäden zu ziehen – das wäre in der Tat ein Konzept, dem ein gewisses Raffinement innewohnte, kaum aber die ihm von Topitsch zugeschriebene „innere Stimmigkeit" und „bewundernswerte Folgerichtigkeit".

Nun hat der „Nicht-Fachhistoriker" (Topitsch über sich selbst), wie er in der Einleitung zu seiner Schrift bekennt, keine neuen Dokumente anzubieten, die seine These stützen könnten. Die östlichen Archive sind der Forschung noch immer verschlossen und dürften so bald auch nicht zugänglich sein. Der Autor beruft sich daher auf Bekanntes – die Arbeiten des renommierten Kölner Historikers Andreas Hillgruber und seines Kollegen Philipp W. Fabry sowie auf einzelne Hinweise in den Büchern von George F. Kennan.

Topitsch – und das unterscheidet den konservativen Denker von den bloßen Apologeten des Dritten Reiches – beabsichtigt alles andere, als Hitler politisch oder moralisch zu entlasten. Stalin, schreibt er, habe das bonapartistische Gepräge von Hitlers Eroberungspolitik frühzeitig durchschaut und sie zur Realisierung seiner eigenen Expansionspolitik eingesetzt. Der „Führer" sei wie ein Schuljunge in die von Stalin aufgestellte Falle getappt.

Das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Es ist aber immerhin ein origineller Versuch, Hitler zu entdämonisieren und ihn auf seine eigentliche historische Größe als einen skrupellosen Abenteurer und politischen Hazardeur zurückzuführen. Daß Topitsch dies überzeugend gelang, ist ein Vorzug seines Buches. In der Tat spricht manches dafür, daß Stalin Hitlers Konflikt mit den westlichen Demokratien schürte, um aus einem Abnutzungskrieg der Deutschen, Italiener und Japaner gegen die Westmächte als „lachender Dritter" hervorzugehen. Doch Stalin hatte die Rechnung ohne Hitlers Blitzsiege im Westen gemacht. Der deutsche Angriff vom 22. Juni 1941 gegen die Sowjetunion durchkreuzte seine Absichten.

Spätestens hier wird die These von Stalins Meisterplan unhaltbar – und das Bild vom betrogenen Betrüger drängt sich auf. Was Topitsch als „Gipfel" rationaler Machtpolitik" Stalins erscheint, war nichts anderes als die sowjetische Neuauflage der alten, gescheiterten Beschwichtigungspolitik, mit der Engländer und Franzosen in den 30er Jahren versucht hatten, Hitlers Aggressionspolitik zu stoppen und den deutschen Blitz vom eigenen Haus abzulenken.

Ernst Topitsch:
Stalins Krieg
Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik. Olzog Verlag, München. 168 S., 22 Mark.

In Wahrheit war Stalin von Furcht erfüllt, wenn er auf Hitlers Erfolge im Westen blickte. Ängstlich vermied er jeden Anschein einer Provokation – erst recht nach Molotows Berlin-Besuch im November 1940, als Hitler das Stichwort „Barbarossa", die Angriffsplanung gegen die Sowjetunion, auslöste. Er weigerte sich nicht nur, den Aufmarsch des deutschen Ostheeres zur Kenntnis zu nehmen; er behandelte alle Warner und Überläufer – und es waren derer mehr als achtzig – als Provokateure. Bis zuletzt hoffte er auf ein deutsches Verhandlungsangebot. Noch am Abend des 21. Juni, als sich die Meldungen über einen unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff häuften, sagte Stalin zu Timoschenko: „Wir verbreiten umsonst Panik!"

Stalin, der jedem mißtraute, vertraute ausgerechnet dem einzigen Menschen, dem gegenüber er allen Grund zum Mißtrauen gehabt hätte. Hitlers Krieg im Osten traf ihn politisch, militärisch und psychologisch völlig unvorbereitet. Die Rote Armee, durch Massensäuberungen dezimiert, war praktisch führungslos. Liebedienerei, Strebertum und Lobhudelei auf den „großen Führer" verbanden sich mit der für Stalins Rußland typischen Atmosphäre des Massenterrors und der Massenpsychosen.

Die Anhänger der „fortschrittlichsten" Militärdoktrin des „siegreichen Angriffs" der Roten Armee saßen, was Topitsch offensichtlich nicht weiß, größtenteils in Berijas GULag. Stalins Generale hatten ihre einzige Kriegserfahrung in den Abwehrschlachten in Spanien und vor der finnischen Mannerheim-Linie gewonnen. Noch bis 1942 klammerten sie sich an die längst überholte Lehre vom Stellungskrieg. Erst eine jüngere Generation kampferprobter Sowjetkommandeure lernte buchstäblich auf dem Schlachtfeld vom deutschen Gegner moderne Methoden der Truppenführung im Bewegungskrieg.

Was sich aus der Sicht des deutschen Generalstabs – von Topitsch zustimmend zitiert – als ein „Aufmarsch der Roten Armee für alle Fälle" (v. Manstein) ausnahm, war in Wirklichkeit der Versuch, in letzter Stunde mit unzulänglichen Mitteln eine einigermaßen zusammenhängende Grenzverteidigung zu organisieren. Auf dem geduldigen Papier der „Prawda" sah freilich alles prächtig aus, war die Einheit von Volk und Partei „unverbrüchlich", die große Lehre Stalins „unbesiegbar" und die Rote Armee immer in der Offensive. Daß ein kluger Kopf wie Ernst Topitsch 44 Jahre danach Theorie und Praxis, Propaganda und Wirklichkeit nicht auseinanderzuhalten vermag, sondern Stalins strategische Irrtümer und verheerende Fehlkalkulationen als „Langzeitstrategie rationaler Machtpolitik" verklärt, ist zu bedauern.

Es war nicht Stalins Krieg, den Hitler im Osten führte. Es war sein eigener Krieg, ein rassenideologisch begründeter Ausrottungsfeldzug – den Hitler für Stalin gewann.

BOTHO KIRSCH



„Nicht nur die Steine sprechen deutsch ...": Blick auf das Rathaus von Hirschberg in Schlesien FOTO: ULLSTEIN

Gefährliche Erbschaft

Reportagen aus Polens deutschen Ostgebieten

Wenn deutsche und polnische Historiker sich treffen, um über Annäherung des Geschichtsbildes zu verhandeln, so beginnt der Disput regelmäßig mit der Begegnung Kaiser Ottos III. und des Polenherzogs Boleslaw Chrobry in Gnesen – im Jahr 1000. Da Chrobry sich später vom Imperium Romanum löste, neigen die Deutschen dazu, die Zugeständnisse des Kaisers, in deren Folge Gnesen im slawischen Raum mehr Gewicht erhielt als Magdeburg, kritisch zu beurteilen. Für Polen hingegen steht Chrobry am Anfang seiner nationalen Geschichte.

Nach neuester Forschung dürfte es so gewesen sein, daß Chrobry im Reichsverband bleiben wollte, zumal er hier die große, die einzige Chance sah, das zivilisatorische Gefälle zwischen Slawen und Deutschen auszugleichen. Heinrich II. aber verbündete sich mit den heidnischen Elbslawen, den bisherigen Erzfeinden des Reiches und ebenfalls der Polen. Elbslawen und in der Folge die ganze Ostseeküste wurden christianisiert, germanisiert auch. Hier wuchs einheitlicher deutscher Kulturraum.

Das piastische Polen hingegen entglitt seiner Bindung an das Reich. Das westliche und das östliche Mitteleuropa gingen seither getrennte Wege. Von diesem Ausgangspunkt her holpert das Tauziehen der Forscher durch die Jahrhunderte. Natürlich war die deutsche Ostpolitik nicht schuldlos an der polnischen Misere der späteren Epochen. Was aber heißt „historische Schuld" bei Vorgängen, die tausend Jahre zurückliegen?

Im Wust der Schuldzuweisungen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mitunter schrille, ja hysterische Form annahmen, droht das ausgewogene Urteil unterzugehen, mindestens aber verkürzt auszufallen. Den polnischen Nachkriegsregierungen ist es gelungen, die Westdeutschen in permanenter Gewissensnot zu halten.

Das Reich hat Niederschlesien, Pommern, Ostpreußen, die auf alle Zeit von deutscher Leistung zeugenden Städte, die Kornkammern und die Ferienlandschaften verloren. Doch war das nicht der Polen, sondern Stalins Entscheidung: Er arrondierte die Sowjetunion um – vergleichsweise wertlose – Landstriche in Galizien und der Ukraine, die Polen stattete er mit einer überdimensionierten Erbschaft aus, die sie auf Gedeih und Verderb an die Sowjetunion binden mußte.

Dies ist die eine Seite. Die andere freilich ist, daß Polens Regierungen, ob sie nun unter Gomulka, Gierek, Kania oder Jaruzelski firmieren, sich laufend genötigt fühlen, dem Landerwerb, den ihnen der sowjetische Diktator aufbürdete, mit ideologischer Geschichtsklitterung zu rechtfertigen.

In Pommern und Preußen gab es niemals Polen. In Schlesien allenfalls und mit Einschränkungen zwischen 400 und 1000 n. Chr., nachdem die germanischen Stämme in der Vökerwanderung abgezogen waren.

Wenn, um nur einen Namen zu nennen, Hirschberg im Riesengebirge eine polnische Stadt ist, dann ist Manhattan, mit mehr Recht, eine Irokesen-Siedlung.

Wer nicht Nerven und Muße aufbringt, sich den einst deutschen Osten und was aus ihm geworden ist selbst anzusehen, der findet in der Reportagen-Sammlung des ZDF-Korrespondenten Peter Ruge und seiner Frau Elisabeth ein bewundernswert authentisches Kaleidoskop. Die Verfasser lebten vier Jahre in Warschau, ihre Tochter machte in dieser Zeit Abitur an einem polnischen Gymnasium, der Sohn ging auf die amerikanische Schule. Für das ZDF konnte Peter Ruge nur das berichten, was den Behörden genehm war. Was er nicht zeigen konnte, auch die spezifisch östlichen Methoden, mit denen seine Vorhaben jeweils „weich" gestoppt wurden, das liefert er nun hier nach.

Das Ehepaar bringt viel Mut auf. Man kann im Westen Wahrheiten jeder Färbung veröffentlichen, doch gibt es, was Wahrheiten im Osten und speziell die in Polen anlangt, inzwischen verfestigte Sprachregelungen, die sich per Osmose auch in Journalistenköpfe eingeschlichen haben: Wehmütig verfolgt man die vergebliche Liebesmühe der Ruges, eine Bildreportage vom Eintreffen des Paketstroms aus Deutschland zu machen, nachdem in Polen in vielen Gebieten die Versorgung zusammenbrach.

Elisabeth und Peter Ruge:
Nicht nur die Steine sprechen deutsch ...
Polens Deutsche Ostgebiete. Verlag Langen Müller, München. 352 S., zahlr. Abb., 34 Mark.

An anderer Stelle: Man liest, wie wundersam jede polnische Angstwelle vor westdeutschem Revanchismus (von dem man ja immerhin durch die „DDR" und die dort stationierte sowjetische Armee getrennt ist) mit dem Wunsch nach neuen Krediten zusammenfällt. Man findet Reportagen, die dem vor allem für die Hunderttausende von Heimwehtouristen aus Westdeutschland so unerklärlichen Phänomen nachgehen, wieso die alten Kornkammern Deutschlands heute Notstandsinseln sind.

Unausgesprochenes Fazit des Buches: Den Polen geht es schlecht, doch wiederum auch nicht so schlecht, wie sich das in westlichen Augen ausnimmt. Die Polen sind musisch, mitunter auf beschämende Weise gastfreundlich. Das alles hemmt sie nicht in ihrem für Deutsche unbegreiflichen laissez-faire. Wenn etwas schiefläuft, so finden sich stets externe Ursachen.

Es dürfte wohl so sein, daß an der „polnischen Wirtschaft" zur Hälfte das ungeliebte System, zur anderen Hälfte die polnischen Nationaleigenschaften, gute wie schlechte, schuld sind.

HERMANN RENNER

Absage an den Kollektivismus

Die Welle der Aufgeregtheiten und Empörungen, die dem FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann entgegenschlägt, wirkt nach der Lektüre seines Buches „Kurs '87" (auf die F.D.P. kommt es an. Seewald Verlag. 126 S., 12,80 Mark). Bangemann beschreibt klar, worauf es den Liberalen ankommt, wo deren Platz in den „zwei Lagern" ist und warum sie seiner Meinung nach auch in Zukunft im Parteienspektrum unverzichtbar sind. Er arbeitet deutlich heraus, daß für die FDP eine Politik für den einzelnen, eine Absage an den Kollektivismus im Vordergrund steht. Und genauso ungeschminkt hebt er hervor, daß der einzelne sich nicht allein auf den Staat verlassen darf. Es dürfte feststehen, daß sich der FDP-Chef in absehbarer Zeit wieder mit einem unkonventionellen Vorstoß zu Wort meldet. Vielleicht hilft zur Einstimmung darauf sein Buch. Hey

Widerstand im Vergleich

Widerstand war nicht gleich Widerstand: Im von der Wehrmacht besetzten Jugoslawien nahm er andere Formen an, als etwa im ebenfalls besetzten aber vorsichtiger behandelten Dänemark, im zum Großdeutschen Reich gehörenden Österreich wieder andere als in Frankreich. Historiker und Direktbeteiligte, 23 an der Zahl, schildern den Kampf gegen Hitler in dem van Gerhard von Roon herausgegebenen Band **„Europäischer Widerstand im Vergleich"** (Siedler Verlag, Berlin. 416 S., 48 Mark). Die Beiträge aus 18 verschiedenen Ländern, zuerst auf internationalen Konferenzen 1983 und 1984 in Amsterdam vorgestellt, machen Unterschiede deutlich – gemeinsam aber ist den meisten Kapiteln eines: Die Passivität der Mehrheit in den meisten Fällen wird ebenso eher heruntergespielt, wie die Wirkung und Tätigkeit der jeweiligen Kollaborateure. ohn

Info über NRW

Mit ihrer „Politischen Landeskunde" unternimmt die Landeszentrale für politische Bildung des Landes NRW erneut den Versuch, den Bürgern ein Gemeinschaftsbewußtsein zu vermitteln: **„Nordrhein-Westfalen"** (Kohlhammer Verlag, Stuttgart. 39,80 Mark). Das mit 421 Seiten recht umfangreiche Buch gibt einen breitgefächerten Überblick über die politische Tradition, die Institutionen des Landes und behandelt gar in einem eigenen Teil die Stellung Nordrhein-Westfalens in der Europäischen Gemeinschaft. Ein besonderes Kapitel wird der Entstehung Nordrhein-Westfalens gewidmet, in dem viel Wissenswertes zur Geschichte des Landes zu erfahren ist. Stehen allgemein bei den Bürgern die Länder im Schatten der Bundespolitik, so gibt die Beschreibung der Institutionen des Landes Aufschluß darüber, daß auch die Bundesländer – hier Nordrhein-Westfalen – komplette, staatliche Systeme darstellen, die Gesetze erlassen, sie ausführen und Recht sprechen. Weitere Kapitel informieren über Wirtschafts-, Struktur-, Bildung-, Wissenschafts-, Soizial-, Kultur-und Kommunalpolitik in NRW. Ein umfangreicher Anhang, mit der Landesverfassung, Graphiken, Statistiken, Chronologien, Namens-und Sachregister, ergänzt das Werk auf willkommene Weise, wenn auch die statistischen Angaben zum Teil älteren Datums sind. Eine Vielzahl von Quellennachweisen macht den Band auch brauchbar für wissenschaftliche Arbeiten. Insgesamt ein empfehlenswertes Nachschlagewerk. G.St.

Die Zeit der großen liberalen Recken

Dieter Hein über die Freie Demokratische Partei zwischen 1945 und 1949

Die von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien als Band 76 herausgegebene Arbeit Dieter Heins verzeichnet nichts Neues oder gar Überraschendes; es geht um die Entstehungsgeschichte und die Vielfalt des politischen Liberalismus in Deutschland, insbesondere am Wiederbeginn der deutschen demokratischen Parteien nach dem Ende von Diktatur und 2. Weltkrieg. Dennoch liegt der besondere Wert dieser wissenschaftlichen Arbeit in einer fast lückenlosen Dokumentation der Entwicklungsgeschichte des deutschen Liberalismus von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Fülle des aus Archiven und Institutionen entnommenen Materials und die Kenntnis über Personen und Institutionen verdient Anerkennung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade in den ersten Nachkriegsjahren durch vielerlei Hemmnisse, von der Papierknappheit bis zum Besatzungsmißtrauen, eine sachgenaue und ordentliche Archivierung bei allen politischen Parteien sehr schwerfiel, besonders bei den ohnehin nicht gerade organisationsfreudigen Liberalen.

Dieter Hein geht weit zurück in der Frage der Tradition und vermerkt, daß die liberale Bewegung in Deutschland seit 1866 in eine nationalliberale und eine linksliberale Richtung gespalten war. So ist es bis heute geblieben. Auch nach dem 1. Weltkrieg scheiterten die Versuche, diesen Gegensatz in einer liberalen Sammlungspartei zu überbrücken. Die Auszehrung der beiden liberalen Parteien, der DDP und späteren Deutschen Staatspartei ebenso wie der Deutschen Volkspartei Gustav Stresemanns war bis 1933 fast vollständig. Da gab es nicht mehr viel aufzulösen, als das offizielle Ende kam.

Im 2. Kapitel behandelt der Verfasser die Gründung und Entwicklung der liberalen Parteien in den vier Besatzungszonen und in den einzelnen neu entstandenen Ländern und Stadtstaaten. Es ist richtig, daß damals die Partei-Neugründungen weniger von *Institutionen* der alten liberalen Parteien ausgingen, sondern von *Personen*. Theodor Heuss, Reinhold Maier und Wolfgang Haussmann in Württemberg-Baden, Theodor Bleek und Max Becker in Hessen, Thomas Dehler und Fritz Linnert in Bayern, Theodor Spitta und Hermann Apelt in Bremen, Eduard Wilkening, Johannes Büll und Frau Emilie Kiep-Altenloh in Hamburg, Wilhelm Heile, Theodor Tantzen und Franz Henkel in Niedersachsen, Franz Blücher, Gustav Altenhain, Hermann Höpker-Aschoff und Friedrich Middelhauve in Nordrhein-Westfalen und andere sind hierfür Beweise.

Dieter Hein:
Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammelbewegung
Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Droste Verlag, Düsseldorf. 402 S., 68 Mark.

Die Gründerkreise standen schon nach kurzer Zeit vor der Frage, ob die neue liberale Partei eine nationale Sammlungsbewegung werden sollte oder im Sinne der Weimarer Zeit eine Demokratische Volkspartei, wie sie vor allem in Stuttgart verfochten wurde. Die Auseinandersetzungen haben die FDP viel Zeit und Kraft gekostet und sie Anfang der fünfziger Jahre in eine tiefe Krise gestürzt.

In weiteren Kapiteln untersucht Dieter Hein die Struktur der liberalen Landesparteien bis zur überregionalen Kooperation in den einzelnen Besatzungszonen. Dabei widmet er den jahrelangen Bemühungen um eine alle vier Besatzungszonen umfassende „Demokratische Partei Deutschlands" besonderes Augenmerk. Es ist dies das am wenigsten bekannte und darum interessanteste Kapitel, wie sich die Liberalen unter Wilhelm Külz in Berlin und Theodor Heuss in Stuttgart bemühten, eine gesamtdeutsche Partei zu gründen. Sie scheiterte nicht nur am Mißtrauen Frankreichs und der Ablehnung im Alliierten Kontrollrat in Berlin, auch innerhalb der westdeutschen Liberalen waren angesichts der Dominanz der SED-gesteuerten Volkskongresse in der Sowjetzone Bedenken aufgekommen. Damit war der Weg der Liberalen als „Freie Demokratische Partei" bis zum Gründungskongreß der Bundespartei im Dezember 1948 in Heppenheim vorgezeichnet.

Der Bremer Parteitag Mitte Juni 1949 zeigte zwar im Hinblick auf die bevorstehende 1. Bundestagswahl äußere Geschlossenheit. Im Inneren aber blieb es bei den miteinander seit 100 Jahren rivalisierenden Richtungen von Nationalliberalen und Linksliberalen bis auf den heutigen Tag. – Für die zeitgeschichtliche Wissenschaft ist die Arbeit Dieter Heins eine Bereicherung, für den interessierten Bundesbürger jedoch durch den trockenen Stil und die wissenschaftliche Aufmachung recht schwere Kost.

ERICH MENDE

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tageschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 20 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

NACHRICHTEN

Bestechungsversuch

Budapest (sid) – Zwei Spieler des abstiegsbedrohten ungarischen Fußball-Erstliga-Klubs Banyasz Tatabanya haben versucht, zwei Spieler von Haladas Szombathely vor der Begegnung beider Vereine am letzten Samstag zu beeinflussen. Die beiden Szombathely-Akteure meldeten den Vorfall jedoch sofort ihren Vereins-Funktionären, die den ungarischen Verband benachrichtigten. Das Spiel endete mit 3:1 für Szombathely.

Ab August mit Turbo

Düsseldorf (sid) – Der Gießener Formel-1-Fahrer Stefan Bellof wird voraussichtlich beim Großen Preis von Deutschland am 4. August auf dem Nürburgring erstmals einen Tyrell mit dem rund 800 PS starken Renault-Turbomotor fahren. Bis dahin muß sich der 27jährige noch mit dem nur 540 PS leistenden Ford-Saugmotor begnügen.

Uerdingen dankt den Fans

Krefeld (sid) – Fußball-Pokalsieger Bayer Uerdingen verteilt zum letzten Saison-Heimspiel gegen Eintracht Braunschweig Freikarten an Krefelder Schüler und Arbeitslose. Der Verein wolle sich so bei den Zuschauern für die Unterstützung bedanken, erklärte Manager Reinhard Röder.

Edmonton wieder Meister?

Edmonton (sid) – Die Edmonton Oilers stehen bei der nord-amerikanischen Profi-Eishockeymeisterschaft um den Stanley-Cup unmittelbar vor der Titelverteidigung. Im vierten der maximal sieben Play-Off-Spiele gewann das Team um Superstar Wayne Gretzky mit 5:3 gegen die Philadelphia Flyers und führt mit 3:1 Siegen.

Siebter Neuzugang

Hamburg (sid) – Fußball-Bundesliga-Klub Hamburger SV hat seinen siebten neuen Spieler für die kommende Saison verpflichtet. Der 19jährige Mittelfeldspieler Bernd Bressem vom Hamburger Verbandliga-Klub Komet Blankenese unterschrieb einen Zweijahresvertrag.

Sundermann in die Türkei

Istanbul (sid) – Jürgen Sundermann, früherer Trainer des Fußball-Bundesliga-Klubs VfB Stuttgart, wird beim türkischen Pokal-Finalisten Trabzonspor einen Einjahres-Vertrag unterschreiben. Sundermann war in der laufenden Saison beim französischen Erst-Divisions-Klub Racing Straßburg entlassen worden.

ZAHLEN

FUSSBALL

Zweite Liga: Hertha BSC Berlin – 1. FC Nürnberg 0:3 (0:3). – Tabellenspitze: 1. Kassel (70:44 Tore/48:24 Punkte), 2. Hannover (75:56/47:25), 3. Saarbrücken (67:39/46:26), 4. Nürnberg (65:45/46:26) – **Aufstiegsspiel zur Zweiten Liga, Gruppe Nord, 2. Spieltag:** VfL Osnabrück – Tennis Borussia Berlin 2:0 (2:0) – **WM-Qualifikation, Gruppe 7:** In Reykjavik: Island – Schottland 0:1 (0:0) – Tabelle: 1. Schottland (7:3/6:4), 2. Wales (8:5/6:4), 3. Spanien (5:6/4:4), 4. Island (2:6/2:6). – **Englische Meisterschaft:** Luton Town – FC Everton 2:0. – **Freundschaftsspiel:** Auswahl Marburg/Gießen – Frankfurt 2:2.

RADSPORT

Giro d'Italia, 11. Etappe von Paola-Salerno (240 km): 1. Allocchio, 2. Saronni (beide Italien), 3. Freuler (Schweiz), 4. Moroni (Italien) alle gleiche Zeit. – Gesamt: 1. Visentini (Italien), 2. Hinault (Frankreich) 0:28 Minuten zurück, 3. Lejarreta (Spanien) 1:16, 4. Moser (Italien) 1:36 ... 152. Matt 1:36:44 Stunden, 153. Braun 1:36:54 ... 158. Hofediz (alle Deutschland) 1:46:02.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Herren, erste Runde: Hlasek (Schweiz) – Elter (Deutschland) 6:3, 6:2, 6:2, Nystroem (Schweden) – Beutel (Deutschland) 6:2, 4:6, 6:1, 6:0, Günthardt (Schweiz) – Keretic (Deutschland) 6:0, 6:3, 6:4, Connors (USA) – Popp (Deutschland) 6:4, 6:1, 7:5, Cancellotti (Italien) – Schwaier (Deutschland) 6:3, 6:2, 6:7, 3:6, 6:0. – **Damen, erste Runde:** Bunge (Deutschland) – Vasquez (Peru) 6:1, 6:1, Graf (Deutschland) – Okagawa (Japan) 7:6, 6:4, Horvath (USA) – Keppler (Deutschland) 7:6, 6:1. – Zweite Runde: Kohde (Deutschland) – Medrado (Brasilien) 6:4, 6:4, Dinu (Deutschland) – Nelson (USA) 4:6, 7:6, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Gewinnklasse 1: 3 000 000 Mark, 2. 107 152,00, 3. 6135,10, 4. 100,50, 5. 7,90. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1. unbesetzt, Jackpot: 203 798,30, 2. unbesetzt, Jackpot: 67 932,75, 3. 6368,60, 4. 101,90, 5. 7,40. – **Toto, Elferwette:** 1. 12 883,30, 2. 347,40, 3. 28,00. – **Rennquintett:** Rennen A: 1. 47,30, 2. 3,00. – Rennen B: 1. 15,20, 2. 15,20. – Kombinationsgewinn: 2050,60. (Ohne Gewähr)

SCHACH / Großmeister Robert Hübner mußte die erste Partie nach 28 Zügen schon verloren geben

Garri Kasparow – vieles an ihm erinnert an das Genie Bobby Fischer

JOACHIM NEANDER, **Hamburg**

Seit zwei Tagen läuft in einem der Konferenzräume des Hamburger Congreß Centrums vor geladenen Gästen das Vorspiel zu einem ganz großen Spektakel – zu der Wiederholung des im Februar unter mysteriösen Umständen abgebrochenen Kampfes um die Schachweltmeisterschaft zwischen dem sowjetischen Weltmeister Anatoli Karpow und seinem Landsmann, dem 22jährigen Herausforderer Garri Kasparow.

Daß Sonnyboy Kasparow voo den sowjetischen Behörden jetzt überhaupt die Erlaubnis erhielt, im kapitalistischen Hamburg noch einen Vorbereitungskampf gegen den deutschen Großmeister Robert Hübner, der nach 28 Zügen die erste Partie verloren gab, über sechs Partien zu spielen, gilt als Sensation. Man hatte eher mit scharfen Repressalien gerechnet. Schließlich hatte Kasparow in Moskau vor der Weltpresse seinen eigenen Schachverband, die Behörden, und den philippinischen Weltschachbund-Präsidenten Florencio Campomanes ganz offen eines Komplotts beschuldigt. Sie hätten den kurz vor einem körperlichen Zusammenbruch stehenden Weltmeister und Breschnew-Günstling Karpow durch den vorzeitigen Abbruch vor der drohenden Niederlage gerettet.

Nach 22 zermürbenden Wochen des Zweikampfes (40 der bis dahin 48 Partien endeten remis) hatte der junge Herausforderer den 5:0-Vorsprung des Weltmeisters auf 5:3 verkürzt und schien dank seiner überlegenen physischen und psychischen Reserven noch einem Sieg zuzusteuern.

Nun wird der Kampf im September, diesmal auf 24 Partien begrenzt und statt in Moskau voraussichtlich in Marseille (wo die Veranstalter fast anderthalb Millionen Schweizer Franken an Preisgeldern bieten), beim Stande von 0:0 neu aufgenommen. Der Angsttraum der Sowjets sieht so aus: Kasparow wird tatsächlich Weltmeister und bleibt gemeinsam mit seiner Mutter und Managerin noch am selben Tag im Westen. Einen Tag später hätten die USA nach dem legendären Bobby Fisher wieder einen Schachweltmeister. An lukrativen finanziellen Angeboten fehlt es nicht. Und daß Garri Kimowitsch Kasparow aus Baku, der einzige Sohn eines jüdischen Vaters und einer armenischen Mutter, sich im Gegensatz zu vielen anderen sowjetischen Spitzenleuten, die emigriert sind, auch in der westlichen Welt jederzeit zurecht finden würde, daran zweifelt niemand. Er spricht fließend englisch. Nichts Russisches ist an ihm. Für einen Schachmeister ist er viel zu attraktiv und elegant. Der hellgraue Nadelstreifenanzug sitzt wie nach Maß. Italienische Modellschuhe. So wie er geht und steht, weltmännisch kühl und doch zuvorkommend, könnte der glutäugige Jüngling jederzeit eine Rolle im „Denver-Clan" übernehmen, womöglich als mächtiger Ölmanager aus dem Vorderen Orient.

Auch die Sowjets wissen natürlich, was sie an ihm haben. Statt ihn nach seinen öffentlichen Angriffen zu drangsalieren, haben sie ihn hofiert. Er wurde im April zum „Verdienten Meister des Sports" ernannt. Und obwohl er bisher nichts von seinen öffentlichen Vorwürfen gegen die Behörden und den Verband zurückgenommen hat, wurde er in die Kommunistische Partei aufgenommen. Auch drüben ist er für viele eine Symbolfigur – der Modelltyp des neuen, nichtrussischen Intelligenzlers, ein Stück verkörperten Selbstbewußtseins der vielen, in heimlichem Haß auf die Russen und die Moskauer Machtzentrale vereinten Nationalitäten des riesigen Sowjetstaats.



Garri Kasparow (links) sieht nachdenklich aus, doch er hatte mit Robert Hübner ein leichtes Spiel FOTO: DPA

Dies also ist die Ausgangslage für das Hamburger Vorspiel. Nur einen einzigen Begleiter hat Kasparow mit auf den Weg bekommen. Er darf sich völlig frei bewegen. Seine Mutter Klara allerdings bekam diesmal keine Ausreise. Sicher ist sicher.

Natürlich braucht ein Mann wie Kasparow keine sechs Trainingspartien mehr als Vorbereitung seines Kampfes gegen Karpow. Das könnte er alles auch im Stillen daheim haben. Das ganze ist also eher eine psychologische und finanzielle Angelegenheit. Als Sponsor der Hamburger Veranstaltung läßt sich ein deutsches Nachrichtenmagazin die Sache eine Stange Geld kosten. Man spricht von 100 000 Mark.

Anschließend an das Match gegen Hübner fliegt der Goldjunge Kasparow nach Belgrad weiter, wo er ein weiteres Vorbereitungsritual gegen den schwedischen Großmeister Ulf Andersson absolviert. Schoo melden sich warnende Stimmen: Garry nehme wieder einmal alles zu leicht. Zu den Warnern gehört zum Beispiel der russische, jetzt als französischer Staatsbürger in Paris lebende Exweltmeister Boris Spasski, der als Hübners Sekundant und Vereinskamerad (beide spielen in der Bundesliga für die Solinger Schachgesellschaft) nach Hamburg gekommen ist.

Vieles an Kasparow erinnert an Bobby Fisher. Da ist bei beiden die totale Fixierung auf das Schachspiel seit dem 10. Lebensjahr, die starke, fast ausschließliche Bindung an die Mutter, der fast unheimliche Kampf- und Siegeswille, der feste Glaube, zum Genie, zum stärksten Schachspieler der Welt geboren zu sein. Aber – so sagt Boris Spasski – „Garri glaubt, alle Welt müßte ihn lieben und gern haben". Fisher begnügte sich damit, daß alle ihn fürchteten.

Die Notation und der Kommentar des Schaukampfes

Von LUDEK PACHMANN

Gleich nach der ersten Partie des Schaukampfes Dr. Hübner–Kasparow (Hübner gab nach 28 Zügen auf) mag es der deutsche Spitzenspieler bereuen, daß er auf die Teilnahme am Interzonenturnier – und damit auf den Kampf um den Aufstieg in die höchsten Etappen der Weltmeisterschaft – verzichtet hat.

Englische Partie – Weiß: Dr. Hübner, Schwarz: Kasparow

1.c4 e5 2.Sc3 d6 3.d4 ...

Eine keineswegs selten angewandte Fortsetzung, die jedoch gerade gegen Kasparow taktisch nicht sehr klug ist: Schwarz bekommt aktives Figurenspiel – und gerade das ist eine Domäne des jungen Herausforderers. Geschlossene, rein strategische Positionen entsprechen dagegen weniger seinem Stil.

3. ... exd4 4.Dxd4 Sf6 5.g3 Sc6 6.Dd2 Le6 7.Sd5 ...

Beide Aufgaben – den Bc4 zu dekken und den Vorstoß d5 zu verhindern – erfüllt auch der Zug 7.e4, den man nach den Erfahrungen aus dieser Partie wohl vorziehen sollte.

7. ... Se5 8.b3 Se4! 9.De3 ...

Bisher ist alles bekannt, aber in dieser Stellung pflegte man bisher mit 9. ... c6 10.Dxe4 cxd5 11.cxd5 Da5+ 12.Ld2 Lxd5 13.Df4 nebst 14.f3 fortzusetzen.

9. ... Sc5! 10.Lb2 c6 11.Sf4? ...

Wer würde hier nicht mit einem Zug fortsetzen, mit dem Lxe5 droht und der Le6 gleichzeitig angreift? Und doch hätte Weiß den bescheidenen Rückzug 11.Sc3! wählen sollen.

11. ... Sg4! 12.Dd4 Se4!

Plötzlich hat Weiß keinen Zug, mit dem er beide Drohungen – Sxf2 und Da5+ – abwehren könnte. 13.Dxe4 kostet nach Da5+ 14.Kd1 Sxf2+ die Dame und nach 13.Sd3 entscheidet Sgxf2! 14.Sxf2 Da5+ 15.Lc3 Dxc3+ 16.Dxc3 Sxc3 17.Kd2 Le7! 18.Kxc3 Lf6+ oder 18.a3 d5! usw.

13.Lh3 Da5+ 14.Kf1 Sgxf2 15.Lxe6 ...

Auch 15.Se6 fxe6 16.Lxe6 würde nicht ausreichen: Schwarz setzt mit 16. ... Dc5! fort und gewinnt die Qualität. Bei 15.Sxe6 fxe6 16.Lg2 behält Schwarz nach d5 einen Mehrbauern.

15. ... fxe6 16.Sxe6 Kd7! 17.Sh3 ...

Eine andere Möglichkeit wäre 17.Sxf8+ Taxf8 18.Dxg7+ Kc8 – aber auch hier ist der Th1 nicht zu retten.

17. ... Sxh3! 18.Dxe4 Te8 19.Sc5+ ...

Oder 19.Dg4 Txe6 20.Dxh3 – und es wäre ebenfalls aus.

19. ... Dxc5!

Jedoch nicht dxc5? 20.Td1+ Ld6 21.Df5+ usw.

20.Dg4+ Kc7 21.Dxh3 Le7!

Die letzte Pointe: Schwarz kommt zum vernichtenden Angriff in der f-Linie, da 22.Kg2 an Lf6! 23.Lxf6 Txe2+ scheitert.

22.Lxg7 Thf8+! 23.Lxf8 Txf8+ 24.Ke1 Df2+ 25.Kd1 Dd4+ 26.Kc2 De4+! 27.Kd2 ...

oder 27.Kb2 Dxe2+ usw.

27. ... Lg5+ 28.Kc3 De5+! aufgegeben.

FUSSBALL

Offenbach und Hertha ohne Lizenz

sid/dpa, Frankfurt

Die Fußball-Zweitliga-Klubs Kikkers Offenbach und Hertha BSC Berlin erhalten vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) für die kommende Saison keine Lizenz und werden in die Amateur-Oberliga zurückgestuft. Wegen „fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit" verweigerte der Liga-Ausschuß des DFB in Frankfurt den beiden hochverschuldeten Traditions-Vereinen die Spielgenehmigung im Profi-Lager. Eine Reihe von Vereinen der ersten und zweiten Bundesliga, deren Zahl der DFB nicht angab, erhält die Lizenz our in Verbindung mit Auflagen und Bedingungen, die den Klubs in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

Unter den anderen gefährdeten Vereinen durfte vor allem Borussia Dortmund aufatmen. „Wir erachten die Lizenz-Erteilung als auflagenfrei", meinte Schatzmeister Jürgen Vogt. Es seien, so Dortmunds Präsident Reinhard Rauball, lediglich „noch einige Papiere nachzureichen". Grünes Licht erhielt der mit rund vier Millionen Mark verschuldete Verein in erster Linie wegen der positiven Entwicklung der Zuschauerzahlen auf im Schnitt über 25 000 und wegen eines verlängerten Werbe-Vertrages.

Den mit rund 3,4 Millionen Mark verschuldeten Berlinern und den Offenbachern, die Verbindlichkeiten von über fünf Millionen Mark ausweisen, bleibt als letzte Hoffnung eine Beschwerde, die binnen einer Woche eingereicht werden muß. Beide Klubs haben ihren Einspruch gegen die Entscheidung bereits angekündigt. Während allerdings Hertha BSC als Tabellen-Zwölfter sportlich den Klassenerhalt in der zweiten Liga gesichert hat, droht den Offenbacher Kickers als Tabellen-Vorletzten ohnehin der Abstieg ins Amateurlager. Offenbach war schon zu Beginn der Saison wegen Nichteinhalten der Lizenz-Auflagen mit dem Abzug von zwei Pluspunkten bestraft worden.

In seiner Erklärung zur Lizenverweigerung forderte der DFB gleichzeitig einen neuen Zahlungsmodus für die Fußball-Profis der ersten und zweiten Bundesliga. Aus dem vorläufig abgeschlossenen Lizenzierungsverfahren für die Saison 1985/86 zog der Verband den Schluß, daß eine Verschlechterung der Vermögenslage der Vereine nur durch die Herabsetzung der fixen Kosten bei den Spieler-Vergütungen erreicht werden könne. Der DFB verwies damit indirekt auf die von ihm bereits vorgeschlagenen neuen Vertragsmodelle, mit denen die Grundgehälter gekürzt und die Spieler dafür mehr an den Einnahmen und somit am Risiko beteiligt werden sollen.

BOXEN

Bott holte die erste Medaille

sid, Budapest

Eine Medaille hat der Deutsche Amateur-Box-Verband bei der Europameisterschaft in Budapest bereits sicher: Im Viertelfinale setzte sich der 23 Jahre alte Markus Bott aus Karlsruhe gegen den drei Jahre jüngeren „DDR"-Meister Rene Suetorius durch. Der Ringrichter stoppte in der zweiten Runde den Kampf zugunsten von Bott wegen einer Verletzung seines Gegners.

Als Freddy Tencer bei den Deutschen Meisterschaften in Duisburg das Finale verlor, verpaßte ihm sein aufgebrachter „Alter Herr" (Tencer) eine schallende Ohrfeige. Seitdem hat der Vater, früher selbst aktiver Boxer, Hausverbot bei Boxveranstaltungen und der konsequente Sohn ist daheim ausgezogen.

Bei Tencers 0:5-Punktniederlage gegen den Sowjetrussen Nurlan Abdikalow bei den Europameisterschaften in Budapest hätte wohl selbst der ehrgeizige und jähzornige Papa eingesehen, daß dieser Gegner doch eine Nummer zu groß war. „Freddy hat gegeben, was er zu geben imstande ist und sich nicht versteckt", sagte Bundestrainer Helmut Ranze und kühlte die Wunden des erst 20jährigen Leichtgewichtlers. Ein blaues Auge und ein kleiner, blutender Riß an der Nasenwurzel, als Erinnerung an den bisher stärksten UdSSR-Boxer bei dieser EM, der als erster seiner Staffel einen Boxhelm trug.

Freddy Tencer darf wiederkommen. Dagegen ist für den Weltergewichtler Ulrich Junger (25) die EM als Höhepunkt der Karriere gedacht. Weil er bei seinem Boxstil in der Halbdistanz auch viel nehmen muß, verpaßten ihm die Trainer nach über 200 Kämpfen erstmals einen Kopfschutz. „Er hat micht nicht behindert", meinte Junger und wird auch im Viertelfinale, wenn es gegen den Ungar Imre Bocskai um eine Medaille, wieder mit einem Boxhelm antreten. Sowie etwa 40 Prozent aller Starter bei dieser Europameisterschaft.

„Ich wollte diesen ersten Kampf unbedingt gewinnen, eine Medaille, das wäre sicherlich ein Ding", wagt der eher schüchterne Berliner our zu träumen. Sein bisher bestes Jahr hatte er 1983 als deutscher Meister und Inrtercupsieger, international aber war er immer nur zweite Wahl.

Zwei Siege (Zielonka, Junger), und zwei Niederlagen (Zielonka, Tencer) standen nach Abschluß der Vorrunde für die kleinen deutschen Staffel zu Buche. Bis heute ist der DABV auf jeden Fall dabei, mit Junger und den beiden durch Freilos ins Viertelfinale eingezogenen Karlsruhern Markus Bott und Alexander Künzler.

SPORTPOLITIK / Das IOC wird immer reicher

Nach den Fernseh- fließen jetzt die Werbe-Millionen

dpa, Lausanne

Das Geschäft mit den Olympischen Spielen hat eine neue Dimensioo bekommen. Das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) schloß in Lausanne mit der Marketing-Gesellschaft „International Sports, Culture and Leisure" (ISL) einen Vertrag ab, der bis Ende 1988 nahezu 300 Millionen Dollar einbringen soll. Das in Luzern ansässige Uoternehmen sicherte sich damit weltweit und exklusiv weitgehende Rechte auf Vermarktung der Spiele 1988 in Seoul und Calgary sowie die werbliche Nutzung der olympischen Ringe.

Von dem neuen Reichtum wird auch das Nationale Olympische Komitee (NOK) für Deutschland profitieren. Uoter Verzicht auf die bisher in der Bundesrepublik selbst betriebene Vermarktung der olympischen Ringe hat ISL dem NOK bis 1988 nach Aussage von Willi Daume eine Garantiesumme von elf Millionen Mark zugesagt. „Bei solchen Einnahmen bräuchten wir künftig keine Gelder aus Bonn mehr und könnten auch selbst die Entsendungskosten für unsere Olympia-Mannschaften tragen", äußerte der NOK-Präsident.

Das IOC will von seinem Anteil am Werbekuchen zehn Prozent behalten und die restlichen 90 den 160 von ihm anerkannten NOK zugute kommen lassen. Der Endbetrag richtet sich jeweils nach der Marktsituation in den einzelnen Ländern. Über die genaue Aufteilung der Gelder wie auch über die Gewinnspanne von ISL schweigen sich die Vertragspartner aus.

Treibende Kraft des aufsehenerregenden Vertrages ist Horst Dassler, Generalmanager der Sportartikelfirma adidas, der ISL vor drei Jahren gründete. Die Anteilseigner, neben adidas (51 Prozent) noch der japanische PR-Riese Dentsu (49 Prozent), sind mit ihren Milliardenumsätzen Garanten sicherer Werbegeschäfte.

Stimmen, die vor dem Geschäft warnen, gibt es genug. Der deutsche IOC-Vizepräsident Berthold Beitz gab in Lausanne seinen Widerstand gegen den Vertrag erst auf, als auch die „letzte Kontrolle des IOC über ISL" festgeschrieben war. Der deutsche NOK-Generalsekretär und IOC-Sportdirektor Walther Tröger meint: „Meine Bedenken liegen in der Machtkonstruktion einer Firma." Auf jeden Fall hat sich das IOC nun ein zweites finanzielles Bein geschaffen. Seinen Reichtum von über 35 Millionen Dollar erwirtschaftete es ausschließlich aus der Vergabe der Fernsehrechte. Zu den Fernseh-Millionen kommen nun die Werbe-Millionen.

STAND ● PUNKT / *Stelldichein der Star-Jockeys*

Auf der kleinen englischeo Galopprennbahn von Warwick fand vor einer Woche an einem Abendrenntag ein Jockey-Wettbewerb zwischen Lester Piggott und John Francome, dem besten Hindernisreiter, statt. Ein neuer Zuschauerrekord war die Folge der Veranstaltung, die wenig sportlichen, dafür aber umso oiehr Unterhaltungswert bot.

Jockey-Wettbewerbe hat es in den letzten Jahren immer wieder und überall gegeben. Fast immer kamen die Zuschauer in Scharen, die normalerweise kaum auf eine Rennbahn zu locken gewesen wären. Es sind die Namen großer Jokkeys, die sie anziehen. Am 2. Juli 1985 soll nun auf der Galopprennbahn Hamburg-Horn im Rahmen der Derby-Woche ein Jockey Europa-Cup ausgetragen werden. Sponsor des Wettbewerbs ist die Holsten-Brauerei, ein Unternehmen, das bereits seit Jahren in Hamburg zu den wichtigen Sponsoren zählt, in England hat Holsten sogar die Patenschaft über das klassische St. Leger übernommen.

Yves Saint-Martin, Lester Piggott, Steve Cauthen, Freddy Head, Cash Asmussen, Brent Thomson, Pat Eddery, Alexander Tsugujewez, Gunnar Nordling und aus Deutschland Georg Bocskai, Peter Alafi und Peter Remmert sollen teilnehmen.

Eine in der Tat hochkarätige Liste erfolgreicher Sattelkünstler. Bleibt nur zu hoffen, daß sie auch alle den Weg nach Hamburg finden. Die Engländer sind sämtlich über den Agenten von Lester Piggott verpflichtet worden. Dieser Mann aber ist für gelegentliche Eskapaden bekannt. Bei einer ähnlichen Veranstaltung wurde am Abend mit Abreise – unter fadenscheinigen Vorwänden gedroht. Alle blieben jedoch, nachdem die Gagen erhöht wurden. KLAUS GÖNTZSCHE

London wird mit Tamilen überschwemmt

gtm. London

Die Einwanderungspolitik der britischen Regierung steht in diesen Tagen in zweifacher Hinsicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Einmal versucht das Innenministerium, den Strom tamilischer Flüchtlinge aus Sri Lanka zu bremsen, und zum anderen mußte sich die Regierung von der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg sagen lassen, daß ihre Restriktionen für die Einwanderung ausländischer Männer zu ihren in Großbritannien lebenden Ehefrauen eine nicht zulässige Geschlechterdiskriminierung darstelle.

Seit ein paar Wochen treffen in London täglich, meistens über Ost-Berlin kommend, rund 100 Tamilen ein, die behaupten, auf der Flucht vor den Gewalttätigkeiten der Regierungstruppen zu sein. Sie seien nicht an dem Guerrilla-Kampf für ein selbständiges Tamilien beteiligt, fürchteten dennoch um ihr Leben. Das Innenministerium erklärte, bisher seien über 2000 Tamilen, nicht selten junge Männer, in Großbritannien eingetroffen, und es wachse der Eindruck, daß viele die angespannte Lage in Sri Lanka, einem Mitglied des Commonwealth, nur als Fluchtvorwand angeben. Ihr wirkliches Ziel sei ein wirtschaftlich angenehmeres Leben in Großbritannien. Die Angaben der meisten Flüchtlinge, bei einer zwangsweisen Zurückschickung vom Tod bedroht zu sein, wird vom Hochkommissar Sri Lankas in London strikt zurückgewiesen.

Der Versuch, erstmals acht Tamilen abzuweisen, scheiterte am Einspruch einiger Unterhausabgeordneter, die darüber hinaus heftig den Beschluß von Innenminister Leon Brittan kritisierten, das Recht auf Protest gegen einen Deportationsbeschluß auf 24 Stunden zu beschränken. Bisher blieben ihnen dafür mehrere Wochen Zeit. Der Minister prüft zudem, für Tamilen eine Art Visumzwang einzuführen. Von den seit dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskommission 1951 gegen Großbritannien vorgetragenen 20 Fällen hat die Regierung bisher zwölf verloren, eine Rekordzahl.

Nach dem deutsch-französischem Gipfel in Konstanz bleiben noch Fragezeichen für Europa

Kohl und Mitterrand um Harmonisierung bemüht

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern etwas äußerst Seltenes getan: Sie hat Selbstkritik geübt. Der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff räumte ein, daß ihre Informationsarbeit über das Konstanzer Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand „nicht optimal" gewesen sei. So sei es geschehen, wie der Regierungssprecher erläuterte, daß die Unstimmigkeiten zwischen Bonn und Paris über die Strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) öffentlich in den Vordergrund gerückt worden seien, obwohl sie zwischen beiden Staatsmännern „nur ein Randthema" waren. Im Mittelpunkt der Konstanzer Erörterungen stand nach Sudhoffs Darlegungen vielmehr die Vorbereitung des Mailänder Europäischen Rates der zehn Staats- und Regierungschefs Ende Juni und die Frage, wie Europa seine Zusammenarbeit zur Verbesserung seiner technologischen Fähigkeiten im Wetbewerb mit den Hochtechnologie-Ländern USA und Japan organisieren soll.

Mehr Befugnisse

Neben der Absicht, im Europäischen Rat in bestimmten Fällen als Entscheidungsprinzip künftig nicht mehr die Einstimmigkeit, sondern das Mehrheitsprinzip durchzusetzen, wollen Kohl und Mitterrand in Mailand auch darauf dringen, daß dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse übertragen werden und die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft einen neuen Anlauf zu mehr Harmonisierung macht.

Das Konstanzer Treffen hat nach den Worten des Bonner Regierungssprechers dazu beigetragen, das Projekt einer europäischen Technologie-Gemeinschaft – bekannt unter dem Stichwort Eureka, in dem die Bundesrepublik und Frankreich eine führende Rolle spielen wollen – weiter zu beleben. Schon in den nächsten Wochen werden sich die Forschungsminister aus Bonn und Paris, unterstützt durch Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, darum bemühen abzuklären, welche konkreten Planungen in dieser Technologie-Kooperation verfolgt werden können und sollen.

Diese Beratungen müsse man abwarten, meinte Sudhoff. Auch könne erst dann festgestellt werden, in welcher Weise die „begrenzten finanziellen Mittel" Bonns für Eureka und möglicherweise auch eine SDI-Beteiligung eingesetzt werden können.

Klare Position

Bonns Position dazu sei klar. Es suche eine gemeinsame europäische Haltung gegenüber den USA zu finden. Die Gespräche der deutschen Expertengruppe, die demnächst nach Washington reisen werde, um die Beteiligungsbedingungen zu erforschen, müßten abgewartet werden. Mitterand habe Kohl gesagt, er habe nichts gegen die deutschen Sondierungen in Washington.

Was Eureka aus Bonner Sicht grundsätzlich bedeuten soll, wiederholte Sudhoff, indem er sagte, es gehe um die Entwicklung sehr leistungsfähiger Rechner, um Telekommunikation, die Verbesserung von Robotern für die Industrie und andere Anwendungen sowie die Laserforschung. Gefragt, ob die Bundesregierung die Sorgen des früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt über eine Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses teile, erklärte Sudhoff, Schmidts Brief an Kohl gebe einen Erkenntnisstand wieder, der durch das Konstanzer Treffen weitgehend überholt sei. In dem Schreiben hatte Schmidt seinem Amtsnachfolger geraten, Bonn solle sich nicht an der SDI-Forschung beteiligen. Besser zur Festigung des Verhältnisses zu Frankreich sei das Eureka-Projekt. Generell brauche Bonn zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt „durch engen Schulterschluß mit Frankreich den nötigen Rückhalt".

Aus Schmidts Brief an den Kanzler

Auszüge aus Helmut Schmidts Brief an Bundeskanzler Kohl:

„Die in den letzten Wochen anhaltende, öffentlich diskutierte Unklarheit über zwei für die Interessen unseres Landes wichtige Fragen hat bei mir zunehmend Besorgnis ausgelöst...

Zunächst zum SDI-Komplex und seinen strategischen, allianzpolitischen und technologisch-ökonomischen Aspekten... Ob und wie weit diese Anstrengungen jemals dazu führen können, über den Schutz der eigenen Raketenstellungen hinaus andere Schutzobjekte effektiv gegen gegnerische Raketenangriffe zu sichern, kann vermutlich erst nach Ablauf eines weiteren Jahrzehnts erstmalig zureichend beantwortet werden. Die gegenwärtige Strategie-Debatte beruht insoweit auf überaus ungesicherten Annahmen. Sie ist geeignet zu mißbräuchlicher Emotionalisierung... Hinsichtlich der Erprobung und Stationierung jedoch gebietet zur Zeit der ABM-Vertrag strategisch wichtige, verifizierbare Begrenzungen für beide Weltmächte. Es liegt im Interesse der mittleren Nuklearmächte Frankreich und England und damit im europäischen Interesse, diesen Vertrag aufrechtzuhalten, zu verlängern und auszubauen.

Aus diesen Gründen wäre allianzpolitisch eine Beteiligung der Bundesregierung an den amerikanischen Entwicklungen nicht ratsam. Eine isolierte Beteiligung ausschließlich der Bundesrepublik Deutschland an den amerikanischen Forschungen und Entwicklungen müßte die innere Kohäsion zwischen den europäischen Allianz-Partnern gefährden, zumal Bonn zwangsläufig die Mitverantwortung aller öffentlichen amerikanischen Äußerungen zugeschoben bekäme.

...Unser enges Verhältnis zu Frankreich hat deshalb einen außerordentlich hohen Rang. Zur Aufrechterhaltung und zum weiteren Ausbau dieses engen Verhältnisses ist weitgehende deutsche Kompromißbereitschaft grundsätzlich geboten."

In Paris ein zwiespältiges Bild der Beziehung zu Bonn

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Pariser Zeitung „Libération" sprach vom „zweiten Tod de Gaulles und Adenauers", mehrere Blätter sahen eine „gesprungene Achse Bonn-Paris". Kommentatoren witzelten unter Verwendung des Ortsnamens der Begegnung über die „schwindende Konstanz" der deutsch-französischen Beziehungen.

Die französische Öffentlichkeit hat in ihren Medien ein weithin pessimistisches Bild des Kohl-Mitterrand-Treffens vermittelt bekommen, wobei die tiefe Besorgnis, mit der sich die Meinungsbildner über das angebliche deutsch-französische Krankenlager beugen, *nachgerade ermutigende* Aspekte hat. Sie zeigt zumindest, für wie wichtig inzwischen ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Ländern in Paris gehalten wird. Nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel hatte die Besorgnis zeitweise panikartige Züge angenommen. Als Folge davon waren einige Erwartungen an das Treffen in Konstanz wohl zu hoch gegriffen worden.

Sehr viel nüchterner reagiert das offizielle Paris auf die Ergebnisse der Begegnung. Sie entsprächen in allen Punkten dem Bild, das man sich vorher vom augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Beziehungen gemacht habe, heißt es im Elysée-Palais. Demnach sei festzuhalten:

Die Differenz

1. Es bleibt eine Differenz in der Beurteilung der Opportunität einer europäischen Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm. Frankreich ist dagegen, bringt aber Verständnis für die deutschen Gründe auf, die *dafür sprechen.* Der Kanzler habe in Konstanz die schon am 18. April vor dem Bundestag abgegebenen Argumente noch einmal einleuchtend dargelegt. Man gehe davon aus, daß er den französischen Partner nach der Fühlungnahme mit den Amerikanern über deren Ergebnis unterrichten wird.

Ausdrücklich wird der in letzter Zeit oft gehörten Auffassung entgegengetreten, Paris habe Bonn in der SDI-Angelegenheit vor eine „Wahl zwischen Amerika und Europa" stellen wollen. Die besondere deutsch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft sei nicht nur stets respektiert worden, sie finde ihre natürliche Er*gänzung* in einer *französisch*-amerikanischen.

Ermutigungen

2. Die Bonner Zusage, sich voll hinter den Plan einer europäischen technologischen Gemeinschaft zu stellen, wird als äußerst ermutigend für die künftige europäische Entwicklung angesehen. Hier wird noch vor dem Mailänder Europäischen Rat Konkretes zwischen den beiden zuständigen Ministern Curien und Riesenhuber vereinbart werden.

Aus gewissen Hinweisen läßt sich schließen, daß die Zusammenarbeit auch militärische Aspekte insbesondere auf dem *Gebiet der Feindaufklärung* aus dem Weltraum einschließen könnte. Hierzu hatte schon Außenminister Genscher in der Vorwoche ein baldiges Treffen zwischen den Außen- und Verteidigungsministern beider Länder angekündigt.

3. In der Vorbereitung des Mailänder Treffens will man ebenfalls rasch vor*ankommen. Beide Seiten* wollen die Reaktion anderer Hauptstädte, vor allem Londons und Roms, auf den deutsch-französischen Vorschlag zu einer Änderung der Beschlußfassung in den Ministerräten erforschen. Diese Änderung wird nach französischer Darstellung das „große Thema" von Mailand sein.

In *französischen* Regierungskreisen ist also das Bemühen offenkundig, in die vertraulichen und offenen Beziehungen zwischen Bonn und Paris keinen Keil treiben zu lassen. Das weiter sehr persönliche Verhältnis zwischen Kohl und Mitterrand wird in der Umgebung des Präsidenten ausdrücklich bekräftigt.

Deutsches Schiff von einer Rakete getroffen

DW. Bahrain

Das deutsche Containerschiff „*Norasia Rebecca" ist gestern im Persi*schen Golf beschossen und von einer Rakete getroffen worden. Der Kapitän Hans-Jürgen Wieh teilte über Funk mit, sein Schiff sei von zwei Flugzeugen rund 70 Meilen östlich von Katar angegriffen worden. Die Rakete habe einen Wassertank getroffen; keines der 22 Besatzungsmitglieder sei verletzt worden. Der Angriff erfolgte in einem Gebiet, in dem iranische Flugzeuge seit dem vergangenen Januar nach Angaben aus Teheran bereits acht Schiffe in Vergeltung auf irakische Angriffe beschossen haben. Das deutsche Schiff war auf dem Weg von Damman nach Karatschi.

Atommüll doch nicht nach China?

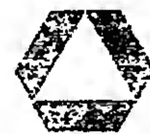
dpa, Bonn

Deutsche Kernkraftwerke haben bislang keine Anträge an die Bundesregierung gestellt, mit dem Ziel, zur Entsorgung ihre ausgedienten *nuklearen Brennelemente* in die Volksrepublik China zu schicken. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums verwies gestern darauf, es gelte nach wie vor das Entsorgungskonzept des Bundes und der Länder aus dem Jahr 1979, das der „nationalen Entsorgung" eindeutig den Vorrang gebe. Mit seinem Hinweis bezog sich der Sprecher des Innenministeriums auf Berichte, wonach die deutsche Atomindustrie zuversichtlich sei, mit China spätestens zum Ende dieses Jahres einen langfristig angelegten Vertrag abschließen zu können.

Säuberungsaktion in Moskaus Polizei

rtr, Moskau

In Moskau verstärken sich die Hinweise darauf, daß eine großangelegte Säuberungsaktion in den Polizeikräften bevorsteht. Das sowjetische Innenministerium hat rund 55 000 Mitglieder der KPdSU rekrutiert, die künftig Polizeiaufgaben wahrnehmen sollen. Innenminister Fedortschuk erklärte nach einem Bericht in der Parteizeitung „Prawda", die Parteimitglieder seien von ihren Arbeitsplätzen abberufen worden, um sich „strikt und entschieden" der Verbrechensaufklärung widmen zu können. Westliche Diplomaten verwiesen darauf, daß es zwar schon früher solche Aktionen gegeben habe, die Zahl der Rekrutierten jetzt aber ungewöhnlich hoch sei.





Kohl gegen Tempolimit

Kanzler informierte sich über Waldsterben im Schwarzwald

xhk. Gutach/Schwarzwald

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Erwartung ausgesprochen, daß *das Katalysator-Auto ein „Renner"* werde. Im Gegensatz zu anderen Skeptikern sei er optimistisch, daß bei einem entsprechend breiten Angebot an umweltfreundlichen Autos die Bevölkerung mitmachen werde. Dies erklärte Kohl gestern bei einem Besuch des mittleren Schwarzwaldes rund um Gutach, um aus eigener Anschauung das Ausmaß des Waldsterbens in diesem besonders betroffenen Gebiet Baden-Württembergs kennenzulernen. Auf Einladung des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV) in Freiburg/Breisgau konnte sich Kohl einen Überblick über das Ausmaß der Schäden verschaffen. In einem Gespräch mit den betroffenen Waldbauern lernte der *Kanzler außerdem* die persönlichen Nöte und Sorgen der Betroffenen kennen.

Anhand von Karten, Bildern und anderem Anschauungsmaterial informierte der Freiburger Forstpräsident Lauterwasser den Bundeskanzler: Dieses Gebiet in Baden-Württemberg sei in besonderem Maße von den *Baumerkrankungen betroffen.* Hier befinde sich am meisten Privatwald. Das Einkommen der Waldbesitzer werde bis zu 50 Prozent vom Waldertrag bestimmt. Durch das Baumsterben werde jetzt dieser Vermögenswert, das „Barkapital" der Waldbauern, das bislang nicht der Inflation unterlegen war, erstmalig in seiner Substanz gefährdet.

Kohl erklärte nach der Besichtigung des kranken Waldes, er sei „persönlich tief erschreckt". Denn gerade für die Deutschen sei der Wald keine Addition von Bäumen oder eine Holzfabrik, sondern vielmehr ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Heimat. Allerdings könne auch er keine Patentrezepte anbieten. Er lehnte die erneut von Forst- und Bauernverbänden erhobene Forderung nach einem *sofortigen Tempolimit* ab. *Vielmehr* müsse in Ruhe das Ende des Großversuchs mit der Geschwindigkeitsbegrenzung im November dieses Jahres abgewartet werden, ehe die Bundesregierung entscheiden werde. Kohl appellierte, eine „Ideologisierung" in dieser Frage zu vermeiden. Er verwies auf die Alternative des Schienenverkehrs: „Wir brauchen eine Renaissance der Bahn", denn es gebe ökologisch gesehen „nichts vernünftigeres als eine modernisierte, attraktive Bahn".

BLHV-Präsident Ludger Reddemann erklärte, daß in der betroffenen Region heute praktisch jeder sechste Betrieb einkommensmäßig auf die Stufe eines Sozialhilfeempfängers abgesunken sei. *Das Ausmaß der* Schäden durch die Walderkrankungen erreiche inzwischen pro Jahr eine Höhe von 600 Millionen Mark, alleine im badischen Bereich. Wenn der Staat nicht helfen würde, könnte die Prophezeiung wahr werden, daß im Jahre 2000 der Wald ausgestorben sei.

Papst plant dritte Polen-Reise

Ein Besuch auch im Grenzgebiet zur Sowjetunion?

DW. Rom

Der neue polnische Kardinal Henryk Gulbinowicz hat in die Diskussion um einen weiteren Papst-Besuch in seiner Heimat eine zusätzliche Variante *eingebracht. Gulbinowicz, Erz*bischof von Breslau, schloß in Rom nicht aus, daß Johannes Paul II. bei einer dritten Visite in Polen im Jahre 1987 auch die östlichen Gebiete des Landes bereisen und dabei in Ermland und in Bialystok nahe der sowjetischen Grenze Station machen könnte. Eine solche Möglichkeit hätte, darin sind sich Vatikan-Kenner einig, eine starke symbolische Bedeutung in Richtung Moskau, das sich bislang einem Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche im sowjetischen Machtbereich, etwa in Litauen, verweigert hat.

Kardinal Gulbinowicz sprach nach seiner Kardinalskreierung von einem Recht des Papstes, jederzeit nach Polen zu kommen, weil er ein Pole sei. Anlaß zu der Einladung für 1987 sei der Nationale Eucharistische Kongreß. Der letzte Kongreß dieser Art in Polen habe vor 50 Jahren stattgefunden.

Auf die Frage nach der Möglichkeit einer nationalen Wiedervereinigung sagte der Breslauer Oberhirte, es gebe auf beiden Seiten Hindernisse unterschiedlicher Art. Es komme darauf an, wer nachgebe. „Wir, die polnische Kirche, sind seit 1000 Jahren in Polen, die Kommunisten erst seit 40 Jahren." Zur Papst-Ansprache vor 50 000 Polen in Brüssel am 19. Mai, bei der Johannes Paul II. das Wort „Solidarność" als Recht auf Autonomie, Freiheit und Selbstbestimmung in Polen interpretiert hatte, sagte Gulbinowicz: „In unserer Situation ist Solidarität, Solidarität untereinander, wichtiger denn je, weil wir von Feinden umgeben sind." (WELT vom 29.5.)

Kardinal Gulbinowicz – einer von drei Purpurträgern in seiner Heimat – war bereits Zielscheibe von Anschlägen des Geheimdienstes, wie die Katholische Nachrichten-Agentur berichtet. Zu den Geheimpolizisten, die vor einiger Zeit sein Auto in Brand steckten, gehörte nach diesen Informationen auch Leutnant Pekala, einer der drei wegen der Ermordung des Priesters Popieluszko verurteilten Angehörigen des Innenministeriums.

Vermehrt Landflucht polnischer Bauern

JGG, Köln

Nachdem in den vergangenen Jahren bereits rund 70 000 private polnische Landwirte ihre Höfe wegen Unrentabilität aufgegeben haben, ganze schlesische Bergdörfer de facto von der Landkarte verschwunden sind, hat jetzt die Landflucht in der Umgebung von Glogau im Bezirk Liegnitz verheerende Ausmaße angenommen. Das berichtet die Kattowitzer Illustrierte „Panorama". Der Grund: Die Umweltverschmutzung durch die Kupfergroßhütte in Glogau.

Der einst fruchtbare Ackerboden ist sauer geworden, gibt kaum noch etwas her, heißt es. Weizen und Zuckerrüben verdorren nach kurzer Zeit. Das Vieh gehe ein, oder es fällt ihm das Fell aus. Immer mehr Menschen erkranken an Allergien, wagen sich an Produktionstagen der Hütten kaum noch mehr aus dem Haus. Bisher pustete die Hütte ungehindert Mengen von Schwefel, Schwermetallpartikel, Cadmium sowie Kupfer und Arsenik in die Luft. Einige Grundschulen mußten inzwischen geschlossen werden. Viele Bauern haben *mit Rücksicht* auf *die* eigene Gesundheit und die ihrer Familien inzwischen ihre Höfe stehen gelassen, teils zu Schleuderpreisen – auch an den Staat – verkauft. Andere leben im Ungewissen, warten auf ihre Aussiedlung.

Gewerkschaft NGG fürchtet Schwächung

AP, Hamburg

Kritik an den Bonner Regierungsplänen zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zugunsten von Splittergruppen hat gestern der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günter Döding, in Hamburg geübt. Der Bundesregierung gehe es offenbar nicht so sehr darum, sogenannte Minderheiten zu schützen, „sondern mit Hilfe von parteipolitischen Splittergruppen die DGB-Gewerkschaften zu schwächen". Damit rüttelten die Regierungsparteien am Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Weltanschauliche Richtungskämpfe könnten von politisch extremistischen Gruppen in den Betrieben angezettelt werden, wenn ihnen der Einzug in die Betriebsräte erleichtert werde. „Wir können nur warnen vor Zuständen, wie sie in der Weimarer Republik waren", erklärte Döding.

Preiswerter Genuß

ed. – Die Commerzbank betritt Neuland. Als erste deutsche Aktienbank nutzt sie mit der Ausgabe von Genußscheinen die im novellierten Kreditwesengesetz *neugeschaffene* Möglichkeit, ihre Kapitalbasis auch ohne eine kostspielige Barkapitalerhöhung zu verbreitern und den verschärften Anforderungen im Rahmen der Quotenkonsolidierung des Konzerns anzupassen.

Für eine Bank, die wie die Commerzbank nur eine schmale Dividende zahlt und deren Aktienkurs niedrig ist, eröffnet die Begebung von Genußscheinkapital Chancen für eine Geschäftsexpansion, die anderenfalls nicht bestünden. Denn dank der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Zinsen als Betriebsausgaben und trotz attraktiver Konditionen für die Anleger ist das über Genußscheine hereingeholte, allerdings nur zeitlich begrenzte Eigenkapital konkurrenzlos billig. Wollte es sich die Commerzbank über die Ausgabe junger Aktien beschaffen, *müßte sie einen Kurs von über 180* Mark verlangen, was bei einem aktuellen Börsenkurs von 194 Mark praktisch unmöglich wäre.

Noch werden Genußscheine für Banken nicht überall als ganz salonfähig angesehen; *Genußscheinkapital* wird gelegentlich als Kapitalsurrogat abqualifiziert. Aber das könnte sich ändern, *nachdem die Commerzbank* nun die Rolle des Vorreiters übernommen hat. Allein schon Wettbewerbsüberlegungen sprechen für die Vermutung, daß sich die Einstellung zu den auch von schweizerischen *Großbanken* genutzten Genußscheinen wandelt, wobei dank der Ausgesaltungsfreiheit auch andere Formen denkbar wären als jene, die jetzt die Commerzbank gewählt hat. Das erste Echo am Markt war positiv.

Konsequenz

K. S. – Daß der Internationale Währungsfonds (IWF) und die neue Regierung Brasiliens sich auf ein *Wirtschaftsprogramm einigen*, ist schon zufriedenstellend. Denn die Gläubigerbanken schulden einen Teil *der über 100 Milliarden Dollar* Auslandsverbindlichkeiten erst um, wenn die Verhandlungen mit dem IWF *erfolgreich abgeschlossen* sind. Bemerkenswert ist jedoch die Grundlage, auf der diese Einigung basiert: *Brasilien* will *nicht* länger utopischen Zielen anhängen. Schließlich sind in den vergangenen zwei Jahren sieben Wirtschaftsprogramme in Brasilia ausgearbeitet und nach Washington geschickt worden; *aber jedesmal waren sie* nach kürzester Frist durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes überholt. Zwar will die brasilianische Regierung sparen und sanieren – aber in kleinen Schritten. *Dieser* Konsequenz stimmt der IWF zurecht zu und würde es auch bei anderen Ländern, dokumentierten sie die gleiche Vernunft.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU / Wieder sehr guter Jahresabschluß

Pläne für kräftige Aufstockung der Förderungsmittel für Investitionen

INGE ADHAM, Frankfurt

An eine kräftige Aufstockung des Förderrahmens für die heimische Wirtschaft denkt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt. Entscheidungen über das mögliche Volumen sollen in der nächsten Woche in Absprache mit der Bundesregierung fallen. Dabei hat die KfW vor allem Hilfen für den Mittelstand, den Anreiz zusätzlicher kommunaler Investitionen und eine zeitlich befristete Finanzhilfe für das ERP-Sondervermögen im Auge.

Nach dem wieder sehr guten Jahresabschluß 1984 (siehe Seite 14) sieht sich die Kreditanstalt in der Lage, „ohne Trübung der eigenen *Zukunftsaussichten" ihre Bemühungen* als Entwicklungsbank für deutsche Wirtschaft (so der Förderauftrag) zu *intensivieren. Über das ins Auge* gefaßte zusätzliche Volumen wollte der für das Inland zuständige Vorstandssprecher *Gerhard Götte jedoch noch* keine Angaben machen. Er schloß aber zusätzliche Hilfen u. a. für die *Stahlindustrie* aus und wiegelte mit dem Hinweis „wir sind in erster Linie Kreditinstitut und kein Subventions*institut"* Begehrlichkeiten ab.

Im vergangenen Jahr hatte die KfW mit wieder mehr als 200 Mill. DM aus *eigenen Erträgen Kredit für kleine* und mittlere Unternehmen (das sogenannte MI und MII-Programm) verbilligt und damit 3,3 Mrd. DM Investitionskredite zinsverbilligt vergeben. Aus öffentlichen Mitteln finanzierte die KfW im vergangenen Jahr nur noch 36 Prozent ihrer Kreditzusagen. Die durch die geplanten Programmausweitungen nötigen *höheren* Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt werden nach Einschätzung des Instituts keine Schwierigkeiten bereiten. Besonders im kommunalen Bereich sieht die Kreditanstalt einen aufgestauten Investitionsbedarf. Nach ihren *Beobachtungen würden zahlreiche* Kommunen, die einen Nachholbedarf an Infrastrukturinvestitionen haben, gern *mit Baumaßnahmen* beginnen, warten aber bisher vergeblich auf Länderzuschüsse. Um einen Baubeginn *vor Zusage solcher Zuschüsse* zu ermöglichen, will die KfW mit einer langfristigen, günstigen Finanzierung (angeboten werden derzeit 20 Jahre Laufzeit bei zehn tilgungsfreien Jahren) in solchen Fällen den Gemeinden die Entscheidung zum sofortigen Baubeginn trotz der drohenden Schelte von Rechnungshöfen wegen *des Verzichts auf Länderzuschüsse* erleichtern.

Die beiden M-Programme für mittlere und kleinere Unternehmen hatte die KfW schon in der vergangenen Woche um einen halben Prozentpunkt ermäßigt. Sie sind in diesem Jahr bisher stark gefragt und Götte rechnet – auch ohne die derzeit diskutierte Programmaufstockung – mit einem Volumen von mehr als vier Mrd. Mark. Im vergangenen Jahr hatte die Kreditanstalt mit 3,3, Mrd. DM rund sieben Mrd. DM Investitionen bei kleinen und mittleren Unternehmen und damit ein Viertel aller Investitionen *in diesem Bereich ermöglicht*.

Bei kleinen und mittleren Unternehmen, erinnert die KfW in ihrem Geschäftsbericht, führen Investitionen zu einem höheren Beschäftigungswachstum als bei größeren Unternehmen. So dürfte die Förderung nach dem ERP-Regionalprogramm (Zusagen 1984 gut eine Mrd. DM) und den KfW-eigenen Programmen des vergangenen Jahres rund 40 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Grundsätzlich sieht die Bank eine Besserung der wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für Investitionen. Sie erinnert aber daran, daß eine starke Investitionsdynamik nötig wäre, „um die Anpassung der Produktionsstrukturen an veränderte Nachfrage- und Kostenbedingungen weiter voranzubringen und dadurch neue, moderne Arbeitsplätze zu schaffen sowie gleichzeitig den ökologischen Notwendigkeiten besser zu entsprechen".

Kritisch setzt sich die KfW in ihrem Geschäftsbericht mit den Ergebnissen der finanziellen Zusammenarbeit auseinander, für die im vergangenen Jahr 3,6 (2,2) Mrd. DM zugesagt wurden. Die „krisenhafte Entwicklung" besonders in Afrika mache in vielen Bereichen ein Umdenken erforderlich, räumt das Institut, das die Bundesmittel weiterreicht, ein.

DEUTSCHE ANLAGEN LEASING GMBH

Prüfbericht: Mitschuld der Landesbank an Verlusten

dpa/VWD, Mainz

Die Vertreter der rheinland-pfälzischen *Landesbank* im *Aufsichtsrat* der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL) sind der risikoreichen, einseitig auf Expansion ausgerichteten Geschäftspolitik des Unternehmens „nicht entschieden genug entgegengetreten". Zu diesem Ergebnis kommt das am Mittwoch veröffentlichte Gutachten einer Düsseldorfer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die von der Gewährträgerversammlung der Landesbank auf Wunsch des Landtags beauftragt worden war.

Der Prüfungsbericht, der nach einer *Mitteilung vom Mittwoch* am Vortag der Gewährträgerversammlung sowie dem Verwaltungsrat und dem *Kreditausschuß* der *Landesbank* zur Beratung vorlag, sollte Ursachen und Verantwortlichkeiten für die auf 472 *Millionen* DM bezifferten *DAL*-Verluste der Mainzer Landesbank klären. Sie ist neben der Westdeutschen Landesbank und den Landesbanken Hessens und Bayerns sowie der Dresdner Bank mit 26,6 Prozent an der DAL beteiligt.

Nachdem der im DAL-Aufsichtsrat als stellvertretender Vorsitzender fungierende Mainzer Landesbankchef Erwin Sinnwell bereits Ende Juni 1984 mit seinem Rücktritt Konsequenzen gezogen hatte, war in der vergangenen Woche das Vorstandsmitglied der Landesbank Manfred Müller, ebenfalls DAL-Aufsichtsratsmitglied, aus der Bank ausgeschieden. Dieser Schritt Müllers geschah offensichtlich unter dem Eindruck des vergangene Woche zunächst in*tern vorgelegten Prüfungsberichts*.

Darin wird kritisiert, daß die beiden Vertreter der Bank im Aufsichtsrat der DAL deren Geschäftspolitik einschließlich der Bilanzierungsme*thoden, die zu einer frühen Ertrags*vereinnahmung und hohen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter geführt *hätten*, nicht verhinderten. Eine Modifizierung der Bewilligungsverfahren, die eine bessere Kontrolle der DAL-Expansion erlaubte, sei zwar auch auf Drängen der Bank im Aufsichtsrat erreicht worden, allerdings „erst nach bedenklich langer Zeit".

Dem Verwaltungsrat, *dessen* Vorsitzender der rheinland-pfälzische Finanzminister Carl-Ludwig Wagner (CDU) ist, *sowie dem Kreditausschuß* dieses Gremiums sei aufgrund ihres Informationsstandes eine besondere *Verantwortung nicht zuzuweisen*. Zum Ausmaß des Verlustes habe vielmehr die eigene Kreditgewährung der Bank an die DAL *und an die* wirtschaftlich mit ihr verbundenen Fonds-Gesellschaften beigetragen sowie *die aufgrund des Gesamtengagements* eingetretene Risikokonzentration.

Der Jahresabschluß 1984 der Landesbank, in dem sie ihre DAL-Verluste verkraften muß, wird heute in Mainz vorgestellt. Die Verluste werden insgesamt auf mindestens 1,4 Milliarden DM veranschlagt.

Rechnung verhagelt

Von HARALD POSNY

Das technische Geschäft, die Ergebnisse aus dem reinen Versicherungsgeschäft der deutschen Sach- und Schadenversicherer, ist 1984 im wahrsten Sinn des Wortes verhagelt. Rund 1,5 Milliarden DM an Versicherungsleistungen aus dem Münchner Hagelsturm vom 12. Juli 1984 – nur 20 Minuten brachten das bisher größte Schadenereignis der deutschen Versicherungswirtschaft – sind auch für die erfolgs- wie schadensgewohnte Branche kein Pappenstiel.

Dieser Milliardenschaden verteilt sich nicht nur auf Kraftfahrzeug-Teilkasko-, Wohngebäude-, Hausrats- und Glasversicherung, sondern auch auf die Luftfahrt-Kaskoversicherung (Schäden an Flugzeugen) und die Hagelversicherung (Schäden in der Landwirtschaft). Er verteilt sich aber auch bundesweit auf die Unternehmen der Assekuranz, je näher am Ort des Geschehens, um so stärker, und auf die anderen über die Rückversicherung. Es traf große wie kleine Unternehmen.

Eines läßt die Versicherungsmanager vielleicht nicht in Trübsinn verfallen, nämlich die Tatsache, daß dieses Unwetter, ein sogenanntes Jahrhundertereignis, so schnell nicht wiederkehrt. Und das ist immer noch besser als das nicht absehbare Ende eines Schadentrends, wie er sich in anderen Sparten hartnäckig hält oder noch verschärft. Es sind nicht die Pessimisten in der Branche, die schon heute feststellen, daß Wohngebäude-, Hausrats- und Leitungswasserversicherungen *durch die langanhaltende* Frostperiode dieses Winters schwerer belastet wurden als durch das Hagelunwetter des letzten Jahres.

Das zarte Pflänzchen „Sanierung" droht zu verkümmern, was dort besonders ärgerlich erscheint, wo man die Sparte „im Griff" zu haben glaubte. Es bedarf keiner Prophetengabe, um heute bereits zu erkennen, daß bei den meisten Versicherungsgesellschaften Hausrat, Wohngebäude und Leitungswasser 1985 wieder mit Verlust abschließen werden. Dabei sind es nicht nur die veralteten, in den frühen 50er Jahren verlegten, qualitativ minderwertigen Leitungs*wasserrohre in den* Gebäuden, die heute nicht mehr dem Mehrverbrauch an Wasser in technisierten *Haushalten gewachsen sind*, es wächst auch die Aggressivität des Wassers in einigen bundesdeutschen Regionen, die – so erst kürzlich Allianz-Chef Wolfgang Schieren – mehr und mehr die Frage nach der Versicherbarkeit vieler Risiken stellt. Aber vielleicht muß man diese Frage nicht ganz so ernst diskutieren, wie dies offensichtlich gewollt ist. Die Versicherer tun sich ja auch sonst nicht sonderlich schwer, *erhöhte* Risiken mit erhöhten Prämien auszugleichen.

Dieser Hebel funktionierte bei den neuen Bedingungen der Hausratsversicherung ganz gut. Bei vielen Unternehmen, bei denen die Hausratsabschlüsse für 1984 gar nicht so schlecht ausgesehen haben, fragt man im nachhinein nach der Berechtigung eines neuen Bedingungswerks. Viele Gesellschaften führen es denn auch zögerlich ein. Die Erfolge der über Jahre betriebenen Tarifsanierung sahen ja gar nicht so schlecht aus.

Erste *Stimmen* versuchen bereits, möglichen Kritikern deutlich zu machen, daß die Zahl der Fahrraddiebstähle, nachdem sie aus dem Hausratsversicherungsschutz generell herausgenommen worden sind, rapide abgenommen hat. Wie das? So viele Verträge dürften noch gar nicht abgeschlossen worden sein, um einen Trend zu erkennen. Oder will man sagen, daß Versicherungsbetrug als Volksseuche geheilt ist? Erstaunlich ist, daß erste Unternehmenserfahrungen mit den neuen Hausrat-Bedingungen eher ein Abspecken des Versicherungsschutzes und zögerliche Abschlüsse beim höherwertigen *Hausrat (über 1000 DM* Versicherungssumme je qm) signalisieren.

Aber Erfreuliches gibt es auch zu berichten. Die Tarife der Kfz-Haftpflichtversicherung werden wohl bis Ende 1987 „halten". In den Wintermonaten wurde weniger und weniger schnell gefahren, Blechschäden überwogen, wo in anderen Monaten Tote und Schwerverletzte zu beklagen waren. Ein Sieg der Autofahrer-Vernunft? Sicher ja. Der starke Anstieg von Teilkaskoschäden könnte jedoch das Gegenteil beweisen. Er ist vor allem auf die Zunahme von Teilkasko-Abschlüssen ohne Selbstbeteiligung und die damit automatisch steigende Zahl von Bagatellschäden zurückzuführen. Merke: Vernunftgründe, die teurer zu bezahlen sind, halten *nicht lange* vor.

AUF EIN WORT

„Die Münchner verkaufen sich gut. Ihren nachweislich gesundheitsschädlichen Föhn präsentieren sie als anheimelndes Symbol ihrer Metropole, während bei uns im Ruhrgebiet schon beim Nahen eines keineswegs gefährlichen Smogs der Ruf nach Gasmasken ertönt."

Dr. Walter Aden, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Dortmund. FOTO: SCHMIDT

Berlin: Mehr Beschäftigte

Wz. Berlin

Die Berliner Wirtschaft befindet sich nach Ansicht des Senats weiter *im Aufwind*. Vor *allem das verarbeitende* Gewerbe, so heißt es in der Mitteilung, entwickele sich deutlich expansiv. Die Schwachstellen sind freilich unverändert die Bauwirtschaft und der private Verbrauch. Insgesamt waren im ersten Vierteljahr 1985 rund 9000 (plus ein Prozent) Personen in der Wirtschaft mehr beschäftigt als im gleichen Quartal des Vorjahres. Im Berichtszeitraum ging jedoch in der Bauwirtschaft Berlins die Zahl der Beschäftigten um durchschnittlich 1100 Arbeitskräfte (minus 3,5 Prozent) zurück.

ENERGIE

Bundesrepublik importiert weniger Rohöl wieder teurer

dpa/VWD, Frankfurt

Die *Bundesrepublik* hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres weniger Rohöl im Ausland gekauft als ein Jahr zuvor. Nach *vorläufigen* Berechnungen des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Eschborn wurden mit 22,6 Millionen Tonnen rund 5,8 Prozent weniger importiert. Die Rohölrechnung für diese vier Monate fiel mit 15,4 Milliarden DM dennoch um 6,4 Prozent höher aus als noch vor einem Jahr, da der Preis für eine Tonne Importöl frei deutsche Grenze in diesem Zeitraum um 13 Prozent gestiegen ist. Die fünf größten der 20 Lieferländern bestritten 75 Prozent der deutschen Rohöl*importe*. Fast ein Drittel der Rohölimporte stammte allein aus britischen Nordseequellen.

Im April 1985 hat die Bundesrepublik 5,1 Millionen Tonnen Rohöl eingeführt. Das waren 14,6 Prozent weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Der Durchschnittspreis für die Tonne Rohöl erhöhte sich zwar gegenüber April 1984 um 13,3 Prozent auf 666,67 DM, lag damit aber wieder deutlich unter dem bisherigen Höchstpreis von 695,68 DM *vom März dieses Jahres*.

Die Bundesrepublik hat in den ersten drei Monaten 1985 im Vergleich zum 1. Quartal 1984 weniger Erdgas aus dem Ausland bezogen. Nach Mitteilung des BAW sind die Importe um 1,4 Prozent auf 13,6 Milliarden Kubikmeter zurückgegangen. Größter Erdgaslieferant der Bundesrepublik waren nach wie vor die Niederlande mit *einem Anteil von knapp 60 Prozent* an den gesamten deutschen Importen. Rund 24 Prozent der Erdgaseinfuhren kamen aus der Sowjetunion, gut 15,6 Prozent aus Norwegen.

STEUERPOLITIK

Das HWWA-Institut fordert strenge Ausgabendisziplin

JAN BRECH, Hamburg

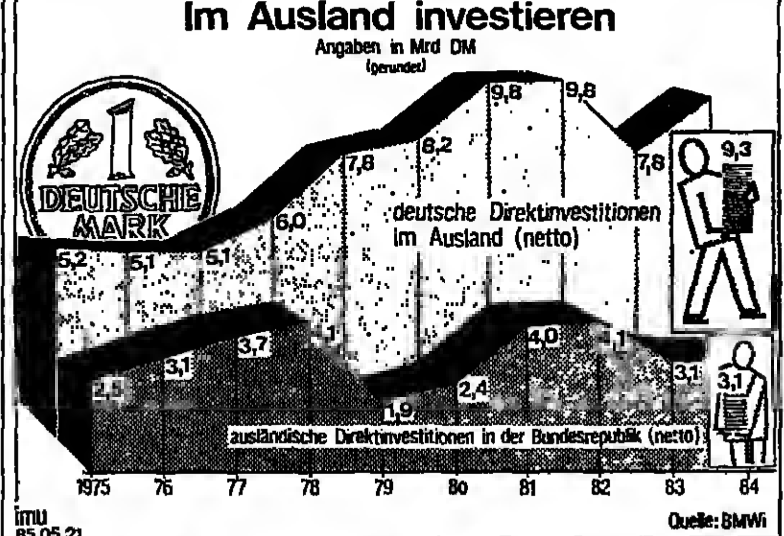
Aus der stabilen Preisentwicklung, die nach der jüngsten offiziellen Schätzung beim Steueraufkommen bis 1988 zu Mindereinnahmen von rund 50 Mrd. DM führen dürfte, ergeben sich bei der Fortschreibung der mehrjährigen Finanzplanung auch *Konsequenzen für die Ausgaben*. Die den bisherigen Planungsansätzen zugrunde liegenden staatlichen Aufgaben lassen sich vor dem Hintergrund einer gedämpfteren Preisentwicklung mit geringeren nominalen Gesamtausgaben erfüllen.

Wie das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung schreibt, stellten sich stabilitätsbedingte Minderausgaben, im Gegensatz zu Mindereinnahmen, jedoch erst durch politische Entscheidungen ein. Die bisherigen Konsolidierungsanstrengungen würden gleichsam lautlos unterlaufen, wenn es die Finanzpolitik versäumen sollte, die Konsequenzen einer erfolgreichen Stabilisierungspolitik auf der Ausgabenseite zu ziehen.

Um „heimliche Ausgabenerhöhungen" zu vermeiden, muß nach Meinung des HWWA die mittelfristige Steigerungsrate der öffentlichen Gesamtausgaben, die der Finanzpla*nungsrat bislang noch mit drei* Prozent empfohlen hat, im Ausmaß des Stabilitätserfolgs um einen halben Prozentpunkt *auf* 2,5 Prozent gesenkt werden.

Die für 1986/88 beschlossenen Steuerentlastungen sind nach Meinung des Forschungsinstituts zu gering, um eine nachhaltige Senkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote zu bewirken. Dies von der Bundesregierung angestrebte Ziel schaffe zusätzlichen steuerpolitischen Handlungsbedarf, der am ehesten bei strenger Ausgabendisziplin zu realisieren sei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Von 7,8 im Jahre 1983 auf 9 Mrd. DM im Jahre 1984 erhöhten sich deutsche Direktinvestitionen im Ausland. Dabei liegen die USA mit 35 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Großbritannien mit 11,8 Prozent und den Niederlanden mit 6,3 Prozent. Nur 15 Prozent wurden in Entwicklungsländern investiert. Dagegen gingen Direktinvestitionen ausländischer Anleger in der Bundesrepublik um rund 6 Mill. DM zurück. Stärkste Anleger waren die EG-Staaten. QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT

Neue Bundesanleihe

Frankfurt (cd) – Das Bundesanleihe-Konsortium legt heute die Konditionen für eine neue Bundesanleihe der Größenordnung von zwei Milliarden Mark fest. Am Rentenmarkt erwartet man einen Nominalzins von sieben Prozent, einen Ausgabekurs von 100 Prozent oder etwas darüber und eine Laufzeit von zehn Jahren.

Weniger Arbeitslose in EG

Brüssel (dpa/VWD) – Die Arbeitslosigkeit ist in den Ländern der EG von Ende März bis Ende April saisonbedingt um 370 000 auf 12,6 Millionen Personen gesunken. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EG verringerte sich die Arbeitslosenquote in den EG-Ländern (ohne Griechenland) von 11,5 im März auf 11,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist im April weniger gesunken als die der Männer, nämlich um 1,3 im Vergleich zu 3,9 Prozent.

Elektronik-Beihilfen

Brüssel (dpa/VWD) – Das Forschungsprogramm Informationstechnik der Bundesrepublik, das für die Dauer 1984 bis 1988 staatliche Beihilfen im Gesamtumfang von 2,43 Mrd. DM vorsieht, ist von der EG-Kommission genehmigt worden. Die Kommission hat sich das Genehmigungsrecht bei Einzel- und Gruppenprojekten vorbehalten, deren Gesamtkosten mehr als 20 Mill. ECU (44,6 Mill. DM) betragen und will noch vor der Sommerpause eine Gesamtübersicht der europäischen Elektronikforschung vorlegen.

Kredit an Indonesien

Jakarta (AFP) – Die Bundesrepublik hat Indonesien einen Kredit von 100 *Millionen* Mark für Entwicklungsprojekte im Bereich der Stromversorgung und des Fernmeldewesens gewährt, hieß es in Jakarta.

Weniger Brasilien-Zucker

Rio de Janeiro (AFP) – Die brasilianische Zuckerproduktion wird 1985/86 im *Vergleich zum Vorjahr* um zwölf Prozent von 8 850 000 auf 7 746 000 Tonnen reduziert. Davon sollen 2 306 000 Tonnen exportiert werden, gab das Brasilianische Zuckerinstitut bekannt. Die Produktion von Alkoholtreibstoff aus Zucker soll auf 11,11 Mrd. Liter ansteigen.

Preise stärker gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Preise sind im Mai voraussichtlich um 2,7 Prozent gegenüber Mai 1984 gestiegen. Diese Jahresveränderungsrate nannte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Im April war eine jährliche Preissteigerungsrate für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 2,5 Prozent ermittelt worden.

570 000 im Kreditgewerbe

Köln (AP) – Immer mehr Bundesbürger arbeiten im Kreditgewerbe. Wie der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes in Köln mitteilte, stieg ihre Zahl bis Ende vergangenen Jahres um rund 1,6 Prozent auf über 570 000. Darunter seien fast 60 000 Auszubildende. Vor 15 Jahren waren *im* Bankgewerbe der Bundesrepublik erst rund 430 000 Menschen beschäftigt.

TWA zum Verkauf

New York (AFP) – Der Verwaltungsrat der amerikanischen Fluggesellschaft TWA (Trans World Airlines) hat den Verkauf des Unternehmens angekündigt. Das beste Angebot, das innerhalb der nächsten 60 Tage eingehe, werde den Aktionären zur Annahme vorgelegt. Diese Entscheidung fiel, nachdem ein amerikanisches *Bundesgericht* den *Antrag* der Luftverkehrsgesellschaft TWA abgelehnt hatte, der Gruppe Carl Icahn die Fort*setzung des Versuchs einer* Kontrollübernahme der Gesellschaft zu verbieten.

„Made in Europe"

Tokio (dpa/VWD) – Japans Exportförderungsbehörde Jetro wird im kommmenden Jahr in der japanischen Hafenstadt Kobe eine Ausstellung „Made in Europe" veranstalten. Auf der fünftägigen, am 26. März 1986 *beginnenden* Messe werden Firmen aus der Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und anderen europäischen *Ländern ihre Produkte* – vorwiegend Maschinen und Anlagen – ausstellen, meldet die japanische Nachichtenagentur JiJi-Press.

Neuer Höchststand

Der WELT-Aktienindex erreichte gestern wieder einen neuen Höchststand: Nach 187,4 Punkten am Vortag kletterte er auf 188,6 Punkte.

ENTWICKLUNGSHILFE

Westliche Industrieländer sind die wichtigsten Geber

PETER WEERTZ, Berlin

Die staatliche Entwicklungshilfe ist nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seit 1980 weltweit von 40 auf 36 Mrd. Dollar zurückgegangen. Wie das Berliner *Institut* in seiner Analyse mitteilt, ist diese Entwicklung weitgehend auf die Leistungskürzungen der *Golfstaaten zurückzuführen*, die zur Gruppe der ölexportierenden Länder (Opec) gehören.

Mit rund 27 Mrd. Dollar sind nach diesen Berechnungen die westlichen *Industrieländer* unverändert die wichtigsten Geber von staatlicher Entwicklungshilfe, während die Opec-Länder mit etwa sechs *und die* Länder des östlichen Wirtschaftsblocks (RGW) mit knapp drei Mrd. Dollar beteiligt sind.

Der Bundesrepublik bescheinigt das Berliner Institut einen „guten *Platz" im Mittelfeld* der Geberländer. „Dem absoluten Betrag nach war sie 1983 mit 3,2 Mrd. Dollar (etwa 8,18 Mrd. DM) nach den USA (8 Mrd. Dollar), Saudi-Arabien (3,9 Mrd. Dollar) und Japan (3,8 Mrd. Dollar) der wichtigste Geber, noch vor Frankreich und Großbritannien", schreibt das Institut in seinem Wochenbericht. Außerdem ist die staatliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik größer als die des gesamten Ostblocks einschließlich der Sowjetunion.

Von der geforderten Zielmarke von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts sind allerdings die meisten Industrieländer mit einem *Durchschnitt* von 0,36 Prozent (OECD-Staaten) noch weit entfernt. Die Bundesrepublik erreichte hier 1984 0,45 Prozent nach 0,49 Prozent im Vorjahr.

COMMERZBANK / Eigenkapital durch Genußscheine zu günstigen Konditionen

Sehr positives Echo am Kapitalmarkt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Ein sehr positives Echo fanden gestern am Kapitalmarkt die Konditionen der 425 Millionen Mark Genußscheine, welche die Commerzbank ihren Aktionären im Verhältnis 2 zu 1 zum Bezug zum Nennwert anbietet. Die Genußscheine sind mit einer festen Basisverzinsung von 8,25 Prozent ausgestattet. Dazu kommt eine Zusatzausschüttung, wenn die Commerzbank mehr als 6 Mark Dividende bezahlt, und zwar 0,25 Prozent je 50 Pfennig mehr Dividende. Die Genußscheine, die in den amtlichen Frankfurter Börsenhandel eingeführt werden sollen, werden zur Hauptversammlung im Mai 1996 zum Nennwert fällig. Die Bezugsrechte werden vom 11. bis zum 21. Juni an allen *deutschen Börsen gehandelt; der* Bezugspreis ist am 3. Juli zu zahlen.

Für die Aktionäre der Commerzbank erscheint der Genußschein, als Zwitter zwischen Aktie und Obligation, *sehr attraktiv. Die* Basisverzinsung ist um rund einen Prozentpunkt höher als die derzeitige Rendite normaler Anleihen. *Das ist eine Art* Bonus dafür, daß Genußscheinkapital am ausgewiesenen Verlust teil*nimmmt und kein Stimmrecht* hat. Der besondere Reiz liegt darin, daß der Genußscheininhaber von Dividendenerhöhungen profitiert und daß, wie Commerzbank-Chef Walter Seipp mehrfach betonte, mit dieser günstigen Eigenkapitalbeschaffung zugleich das Potential für höhere Dividenden geschaffen wird. Die Ertragsentwicklung der Commerzbank im bisherigen Jahresverlauf könnte schon für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividendenerhöhung erlauben.

Bei der aktuellen Kapitalmarktrendite von gut 7,25 Prozent für elfjährige Titel müßte der Genußschein der Commerzbank einen Börsenwert von etwa 107 Mark haben, woraus sich ein theoretischer Bezugsrechtswert von 1,75 DM *errechnet*. Würde die *Com*merzbank ihre Dividende von jetzt 6 auf 7 DM je 50-DM-Aktie erhöhen und bis *zur Fälligkeit der Genußscheine* bei diesem Satz bleiben, so daß die Genußscheinverzinsung auf 8,75 Prozent steigt, wäre der Genußschein heute etwa 111 DM wert und das Bezugsrecht 2,75 DM. Zum Bezug von 100 Mark Genußscheinen braucht man vier Bezugsrechte.

Für einen Nichtaktionär, der mit der aktuellen Kapitalmarktrendite zufrieden ist, dürfte sich der Erwerb *der Genußscheine zu Kursen bis zu* 111 Mark oder über Bezugsrechte mit Kursen bis zu 2,75 DM lohnen, wenn er darauf setzt, daß die Commerzbank in den nächsten elf Jahren mindestens 7 Mark Dividende zahlt. Die Börsenkursentwicklung der Genußscheine wird sich sowohl an den Kapitalmarktzinsen als auch an den Dividendenaussichten der Commerzbank orientieren.

ISRAEL / Teuerungswelle statt Haushaltskürzung

Kaufkraft soll schrumpfen

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Alle unter Preiskontrolle stehenden Waren und Dienstleistungen sind um 14 bis 25 Prozent verteuert worden, Benzin sogar um 41 Prozent. Nächste Woche werden sie um weitere zwei Prozent steigen, nachdem die Mehrwertsteuer von 15 auf 17 Prozent angehoben wurde. Dann folgt eine 10- bis 20prozentige Erhöhung der Kaufsteuer für importierte Luxuswaren. Doch als solche gelten hier schon Dinge wie Fernseher, Videogeräte, Staubsauger und Waschmaschinen.

Das Ziel der Preiserhöhung ist im Kern eine Minderung der Kaufkraft, um die Inflation einzudämmen und das Defizit und den Devisenschwund abzubauen. Wegen des gewerkschaftlichen Widerstandes sind beispielsweise Haushaltskürzungen schwer durchzusetzen.

Die Methode funktioniert so: Im April betrug die Inflation fast 15 Prozent. Ein entsprechender Teuerungszuschlag muß laut bestehender Kollektivverträge am 1. Juni gezahlt werden. Doch da die Teuerung im Durchschnitt 20 Prozent beträgt, verlieren die Arbeitnehmer fünf Prozent.

Abgebaut werden sollen auch die Subventionen für Verbraucherwaren, weil sie das Preisgefüge entstellen. Dies wurde in den letzten Jahren schon mehrere Male erfolglos versucht – aufgrund des gewerkschaftlichen Drucks.

Auch jetzt, nach der Verringerung *der Subventionen, wird beispielsweise* die am höchsten subventionierte Ware, das Brot, noch immer nur 115 Schekel (35 Pfennig) per 750-Gramm-Laib kosten. Das ist immer noch viel weniger als sein Gestehungspreis. Wegen der heiklen – und symbolischen – Natur des Brotes wurde seine Subventionsrate nur von 250 auf 225 Prozent herabgesetzt. Bei anderen Waren sind die Subventionen erheblich geringer, belassen aber dennoch Preise, die auf lange Sicht nicht tragbar sein werden.

Die Teuerungswelle kam nicht unerwartet, ihr Ausmaß war unvorhergesehen. Finanzminister Yitzhak Modai meinte jedoch, dies sei das kleinere Übel. Denn möglicherweise sinnvollere Maßnahmen seien in Israel nicht durchsetzbar. Die Wirtschaft müsse allmählich gesunden. (SAD)

JAPAN / Autoexport im April um 16 Prozent gestiegen – Weitere Expansion möglich

Preiskämpfe am inländischen Markt

dpa/VWD, Tokio

Japan hat im April dieses Jahres 655 284 Fahrzeuge exportiert, gut 16 Prozent mehr als im April 1984. Dies war ein neues absolutes Rekordergebnis, heißt es in einer gestern veröffentlichten Statistik des Herstellerverbandes. Trotz der weltweiten Ex*porterfolge, die die Abnehmerländer* allerdings durch Importbeschränkungen einzuschränken versuchen, kämpfen die Automobilhersteller auf dem heimischen Markt erbittert um Marktanteile. Im April dieses Jahres wurden im Inland mit 329 687 Wagen 3,9 Prozent weniger als im gleichen Monat des Vorjahres verkauft. Bereits im Dezember 1984 hatte es einen Rückgang auf der Vergleichsbasis zum Vorjahr gegeben; aber die Hersteller hatten nach den Steigerungen der nächsten Monate neue Hoffnungen geschöpft.

Besonders Mitsubishi, Mazda und Nissan erlitten beträchtliche Rückgänge, während Honda eine Steigerung um 21,6 Prozent auf knapp 30 000 Einheiten melden konnte. Aber praktisch alle Hersteller können ihre Absätze nur noch durch hohe *Preisabschläge einigermaßen* aufrechterhalten.

Das liegt unter anderem daran, daß die Käufer in der einmal gewählten Klasse fast ausschließlich nach dem Preis entscheiden; „es gibt keine großen Unterschiede zwischen den Marken", ist eine gebräuchliche Rede*wendung. Die meisten Autoverkäufer* bieten sofort zehn bis 15 Prozent Rabatt an. Oft werden auch bis zu 20 Prozent angeboten. Manche Verkäufer opfern sogar einen Teil ihrer eigenen Verkaufsprämie, um ihre Verträge über monatliche Mindestverkaufszahlen erfüllen zu können.

Für ausländische Wettbewerber wird es angesichts dieser Marktlage noch schwerer. Die Deutschen sind zwar weitaus am erfolgreichsten mit einem Anteil am Importmarkt von etwa drei Vierteln, aber die Gesamtzahlen sind verschwindend gering im Vergleich zu dem, was die Japaner in umgekehrter Richtung liefern.

Nur etwa ein bis drei Prozent seiner Landsleute, meint der japanische Ford-Direktor Kenji Kawai, wollen „anders" sein und das auch mit dem Auto zeigen. Diejenigen unter dieser Minderheit, die es sich leisten können, fahren fast immer Mercedes oder BMW – der Anteil der Amerikaner am Autoimport liegt bei acht Prozent, der der Briten bei sechs.

Die Japaner könnten, wenn sie offene Märkte fänden, immer noch kräftig expandieren. Zwischen 1960 und 1973 *erreichte* ihre Autoproduktion einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von 27 Prozent. Seit 1981, als die Amerikaner zum ersten Mal scharfe Restriktionen einführten, sind es nur noch etwa zwei Prozent jährlich. Nach Angaben der japanischen Herstellervereinigung sind etwa 83 Prozent der Autoexporte von irgendwelchen Kontrollen betroffen.

In den USA, wohin im laufenden Wirtschaftsjahr (seit 1. April) 2,3 Millionen Autos und damit 24 Prozent mehr als im Vorjahr exportiert werden sollen, sind die Gewinnaussichten ausgezeichnet: US-Analytiker glauben, daß japanische Produzenten dort mit einem Gewinn zwischen 1000 und 2000 Dollar pro Stück verkaufen. Dennoch erlegten die Japaner sich selbst Beschränkungen auf gegenüber den USA.

GROSSBRITANNIEN / Handelsschiffahrt geht es besser

Probleme mit Tankerflotte

WILHELM FURLER, London

Die britische Handelsschiffahrt hat „traumatische Jahre" hinter sich, ist aber „schlanker und professioneller" daraus hervorgegangen. Das betonte der Generaldirektor des britischen Reederverbandes, Peter Le Cheminant, bei Vorlage des Jahresberichtes des General Council of British Shipping. Seit dem Spitzenjahr 1975 ist die britische Handelsflotte um 64 Prozent auf gegenwärtig 18,1 Mill. Tonnen Tragfähigkeit geschrumpft. Damit liegt sie auf Platz acht der Weltrangliste.

In der gleichen Zeit verringerte sich die Zahl der britischen Seeleute *um 44 Prozent auf 32 500, während* die Zahl nicht-britischer Seeleute auf Handelsschiffen unter britischer Flagge sogar um 78 Prozent auf heute nur noch rund 5000 abnahm. Zwei Drittel der Tonnage-Reduzierung der Handelsflotte während der vergangenen zehn Jahre entfielen dem Bericht zufolge auf Tanker, der Rest zum größten Teil auf Massengutfrachter und ältere Stückgutschiffe.

Dafür besitzt Großbritannien nach Angaben des Verbandes nach den USA die zweitgrößte Containerflotte. Trotz der riesigen Zahl weltweit beschäftigungslos aufgelegter Tonnage sei fast die gesamte britische Nicht-Tanker-Flotte aktiv am Seehandel beteiligt.

Darüber hinaus gehöre Großbritannien zu den Ländern mit der modernsten, hochspezialisierten Tonnage. Fähren und Roll-on/Roll-off-Schiffe, Offshore-Versorger, Tiefkühlschiffe sowie Chemikalien- und Gastanker seien alle gut beschäftigt. Die Passagier- und Kreuzfahrt-Schiffsflotte sei die drittgrößte der Welt.

Mit allem Nachdruck setzt sich der Reederverband dafür ein, die im letzten Jahr von der Regierung gestrichenen Steuervorteile für Reedereien wiederherzustellen. Ohne sie sei die Überlebensfähigkeit der britischen Handelsschiffahrt bedroht. Bislang konnten Reeder ihre Investitionen über einen längeren Zeitraum hinweg nach eigenem Ermessen abschreiben.

USA / Wird American Motors drei Werke schließen?

Schwierigkeiten beim Absatz

dpa/VWD, Milwaukee

American Motors Corp. (AMC), der viertgrößte US-Autohersteller, und die Gewerkschaft UAW wollen in dieser Woche einen neuen Versuch machen, zu einer Vereinbarung über Abstriche bei Löhnen und Sozialleistungen zu kommen, um die angedrohte Schließung mehrerer Werke des angeschlagenen Unternehmens zu verhindern. AMC kündigte vergangene Woche an, daß im September das kleine Zweigwerk in Milwaukee und Mitte 1986 die beiden Betriebe in Kenosha (*US-Bundesstaat Wisconsin*) geschlossen werden, falls die Gewerkschaft nicht nachgibt.

Die AMC-Beschäftigten – in Milwaukee etwa 370, in Kenosha noch 5400 – sind nach Zeitungsberichten mit einem Durchschnittslohn von 13,44 Dollar die höchstbezahlten der Branche. AMC verlangt eine Kürzung um 37 Cent, um auf den bei General Motors gezahlten Lohn von 13,07 Dollar die Stunde zu kommen. Die Beschäftigten sollen auf Freizeitansprüche verzichten.

Die Gesellschaft, die zu 46 Prozent dem staatlichen französischen Automobilproduzenten Renault gehört, hat seit 1980, während die Konkurrenz sehr gut verdiente, insgesamt 651 Millionen Dollar verloren. Auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden nach Zeitungsmeldungen 29 Millionen Dollar Verlust eingefahren. Die beiden in Kenosha produzierten Renault-Modelle „Alliance" und „Encore" verkaufen sich immer schlechter.

Die AMC-Schwierigkeiten harmonieren mit der Erwartung des US-Handelsministerium – nach einem Bericht der Zeitschrift „Automotive News" –, daß der Anteil ausländischer Pkws in den USA steigt und in der Folge davon über 100 000 Arbeiter ihre Stellung verlieren. „Automotive News" beruft sich in dem Bericht auf eine Studie des Ministeriums, nach der die Zahl neu verkaufter Pkws bis 1988 zwar von 10,4 Mill. 1984 auf 11,2 Mill. steigen wird, der Anteil der Importautos aber gleichzeitig um 13 Prozent zunimmt.

DEMINEX / Neunte britische Lizenzvergabe-Runde erfolgreich abgeschlossen

Weiteres Interesse an Nordseebohrungen

WILHELM FURLER, London

„Wir sind außerordentlich zufrieden." Mit diesen Worten kommentierte ein Sprecher der Deminex UK Oil and Gas, Tochterfirma der deutschen Explorations- und Produktionsgesellschaft Deminex GmbH, den Ausgang der neunten Lizenzvergabe-Runde für Öl- und Gasbohrungen im britischen Nordseesektor gegenüber der WELT. Der Deminex UK wurde von der Regierung in London nicht nur ein 35prozentiger Anteil am Block 9/16 im nördlichen Teil der Nordsee *östlich der Shetland-Inseln zugeteilt*, sondern auch die Rolle als „Operator" in diesem Block übertragen.

Darüber hinaus erhielt die Deminex über ihre neue Tochterfirma Assindia (Oil and Gas) einen rund zehnprozentigen Anteil am Block 3/23 b ebenfalls im nördlichen Teil des britischen Nordseesektors. An diesem Block wurde auch die Wintershall (UK) sowie die Preussag (Oil and Gas) beteiligt. Operator ist die Chevron Petroleum (UK). Die gleiche Beteiligung am benachbarten Block 3/23 a war der Deminex bereits zugesprochen worden.

Damit hält die Deminex UK inzwischen 33 Offshore-Lizenzen. Beteiligt ist sie gegenwärtig an rund 20 Explorationsbohrungen. Öl wird unter maßgeblicher Beteiligung der Deminex aus den Nordseefeldern Thistle, Deveron und Heatrice, Gas aus dem Hewett-Feld produziert. Von der nächsten Lizenzrunde im kommenden Jahr erwartet das Unternehmen die Zuteilung weiterer Blöcke sowie mehrere „Operator"-Rollen.

Insgesamt wurden in der neunten Lizenzvergabe-Runde 93 Offshore-Blöcke zugeteilt. Das ist die höchste Zahl seit dem Beginn des Nordseeöl-Fiebers in den frühen siebziger Jahren. Ursprünglich beabsichtigte die Regierung in London, nur 80 Lizenzen zu vergeben. Doch sie erhöhte die Zahl, nachdem überraschend 149 Anträge gestellt worden waren – der bisherige Rekord für eine Lizenzrunde.

Der jetzigen Zuteilung durch die Regierung im diskreten Verfahren war bereits im Januar die Vergabe von 13 Offshore-Blöcken im Auktionsverfahren vorausgegangen. Sie brachte dem Schatzkanzler die Rekordeinnahme von 121,3 Mill. Pfund (gut 470 Mill. DM). Erfolgreichster Bieter war der Ölkonzern Amoco, der drei Blöcke erhielt und dafür mehr als 31 Mill. Pfund zahlte. Der britische BP-Konzern, dem zwei Blöcke zufielen, gab für den Block 15/18 b das höchste Angebot der neunten Runde ab, nämlich mehr als 25,5 Mill. Pfund.

Dafür gingen die großen Ölkonzerne bei der jetzigen direkten Zuteilung weitgehend leer aus. Bevorzugt wurden von der Regierung in London ganz deutlich die kleineren unabhängigen Ölgesellschaften. Während ihnen Gebiete mit weitgehend nachgewiesenen Öl- und Gasvorkommen in nicht zu großer Wassertiefe zugesprochen wurden, gingen an die großen Ölmultis Blöcke in großen Wassertiefen und in sogenannten Grenzgebieten. Dort sind die Explorationsbohrungen teuer; die Möglichkeiten, auf bedeutende Öl- und Gasvorkommen zu stoßen, steigen.

Brüssel fordert Dumpingzoll

dpa/VWD, Brüssel

Die EG-Kommission hat den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft die Erhebung eines endgültigen Antidumpingzolls bei der Einfuhr von elektrischen Schreibmaschinen aus Japan vorgeschlagen. Wie gestern aus Kommissionskreisen bekannt wurde, soll der Strafzoll je nach Hersteller 17 bis 35 Prozent betragen. Unklar blieb, welche Produzenten am härtesten getroffen würden.

In Brüssel galt es als „sehr wahrscheinlich", daß der EG-Ministerrat dem Vorschlag der Kommission folgen wird. Die EG-Exekutivbehörde stellt sich damit vor die von der japanischen Konkurrenz – vor allem von den Firmen Brother und Canon – stark bedrängten europäischen Schreibmaschinenhersteller wie die deutsche Olympia und die ialienische Olivetti.

Seit 1984 gilt bei der Einfuhr von japanischen Schreibmaschinen ein vorläufiger Dumpingzoll. In japanischen Industriekreisen war in den vergangenen Wochen die Erwartung geäußert worden, daß der EG-Strafzoll nicht definitiv bestätigt, sondern aufgehoben wird.

Schwerer Fall von Wirtschaftsspionage

zü. Genf

Der Versuch, das Schweizer Bankgeheimnis durch Aushändigung von Computerbändern an den französischen Zoll zu knacken, ist ein schwerer Fall von wirtschaftlichem Nachrichtendienst. Dies bestätigte jetzt das Bundesgericht. Zudem sei das Ansehen der Schweizer Banken – und damit ein wesentliches wirtschaftliches Interesse des Landes – durch diesen Fall bedroht worden.

Im Zuge der Devisenkontrolle versuchte der französische Zoll 1982 systematisch, an die Konten seiner Bürger in der Schweiz heranzukommen, und ergatterte drei Datenträger der Schweizerischen Bankgesellschaft SBG, die er allerdings nicht auswerten konnte. Deshalb böt er einem Angestellten des SBG-Informationszentrums 166 000 DM an für den Fall, daß es ihm gelinge, das System zum Laufen zu bringen.

Mit Hilfe eines Arbeitskollegen raubte er Magnetbänder, welche die Betriebsprogramme enthielten. Trotzdem konnte der SBG-Computer und damit das Schweizer Bankgeheimnis nicht geknackt werden. Das Vergehen wurde aufgedeckt, Gefängnisstrafen verhängt.

KLÖCKNER-WERKE-HV / Beim Stahl im Gewinn

Großfusion hat noch Aussicht

J. GEHLHOFF, Duisburg

Als realistischer Optimist gehe er davon aus, daß die seit Oktober 1984 angekündigte und immer noch nicht realisierte große Krupp/Klöckner-Stahlfusion die notwendige politische Begleitung finde, sagte Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow auf der Hauptversammlung der Klöckner-Werke AG, Duisburg, in der 700 Personen 73,04 Prozent von 469 Mill. DM Aktienkapital vertraten. „Dann rücken die Stahlbereiche von Krupp und Klöckner zusammen, dann wird der australische Rohstoffkonzern CRA in der deutschen Stahlindustrie mehr als eine halbe Milliarde Mark investieren, dann sind Sie als Aktionäre an einem zukunftsreichen Stahlunternehmen indirekt und an unserem Maschinenbau und unserer Kunststoff-Verarbeitung direkt beteiligt."

Im politischen Raum, so betonte Gienow, müsse nun die Entscheidung über „Go oder No Go des Zusammenschlusses" fallen. Im Mittelpunkt stehe dabei „offenbar" Klöckners Georgsmarienhütte bei Osnabrück (2500 Beschäftigte), die im Falle einer Fusion stillgelegt werden soll. Das Land Niedersachsen weigert sich jedoch, seinen Drittel-Anteil an der öffentlichen Umstrukturierungshilfe zu leisten und damit auch den Bundesanteil blockiert. Bei allem Verständnis für die Position Niedersachsens (das Land muß nach bisherigem Beihilfesystem Arbeitsplatzverlust zum „kostenlosen" Vorteil anderer Bundesländer mitfinanzieren) könne es doch niemand verantworten, wegen eines solchen „Webfehlers des Stahlhilfeprogramms" eine mit diesem Programm angestrebte, insgesamt arbeitsplatzsichernde Stahlfusion in der Bundesrepublik zu verhindern.

Als „großen Sprung nach vorn" kennzeichnete Gienow die erste Hälfte des neuen Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) im KW-Gesamtkonzern. Bei fast stagnierendem Inlandsgeschäft und um 15 Prozent gestiegenem Export habe sich der Außenumsatz um 7 Prozent erhöht. Neben der ohnehin renditeträchtigen Verarbeitung (vor allem Maschinenbau mit einem im letzten Jahrzehnt auf 2 Mrd. DM verzehnfachten Umsatz) sei nun auch der Stahlbereich erstmals wieder im Gewinn, auch die große Flachstahlhütte Bremen „klar in der Gewinnzone". Insgesamt könne der Konzern für 1984/85 nach langer Durststrecke erstmals wieder ein positives Ergebnis aus laufendem Geschäft erwarten. „Wir haben allein und wesentlich aus eigener Kraft wieder festen Boden unter den Füßen."

Zur Aufhebung der europäischen *Zwangswirtschaft für Stahl ab 1986* bestehe gleichwohl kein Anlaß, warnte Gienow mit Hinweis auf den großen Subventions-Schlußgalopp bei den Nachbarn in der EG. Nur Lockerungen seien denkbar, im übrigen aber noch zwei bis drei weitere Marktregelungs-Jahre nötig, bis die Subventionswirkung abgeebbt ist.

HOCHTIEF / Solides Rücklagenpolster – Hohe Auftragseingänge – Wieder 12 Mark Dividende nach gutem Ergebnis

Noch keine Spur von Flaute beim Baukonzern

HANS BAUMANN, Essen

Eine Marke geht unter, wenn sie sich auf den Preis und nicht mehr länger auf die Qualität stützt. Diese ökonomische Weisheit galt bisher nur *für Produkte. Seit dem Jahresab*schluß 1984 der Hochtief AG, vorm. Gebr. Helfmann, Essen, trifft sie auch auf Dienstleistungen zu. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Bauwirtschaft nicht unter einer Depression wie 1984 gelebt. Doch Hochtief scheint an dieser Depression vorbeizubauen. Hohe Auftragseingänge, gesunder Bestand, beachtliche Ergebnisse signalisieren dies. Hier scheint kein Boden zu sein, auf dem die Flaute gedeiht.

Die Aktionäre werden es ihrer Geschäftsführung auf der Hauptversammlung am 10. Juli danken, wenn ihnen wieder insgesamt 12 (10 plus 2 *DM Bonus) DM* je *50 DM nominal als* Dividende vorgeschlagen werden. Und da man nie weiß, ob einen die Baisse nicht doch noch einholt, ist es sicherer, von dem Bilanzgewinn weitere 60 Mill. DM den Rücklagen für Baubetriebsrisiken zuzuführen. Zusammen mit den 48 Mill. DM für die Dividende sind das 108 Mill. DM bei einem Jahresüberschuß von 216 (257) Mill. DM. Diese restlichen 108 Mill. DM werden für Auslandsrisiken deponiert, so daß neben dem Grund*kapital jetzt ein Rücklagenpolster* von insgesamt 783 (645) Mill. DM besteht. Ein solides Fundament.

Hochtief (38,9 Prozent beim Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), Essen,je eine Schachtel bei der von Finckschen Industrie-Beteiligungs-KG, München, und bei der *Francommerz Vermögensverwal*tungs-GmbH, Frankfurt) erhöhte im Berichtsjahr die Bauleistung um 4,2 Prozent auf 4,89 Mrd. DM. Die Leistung im Inland übertraf die des Vorjahres um 6,2 Prozent auf 3,03 Mrd. DM. Die Leistung im Ausland war mit 1,85 Mrd. DM nur geringfügig höher als 1983. Im Inland entfielen 56 Prozent der Leistung *auf* den gewerblichen und industriellen Bau, 28 Prozent auf den öffentlichen und 16 Prozent auf den Wohnungsbau. Die Beteiligungsgesellschaften von Hochtief waren mit 26 Prozent an der Bauleistung beteiligt, auf Arbeitsgemeinschaften kamen 20 Prozent.

Der Indikator für die Zukunft kann sich sehen lassen. Die Auftragseingänge lagen mit 5,4 Mrd. DM um 23,4 Prozent über denen von 1983. Im Inland kam man mit 3,03 Mrd. DM *kaum voran, im Ausland dagegen* wuchs das Volumen mit 2,37 Mrd. DM „deutlich". Am Ende des Berichtsjahres war der Auftragsbestand um 9,5 Prozent (4,51 Mrd. DM) höher als vor einem Jahr. Größere Ablieferungen ließen im Inland den Bestand um 5,2 Prozent auf 2,17 Mrd. DM zurückgehen; der Bestand aus dem Ausland wuchs dagegen um fast 28 Prozent auf 2,34 Mrd. DM.

Den Erfolg des Markenzeichens Hochtief führt Vorstandsvorsitzender Enno Vocke nicht zuletzt auf den hohen Aufwand für Forschung und Entwicklung zurück. So sei das Unternehmen weltweit in der Lage, pro*blemgerechte Lösungen kostengün*stig vorzuschlagen, wobei der Umweltschutz einen bevorzugten Platz einnehme. Im Inland sind 38 Niederlassungen sowie sieben Fertigteilwerke tätig.

Die Bautätigkeit im Ausland erstreckte sich nach wie vor vornehmlich auf die Ölländer Saudi-Arabien, Irak und Oman, auf die fast die Hälfte der Auslandsbauleistung entfiel. Außerdem ist man in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika sowie in Australien tätig. *Und da man nicht stehen*zubleiben gedenkt, wurde in Hongkong die Leighton-Brückner Foundation Engineering Ltd. gegründet mit dem Ziel, den Markt für Spezialtiefbau in Südostasien zu erschließen. Der Hochtief-Anteil liegt bei 40 Prozent.

*Den Ausblick sieht Vorstandsvor*sitzender Enno Vocke so: Im Inland erreichte die Bauleistung in den ersten Monaten 1985 nicht den Vorjahreswert. Mit der Belebung der Konjunktur hofft man auch auf höheren Auftragseingang. Für den öffentlichen Bau rechnet Hochtief mit steigenden Investitionen, da insbesondere die Gemeinden größeren finanziellen Spielraum haben. Im Auslandsgeschäft setzt der enger gewordenen finanzielle Spielraum zahlreicher Entwicklungsländer dem Geschäft Grenzen. So wird man sich außerhalb der Dritten Welt bemühen, zum Zuge zu kommen.

HML-BANK

Ergebnis erneut gesteigert

dos. Hannover

Die HML-Bank Hallbaum, Maier & Co. AG – Landkreditbank, Hannover, hat 1984 an die günstige Entwicklung der Vorjahre anknüpfen und die Ertragslage weiter verbessern können. Bei einer Bruttozinsspanne von 3,24 (3,29) Prozent erhöhte sich der Zinsüberschuß auf 20,5 (20,0) Mill. DM und der Provisionsüberschuß auf 3,8 (3,65) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 2,56 (2,37) Mill. DM wird neben der unveränderten Dividende von 5,12 Prozent erneut ein Bonus von 0,64 Prozent gezahlt. Das entspricht einer Brutto-Ausschüttung von 9 Prozent. Der offenen Rücklage werden 0,75 Mill. DM zugewiesen.

Die Bilanzsumme stieg im Berichtsjahr um 3,9 Prozent auf 632 (608) *Mill. DM, das Geschäftsvolumen um* 5 Prozent auf 715 Mill. DM. Die Forderungen an Kunden reduzierten sich um 3,6 Prozent auf 360 (346) Mill. DM; das gesamte Aktivgeschäft verharrte bei 554 Mill. DM. Die Kundeneinlagen wuchsen um 12 Prozent auf 420 (375) Mill. DM und die Passiva insgesamt auf 576 (545) Mill. DM.

FIAT-KONZERN / Gewinn wesentlich verbessert

Deutsche Tochter erfolgreich

ds/nl. Turin/Stuttgart

Der Fiat-Konzern hat im Jahre 1984 *mit einem wesentlich besseren Ertrag* abgeschlossen als im Vorjahr und erwartet im laufenden Jahr eine Fortsetzung dieser Tendenz. Cesare Romiti, der Vorstandsvorsitzende der Holding Fiat S. p. A. in Turin, rechnet damit, daß im Jahr 1985 alle Tochtergesellschaften zumindest mit einer ausgeglichenen Bilanz abschließen werden. *Das betrifft auch die Lastwa*gentochter Iveco, die im vergangenen Jahr noch mit Verlust abschloß.

Was die angestrebte Zusammenarbeit mit dem US-Konzern Ford anbelangt, so steht laut Romiti noch nicht fest, ob das Abkommen schon vor Jahresende unterzeichnet werden kann, obwohl alle Beteiligten wünschen, daß es nicht mehr allzu lange dauern möge.

Die Holding Fiat S. p. A. erhöhte 1984 ihren Reingewinn gegenüber dem Vorjahr um 43 Prozent auf 306 Mrd. Lire. Daraus wird auf die Stamm- und Vorzugsaktien eine Dividende von 110 Lire gezahlt. Im Vorjahr belief sich die Dividende auf 180 Lire. Dazwischen hat Fiat S. p. A. das Kapital teils gratis, teils gegen Barzahlung von 337,5 auf 2025 Mrd. Lire erhöht, so daß davon ausgehend die Dividende um 22 Prozent gestiegen ist.

Der konsolidierte Reingewinn des Gesamtkonzerns nahm im vergangenen Jahr von 253 auf 627 Mrd. Lire zu, womit sich das Verhältnis zum Umsatz von 1,2 auf 2,6 Prozent erhöhte. Wesentlich verbessert hat sich auch das Gewinn-Eigenmittel-Verhältnis, von fünf Prozent auf 9,9 Prozent.

Der konsolidierte Konzernumsatz stieg um 8,3 Prozent *auf* 23 813 Mrd. Lire. Daran war die Automobil-Betriebsführungsgesellschaft Fiat Auto mit 12 878 Mrd. Lire oder 54 Prozent beteiligt. Der Gesamtkonzern investierte in Anlagen 1486 (1453) Mrd. Lire, für Forschung und Entwicklung 669 (556) Mrd. Lire. Mehr als die Hälfte der Anlageninvestitionen, 961 Mrd. Lire, entfielen auf den Automobilbereich, während Fiat Auto für Forschung und Entwicklung 266 Mrd. Lire ausgab.

Am Jahresende beschäftigte der Fiat-Konzern im In- und Ausland insgesamt 230 805 Personen, 13 003 weniger als im Vorjahr. Hiervon entfielen 107 681 auf den Automobilbereich. Weitere Personaleinsparungen sind vor allem im Automobilbereich nicht ausgeschlossen, da Fiat entschlossen ist, den Prozeß der Kostensenkung und Rationalisierung weiter intensiv voranzutreiben. Schon jetzt übertrifft Fiat Auto laut Cesare Romiti *mit* der Automatisierung und Robotisierung nicht nur alle seine Konkurrenten in Europa, sondern auch – bei gleicher Größenordnung – die US-Konkurrenz.

Die deutsche Tochter, die Fiat Automobil AG, Heilbronn, hat, wie es im Geschäftsbericht 1984 heißt, trotz schwieriger Marktverhältnisse im Berichtsjahr Absatz und Umsatz erneut gesteigert und ihre Position als er*folgreichster Importeur in der Bun*desrepublik gefestigt. Insgesamt verkaufte die Vertriebsgesellschaft mit 110 994 Wagen 3,3 Prozent mehr als im Jahr davor. Den größten Anteil an der Stückzahl hatte das Modell „Uno" mit 36 002 (Vorjahr: 24 235) Einheiten. Gemessen an den Zulassungen erhöhte sich der Marktanteil der Gesellschaft bei Pkw und Kombi auf 4,6 (4,2) Prozent.

Der Wertumsatz vergrößerte sich um 7,3 Prozent auf 1,37 Milliarden DM. Hiervon entfallen 86,0 (85,6) Prozent auf Fahrzeuge, 13,1 (13,6) Prozent auf Ersatzteile und Zubehör und 0,9 (0,8) *Prozent auf Sonstiges. Es wird* ein Jahresüberschuß von 8,0 (6,9) Mill. DM ausgewiesen. Als Dividende werden 8,1 (6,9) Mill. DM ausgeschüttet. Das Aktienkapital von 95 Mill. DM befindet sich mittelbar in vollem Besitz der Fiat Auto S. p. A. Turin. Die Fiat Automobil AG zählte am Jahresende 903 (1023) Mitarbeiter.

WELLA / Fast unabhängig von Wechselkursschwankungen

Höhere Sachinvestitionen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Wir glauben mit unserem Konzept langfristig gut und sicher zu fahren," betont die Wella AG, Darmstadt, in ihrem Aktionärsbrief. Die Haarkosmetik-Gruppe, die über 70 Prozent ihres Umsatzes außerhalb Deutschlands erzielt, setzt nämlich bei ihrem Auslandsgeschäft nicht auf den Export, sondern vor allem auf eine konsequente regionale Diversifikation mit eigenen Produktionsstätten und sichert sich damit vor den Folgen extremer Paritätsschwankungen.

Zusätzlich werden Exporte der Wella AG, die im ersten Quartal dieses Jahres um gut ein Fünftel auf 24,4 Mill. DM expandierten, grundsätzlich in D-Mark fakturiert. Die erreichte fast völlige Unabhängigkeit von Paritätsveränderungen wird Wella auch zukünftig vor merklichen Ertragsminderungen bewahren, heißt es.

Zuversicht dokumentiert der Wella-Vorstand auch mit einer deutlichen Verstärkung der Sachinvestitionen, die in der Gruppe in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber der Vorjahreszeit um gut ein Fünftel auf gut 11 (9,2) Mill. DM ausgeweitet wurden, und die weitere Aufstockung der Mitarbeiterzahl (in der AG plus 3,3 Prozent auf 2915 Beschäftigte).

Beim Umsatz legte die Gruppe in der Berichtszeit 10,5 Prozent auf 407 (368) Mill. DM zu, der AG-Umsatz wuchs um 12 Prozent auf 140 (125) Mill. DM, wobei das Inland um 10,4 Prozent den „sehr guten" Inlandsumsatz des ersten Quartals 1984 überschritt.

Der Gewinn vor Steuern ist in der Gruppe (plus 10,4 Prozent auf 37 Mill. DM) und in der AG (plus 11,8 Prozent auf 9,5 Mill. DM) entsprechend mitgewachsen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

KHD-Einstieg perfekt

Köln (dpa/VWD) – Der Kölner Maschinen- und Anlagenbauer KHD *Klöckner-Humboldt-Deutz AG* hat jetzt „grünes Licht" für eine beträchtliche Erweiterung seines USA-Geschäfts. Wie das Unternehmen bestätigte, sind die Verträge über den Erwerb der Landtechniksparte des US-Konzerns Allis-Chalmers, Milwaukee, unterschrieben worden. Der Kaufpreis beträgt 107 Mill. Dollar (332 Mill. DM).

Teutonia: Wieder 6 DM

Hannover (dos) – Die Teutonia Zementwerk AG, Hannover, will für 1984 wieder eine Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie ausschütten. Einen entsprechenden Vorschlag wird die Verwaltung der Hauptversammlung am 11. Juli unterbreiten. Das Grundkapital der Teutonia ist in 5,5 Mill. DM Stamm- und 3,575 Mill. DM Vorzugsaktien aufgeteilt.

Thosti gibt 6 Prozent

Augsburg (dpa/VWD) – Die Walter *Thosti Boswau Bau-AG, Augsburg,* will ihren Aktionären eine unveränderte Dividende von sechs Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 40 Mill. DM zahlen. Wie aus der Einladung zur HV am 9. Juli hervorgeht, wird damit der Bilanzgewinn von unverändert 2,4 Mill. DM in voller Höhe ausgezahlt.

Blaue Quellen: 15 Prozent

Rhens (VWD) – Wieder 15 Prozent Dividende schlägt die Verwaltung der Blaue Quellen Mineral- und Heilbrunnen AG, Rhens, für das Geschäftsjahr 1984 der HV (3. Juli) vor.

SME-Verkauf an Buitoni

Mailand (dpa/VWD) – Der staatliche italienische Nahrungsmittelkonzern SME wird künftig unter privater Regie Lebensmittel und Süßigkeiten herstellen. Nach langen Verhandlungen hat die italienischen Regierung den Verkauf des bisher unter Kontrolle der Staatsholding IRI stehenden SME an die Branchenschwester Buitoni genehmigt. Die Regierung hat den Verkauf an die Bedingung geknüpft, daß De Benedetti den SME-Konzern nicht an ausländische Firmen verkauft und vorliegenden Investitionspläne erfüllt.

Dividenden-Ausfall

Pirmasens (VWD) – Die Parkbrauerei AG, Pirmasens, läßt für das Ge*schäftsjahr 1984* die *Dividende ausfal*len. Im Vorjahr waren 14 DM je 100-DM-Aktie auf 6 Mill. DM Grundkapital gezahlt worden.

Pfalzwerke: Zwölf Prozent

Ludwigshafen (dpa/vwd) - Die Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 wieder 12 Prozent Dividende auf 122,52 Mill. DM Grundkapital vor. Die Hauptversammlung des Elektrizitätsunternehmens findet am 19. Juni statt.

Container-Umschlag steigt

Bremen (ww.) – Bei der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) hat der Stückgutumschlag 1984 deutlich zugenommen. Das gilt insbesondere für den Export. In diesem Sektor stieg der Umschlag um 15 Prozent. Nur ein Plus von 5,1 Prozent wurde auf der Importseite verzeichnet. Die Container legten dabei stark zu; von *14,8 Mill. Tonnen Totalumschlag ent*fielen 8,6 Mill. Tonnen (60 Prozent) auf Container. Der Bilanzgewinn von 960 000 DM wird als Dividende von 8 Prozent auf das Grundkapital von 12 Mill. DM ausgeschüttet.

US-Engagement

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Henkel KGaA, Düsseldorf, hat sich zu fast 25 Prozent am US-Klebstoffhersteller Loctite, Newington, beteiligt und damit auf dem USA-Markt weiter Fuß fassen können. Loctite erzielte zuletzt einen Umsatz von 242 Mill. Dollar (750 Mill. DM) und einen Reingewinn von 26 Mill. Dollar.

Halber Sieg im Steuerstreit

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Für den ersten Teil des Beteiligungserwerbs beim amerikanischen Grace-Konzern *(1976 für 290 Mill.* DM) habe das Bundeswirtschaftsministerium Ende 1983 die dem Flick-Konzern gewährte Buchgewinn-Steuerneutralität zu Recht widerrufen, für den zweiten Teil (1978 für 460 Mill. DM) hingegen zu Unrecht. Dieses „geteilte" Urteil fällte das Verwaltungsgericht Köln am Dienstag abend – *wie in einem Teil der Auflage* bereits berichtet – mit mündlicher Kurzbegründung.

„Im wesentlichen unvollständige und unrichtige Angaben" habe die Konzernholding Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf, seinerzeit zwar in beiden Anträgen über die beabsichtigte Kooperatin mit Grace gemacht, von der sich nichts realisiert habe. Mithin habe die nach Paragraph 4 Auslandsinvestitionsgesetz gewährte Befreiung von 456 Mill. DM Steuern auf den bei Grace angelegten Buchgewinn von 750 Mill. DM zurückgenommen werden müssen. Die Steuerfreiheit für den zweiten Erwerbsakt habe Bonn jedoch zu Unrecht widerrufen, da die Behörde den von Flick geltend gemachten „Vertrauensschutz" hier falsch gewertet habe.

Ausführlich, aber ohne für die Zuhörer erkennbaren Erkenntnisgewinn versuchten sich die Richter in der mündlichen Verhandlung Klarheit darüber zu verschaffen, ab welcher Beteiligungsquote ein für die Steuerfreiheit entscheidendes „unternehmerisches Engagement" vorliege und wieviel Zeit zwischen Kooperationsidee und Ausführung verstreichen dürfe. Entscheidend blieb für sie die Tatsache, daß aus gut einem halben Dutzend einst von Flick in den Anträgen aufgeführten Gemeinschaftsprojekten nichts verwirklicht wurde, die „Kooperationsfähigkeit" mithin nicht bestanden habe. Daß sie gleichwohl bestehe, wollte die Klägerin mit zwei 1984 begonnenen Flick/Grace-Großprojekten belegen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Jürgen Lobert; **Brilon:** Nachl. d. Heinrich Wilhelm Schwinge, Marsberg-Leitmar; **Coesfeld:** Bronie-Textil GmbH, Coesfeld-Lette; **Düsseldorf:** OTAS Organisation für Teppich-Absatz u. -Service-GmbH & Co. KG, Ratingen; Joachim Peter Jung (Schlosserei-Metallbau); **Essen:** Rita Adomeit geb. Corridoni; **Hamburg:** DS – Software GmbH; N & R Computer Service Hamburg GmbH; **Hamm:** Schuhhaus Fischer GmbH, Fröndenberg; Ing. Josef Schöttler; **Hannover:** Nachl. d. August Rothhagen, Hannover-Kleefeld; **Köln:** CSK Computer-Systemhaus Köln GmbH; **Ludwigsburg:** KG i. Albert Fink GmbH & Co., Hemmingen; **Osterholz-Scharmbeck:** Hinrich Schröder, Grasberg; **Nürnberg:** Heinrich Krug; RHD Video Vertriebs GmbH, Lauf; **Reutlingen:** Nachl. d. Rudolf Holder, Bad Urach; **Siegen:** Nachl. d. Helmut Walter Wißfeld, Rechtsanwalt und Notar, Neunkirchen; **Traunstein:** Wohnbau – Leitmeyr GmbH, Haslach-Oberhaid; **Verden:** Adolf Köster u. Bau.-Ing. Günter Steinau GmbH, Verden-Dauelsen; **Wesel:** Impex-Schuhe Import/Export GmbH; **Wiesbaden:** Willy Hopf GmbH & Co. Musikland KG; **Wuppertal:** Excelsior Beteiligungsges. mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bad Neuenahr-Ahrweiler: Laage und Co. GmbH, Kleiderfabrik KG, Sinzig/Rhein.

Vergleich beantragt: Celle: Herbert Runge & Sohn – Pappenfabrik – Hambühren.

AVA / Treuhand-Gesellschaft bietet Millionen-Beträge für Minderheitsbeteiligung

Hintergründe vorerst im dunkeln

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Mit großflächigen Anzeigen in der regionalen Presse macht die Dilligentia-Treuhand GmbH, Hamburg, den rund 23 000 Kleinaktionären der AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, ein interessantes Angebot. Sie erklärt sich bereit, 12 188 Inhaber-Aktien des Unternehmens im Nennwert von je 50 DM zum Stückpreis von 275 DM zu übernehmen und das unter dem freibleibenden Vorbehalt, die zu übernehmende Stückzahl noch zu erhöhen. Gleichzeitig verpflichtet sie sich, auf den genannten Kaufpreis noch eine Nachbesserung zu gewähren, falls innerhalb der nächsten 18 Monate von ihr ein noch günstigeres Angebot auf weitere Aktien unterbreitet werden sollte.

Diese Aktion hat nicht zuletzt bei der AVA selbst Erstaunen ausgelöst, wobei der genannte Preis noch am wenigsten überrascht. Die nicht an der Börse eingeführten Aktien des Handelsunternehmens werden bereits intern zum Stückpreis von 205 DM gehandelt, was in Anbetracht der Bilanzstruktur durchaus keine Überbewertung bedeutet. Die AVA AG, vor einem Jahrzehnt aus der coop-Genossenschaft Ostwestfalen hervorgegangen, hat einen steilen Aufstieg verzeichnen können.

Ihr Umsatz im Raum Ostwestfalen/Südniedersachsen stieg von 320 Mill. DM im Jahre 1975 auf 1,53 Mrd. DM im Vorjahr, auch im 1. Quartal 1985 wurde bereits wieder ein Plus von 7,7 Prozent erzielt. An diesem Erfolg konnten die Kleinaktionäre, von denen ein Viertel eigene Mitarbeiter sind, voll partizipieren. Sie erhielten nach bereits guten Ausschüttungen in den Vorjahren im letzten Jahr eine Dividende von 20 Prozent plus 8 Prozent Bonus. So ist es kein Wunder, daß auch bei Kleinanlegern die Nachfrage nach AVA-Aktien die Angebote weit überschritt.

Mit der guten Verzinsung erklärt auch die Dilligentia-Treuhand ihre Offerte. Das hinter ihr stehende Bankhaus Joh. Berenberg, Gossler & Co, Hamburg, das auch als Zahlstelle fungiert, ließ wissen, man handelte im Auftrag einer Familie, die an einer guten Kapitalanlage interessiert sei. Weitere Motive werden jedoch nicht für ausgeschlossen gehalten, obwohl die genannte Aktienzahl nur eine Beteiligung von 5 Prozent am Grundkapital der AVA bedeutet. Eine Einflußnahme auf die Geschäftspolitik des Unternehmens würde zudem noch durch die Satzung erschwert, da diese eine Begrenzung des Stimmrechts auf 1000 Anteile bindend vorschreibt.

Trotzdem läuten im Vorstand und im Aufsichtsrat die Alarmglocken. Hier sieht man sich seit der vor einigen Jahren erfolgten endgültigen Trennung von der coop-Organisation als einziges unabhängiges Verbraucherunternehmen in der Bundesrepublik. Ein Status, der auch in Zukunft gehalten werden soll. Das jetzt offenkundig gewordene Interesse kapitalkräftiger Kreise außerhalb der Region hat daher einiges an Unruhe bewirkt, zumal vorerst keine Klarheiten über die Hintergründe erkennbar sind. „Die werden wir wohl erst Anfang August auf unserer nächsten Hauptversammlung bekommen", meint AVS-Vorstandssprecher Wilfried Stein, der derzeit auch nur auf Vermutungen angewiesen ist.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Erfreuliche Entwicklung

INGE ADHAM, Frankfurt

„In jeder Hinsicht erfreulich", nennt der Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt, den Abschluß 1984. Die bundeseigene Entwicklungsbank für die deutsche Wirtschaft und die Entwicklungsländer konnte im vergangenen Jahr beim Betriebsergebnis nochmals mit einem Plus von 33 (30,1) Prozent auf 249,6 (188,1) Mill. DM kräftig zulegen. Dafür sorgte vor allem ein um 29 Prozent gesteigerter Zinsüberschuß, was vor allem aus der zunehmenden Tilgung von in Hochzinsjahren teuer refinanzierten niedrig verzinslichen Krediten resultiert.

Das Betriebsergebnis reichte aus, Pauschalwertberichtigungen für Länderrisiken mit 104 Mill. DM und damit ausreichend zu dotieren und auch, wo notwendig, entsprechende Einzelwertberichtigungen zu bilden. So hat die KfW das Kupfer-Goldprojekt Ok Tedi, wo sie mit 24 Mill. DM in vollem Obligo steht, voll wertberichtigt, „aber in der Hoffnung, das nicht zu brauchen", wie betont wurde.

Nach Einstellung von 12,6 Mill. DM in die Rücklage des ERP-Sondervermögens zeigt die Bank 109 (65,5) Mill. DM Jahresüberschuß. Damit und mit der letzten Tranche der Kapitalzuführung durch den Bund machen die Eigenmittel 2,9 (2,8) Prozent der um 8 Prozent auf 78,5 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme aus.

Die Kreditanstalt sagte im vergangenen Jahr insgesamt 16,3 (15,7) Mrd. DM Kredit, Avale und Zuschüsse zu, davon entfielen 12,6 (13,1) Mrd. DM auf die deutsche Wirtschaft, einschließlich 6,1 (6,7) Mrd. DM Investitionskredite, von denen 3,3 Mrd. DM aus Eigenmitteln zinsverbilligt wurden. Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit wurden 3,6 (2,2) Mrd. DM zugesagt.

Ausgezahlt wurden wie im Vorjahr 11,3 Mrd. DM, davon wurden 62 (58) Prozent aus KfW-Mitteln refinanziert (Rest öffentliche Mittel). Mit der Refinanzierung der mit 6,3 (5) Mrd. DM bisher höchsten Mittelaufnahme hatte die KfW keine Probleme, der größte Teil wurde über Schuldscheindarlehen beschafft. Zunehmend will die Bank aber auch als Daueremittent von Inhaberschuldverschreibungen antreten.

BREMER WOLLE / Brandschäden sind versichert

Kapazitäten voll ausgelastet

JAN BRECH, Hamburg

Die Bremer Woll-Kämmerei AG hat im Berichtsjahr 1984 Umsatz und Ertrag wesentlich gesteigert. Bei voll ausgelasteten Kapazitäten sind, wie es im Geschäftsbericht heißt, die Produkte zügig abgeflossen. Die Vorräte an Fertigerzeugnissen blieben auf niedrigem Niveau. Der höhere Mengendurchsatz, ein gestiegener Anteil der Eigenverarbeitung sowie Verteuerungen bei Rohstoffen führte bei der Bremer Wolle zu einer Ausweitung des Umsatzes um 51 Prozent auf 280 Mill. DM. Davon gingen gut 48 Prozent in den Export.

Überdurchschnittlich war das Wachstum in der Wollverkämmung; bei der Chemiefaserverarbeitung gewann das Eigengeschäft weiter an Bedeutung. Mischkammzüge aus Chemiefasern und Naturfasern sowie teurere Edelhaarimitationen waren im In- und Ausland besser gefragt, heißt es im Geschäftsbericht. Bei Wollfett habe die lebhafte Nachfrage zu steigenden Preisen geführt. Die erheblichen Lagerbestände seien restlos geräumt worden. Als Jahresüberschuß weist die Bremer Wolle mit 4,2 Mill. DM einen gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelten Gewinn aus.

Davon werden 1,4 Mill. DM der Rücklage zugeführt, der Rest von 2,8 Mill. DM wird für eine von 12 auf 14 Prozent erhöhte Dividende verwendet. Am Grundkapital von 20 Mill. DM ist die Norddeutsche Affinerie AG, Hamburg, mit mehr als einer Schachtel beteiligt. Das Kapital, so wird der Hauptversammlung am 20. Juni vorgeschlagen, soll nominal um 2 Mill. DM zum Kurs von 100 DM je 50-DM-Aktie aufgestockt werden.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres wird überschattet durch den Brand in einem Produktions- und Lagergebäude. Durch Versicherungsschutz für Anlagen und Vorräte sowie für Betriebsunterbrechung werden aber keine nachteiligen Auswirkungen auf das Ergebnis erwartet. Die übrigen Anlagen sind nach Angaben der Verwaltung bei lebhafter Nachfrage voll ausgelastet.

ENERGIE-VERSORGUNG SCHWABEN

Eigenerzeugung gestiegen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Weitere Kraftwerksleistung benötigt die Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS), Stuttgart, einer der großen Stromversorger im Südwesten, nach eigener Einschätzung erst zur Mitte des nächsten Jahrzehnts. Zwar lägen, so EVS-Vorstandsvorsitzender Peter F. Heidinger, die Zuwachsraten bei der Stromabnahme des Jahres 1984 und der ersten Monate dieses Jahres deutlich über jenen Zahlen der angenommenen Verbrauchsentwicklung, die 1983 zu einer Verschiebung der Bauentscheidung über das (bei der dortigen Bevölkerung auf Widerstand gestoßene) Kernkraftwerk Wyhl geführt hatten.

Statistisch seien die Zahlen jedoch durch das Schaltjahr und die extrem kalte Witterung überhöht. Die bereinigten Wachstumsraten seien bescheidener. Andererseits gebe es aber auch, wie sich zur Zeit höchster winterlicher Netzbelastung gezeigt habe, keine Überkapazitäten bei der EVS. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres nahm der Stromverbrauch im Stammgebiet der EVS um 6,6 Prozent zu, bei den Tarifkunden lag der Anstieg sogar bei 8,3 Prozent. Wegen geringerer Liefermöglichkeiten in das Verbundnetz ging die gesamte Stromabgabe der EVS allerdings um 1,6 Prozent zurück. Für das Gesamtjahr rechnet die EVS mit einem Anstieg des Stromverbrauchs im eigenen Versorgungsgebiet um 4,6 Prozent.

Im Geschäftsjahr 1984 erhöhte sich der Stromverbrauch bei den Tarifkunden um 5,5 Prozent. Insgesamt stieg die Stromabgabe der EVS um 5,9 Prozent auf 16,1 Milliarden kWh. Der Eigenerzeugungsanteil nahm auf 47 (39) Prozent zu. Mit der Fertigstellung des Blocks 7 im Steinkohlekraftwerk Heilbronn wird der Eigenerzeugungsanteil – Ende des Berichtsjahres ging der Block 2 des Kernkraftwerks Philippsburg in Betrieb – auf 75 Prozent zunehmen. Ziel der EVS ist die 80-Prozent-Marke.

Aus dem Verkauf von Strom und Fernwärme erlöste die EVS im Berichtsjahr 2,66 Milliarden DM (plus 7,8 Prozent). Das betriebswirtschaftliche Ergebnis lag leicht unter dem Vorjahr.

Bedingt durch Erträge im außerordentlichen Bereich stieg der Jahresüberschuß um 3,4 Prozent auf 51,2 Mill. DM. Auf 450 Mill. DM alte Aktien und (zeitanteilig) auf 50 Mill. DM junge Aktien werden unverändert 10 Prozent Dividende gezahlt. Investiert hat die EVS insgesamt 611 (677) Mill. DM.

Veba gibt Sparte Düngemittel ab

dpa/VWD, Marl

Die beiden Veba-Töchter Chemische Werke Hüls AG und VEBA Oel AG haben sich, wie bereits länger beabsichtigt, von ihrem Produktionszweig Düngemittel getrennt und ihn an den norwegischen Konzern Norsk Hydro A.S. verkauft. Wie es in einer Mitteilung heißt, werde Norsk Hydro die Herstellung und den Vertrieb von Düngern, Futtermitteln und anderen Stickstoff-Produkten übernehmen. Die 1 500 Arbeitsplätze sollen erhalten bleiben.

Die in den vergangene Jahren immer weiter in die roten Zahlen abgerutschte Düngemittel-Produktion kam im vergangenen Geschäftsjahr innerhalb der Hüls-Gruppe noch auf einen Umsatz von 560 Mill. DM und galt als größtes Hindernis in der langfristigen Konsolidierungs-Strategie des Chemie-Konzerns. Den Verkauf wertet die Hüls AG als den wichtigen Schritt bei der angestrebten Ausdünnung „rohstoff- und energiereicher Produktlinien". Die Norsk Hydro ist mit Produktionsstätten in Norwegen, Dänemark, Schweden, Großbritannien und den Niederlanden einer der größten Düngemittel-Hersteller Europas. Über die Preiskonditionen des Verkaufs wurden noch keine Angaben gemacht.

Hans Zopp verläßt Bertelsmann

dos. Gütersloh

Hans Zopp (49), seit 1973 Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG und zuständig für den Bereich Buch- und Schallplattenclubs, trennt sich von dem Medien-Konzern. In einer Mitteilung heißt es, „unterschiedliche Auffassungen zu den Grundlagen des Geschäftskonzeptes und zu Führungsfragen" hätten zu der einvernehmlichen Entscheidung geführt, den Vertrag nicht über den 30. Juni 1985 hinaus zu verlängern. Zopps Nachfolger wird Walter Gerstgrasser, der den französischen Buchclub France Loisirs leitet. Frank Wössner, Bruder des Bertelsmann-Vorstandsvorsitzenden Mark und bisher Vorstandsmitglied der R & V Allgemeine Versicherung AG, wird zum 1. Juli neuer Bereichsvorstand „Deutschsprachige Buchclubs".

NAMEN

Dr. Wolfgang Klüpfel, Verbandsvorsteher des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes, Mannheim, vollendet am 30. Mai das 60. Lebensjahr.

Hans Hösle, Direktor der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG, München, wurde mit Wirkung vom 1. Juni 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des Instituts berufen. **Heinz Neum**, stellvertretendes Vorstandsmitglied, ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Klaus Efinger ist als Partner in die Personalberatungssozietät Dr. Peter Schulz & Partner, Königstein/Taunus, eingetreten.

Dr. **Jens-Uwe Mohr**, zuletzt als Geschäftsführer von Hoechst in Nigeria tätig, wurde als Nachfolger von **Hans-Peter Bury** zum Vorstandsmitglied der Riedel-de Haën AG berufen.

Karlheinz Rebscher, bislang Product Manager für Pkw-Reifen der Deutschen Goodyear, wurde zum Geschäftsführer der Reifenfachhandelskette Josef Kempen GmbH, Köln, bestellt. Er ist Nachfolger von **Klaus Giese**, der bei der Deutschen Goodyear die Position des Marketing Direktors übernahm.

Günter Wolf (35) übernimmt als National Sales Manager die Führung des Verkaufs bei TNT Skypak Internationale Kurierdienste GmbH, Frankfurt, für Deutschland und Österreich.

Karl Nachbar (51), übernimmt die Leitung der Nutzfahrzeugentwicklung der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg. Er ist Nachfolger von **Gustav Mayer**, der aus Altersgründen ausscheidet.

Bundesanleihen

Renten in Wartestellung

Auf dem Rentenmarkt waren die Aktivitäten gering. Man will die Entwicklung in den USA abwarten. Sie hängt vornehmlich auch davon ab, ob es dort zu massiven Steuersenkungen kommt. Am Mittwoch lagen die öffentlichen Anleihen überwiegend geringfügig fester. Mit einiger Sorge sieht man der kommenden Bundesanleihe entgegen, weil befürchtet wird, daß sich nunmehr auch der Bund zu längeren Laufzeiten entschließen könnte. Die 12jährige siebenprozentige Postanleihe wurde erstmals offiziell zu 100 Prozent notiert.

M	7 dgl. 99 20	100,5G	100,5G
B	6 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
B	6 dgl. Pf 84	91,25G	91,25G
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn	7½ dgl. Pf 82	101,5G	101,5G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	8 dgl. Pf 84	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	84G	84G

D	6 dgl. Pf 38	90G	90G
D	6½ dgl. Pf 67	90G	90G
D	6½ dgl. KO 3+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
B	6 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
B	5½ dgl. Pf 109	77G	77G
B	7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G
B	7 dgl. Pf 128	97G	97G
B	8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
H	6 dgl. KS 77	86G	86G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	6½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	-	-
Br	5½ dgl. Pf 45	90,25G	90,25G
Br	6 dgl. Pf 56	85,4G	85,4G

F	7½ Karstadt 71	100,25	100,25G
F	7½ Kaufhof 77	100,25T	100,25T
F	7½ dgl. 71	100,5T	100,5T
F	7½ dgl. 76	100,5T	100,5T
F	7½ Klöckner W. 77	100,25G	100,25G
F	8 dgl. 77	100,6G	100,7G
F	6 NWK 61	99,8G	99,8G
F	6 dgl. 62	98,65G	98,65G
F	6 Ob.Don.Kwk. 84	98,5T	98,5T
F	6 Rh.Braw. 65	97,6T	97,75T
F	6 dgl. 65	99,5G	97,75G
F	6 RWE 65	99	97,25T
F	6 dgl. 65	97,6bG	97,6T
F	7½ dgl. 77	100,25G	100,25G
F	7 dgl. 77	100G	100G
F	6 Rh.-M.-Don. 62	99,8G	99,8G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldverschreibung, IS = Industrieschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr); B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländische Emittenten.

LEO HABIG

* 19. 6. 1890 in Herdecke — † 23. 5. 1985 in Wankum

Mein geliebter Vater, Schwiegervater, unser gütiger Großvater und Urgroßvater ist nach einem erfüllten Leben von uns gegangen.

In Dankbarkeit trauern wir um ihn.

Doris Kemper geb. Habig
Eberhard Kemper
Alexandra v. Lützow geb. Kemper
Hans-Henning v. Lützow
Hubertus Kemper
Andrea Kemper geb. Proenen
mit Friederike
Ariane Widdau geb. Kemper
Dr. Peter Widdau

Essen-Bredeney, Brucker Holt 5

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

NACHRUF

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, davon Kenntnis zu geben, daß Herr

Leo Habig

Vorsitzender des Aufsichtsrates i. R.

am 22. Mai im 95. Lebensjahr verstorben ist.

Fast 50 Jahre war Herr Habig als Vorsitzender unseres Aufsichtsrates tätig und hat uns auch in schweren Zeiten mit seinem wertvollen Rat zur Seite gestanden. Im Jahre 1971 trat Herr Habig in den Ruhestand.

Auch nach seinem Ausscheiden galt das Interesse von Herrn Habig der Weiterentwicklung unseres Unternehmens.

Das Andenken an Herrn Habig, der in unserem Kreis unvergessen bleibt, werden wir stets in hohen Ehren halten.

WESTFALIA SEPARATOR AG
Aufsichtsrat, Vorstand, Mitarbeiter und Betriebsrat

Oelde, den 30. Mai 1985

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Tief bewegt nehmen wir Abschied von dem langjährigen Vorsitzenden unserer Geschäftsleitung. Am 24. Mai 1985 starb unerwartet im Alter von 72 Jahren

Dr.-Ing. Helmut Steinmann

Träger des Großen Verdienstkreuzes
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Ehrensenator der Universität Stuttgart

Herr Dr. Steinmann war eine Unternehmerpersönlichkeit von hohem Rang. Er hat sich durch Ideenreichtum, unermüdliche Schaffenskraft und Dynamik große Verdienste um die erfolgreiche Entwicklung unseres Unternehmens erworben. Seine außerordentlichen fachlichen und menschlichen Qualitäten brachten ihm innerhalb und außerhalb unseres Hauses hohes Ansehen.

Wir werden ihm stets ein ehrendes und dankbares Gedenken bewahren.

Gesellschafter, Verwaltungsrat,
Geschäftsleitung und Belegschaft der Firma

WERNER & PFLEIDERER

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.

Meine geliebte Frau, unsere gute Mutter und Großmutter, unsere Schwägerin und Tante

Charlotte Adams

geb. Thill

* 5. 6. 1914 † 20. 5. 1985

ist nach langer, geduldig ertragener, schwerer Krankheit in Gottes Frieden heimgegangen.

In stiller Trauer
Erwin Adams
Dr. Peter und Roberta Adams
mit Karin, Kirstin, Leo
und Charlotte
Paul M. und Sabine Adams
mit Martin
Elsbeth Adams
Marthe Thill und Familie

Hamburg 52
Liebermannstraße 9 A

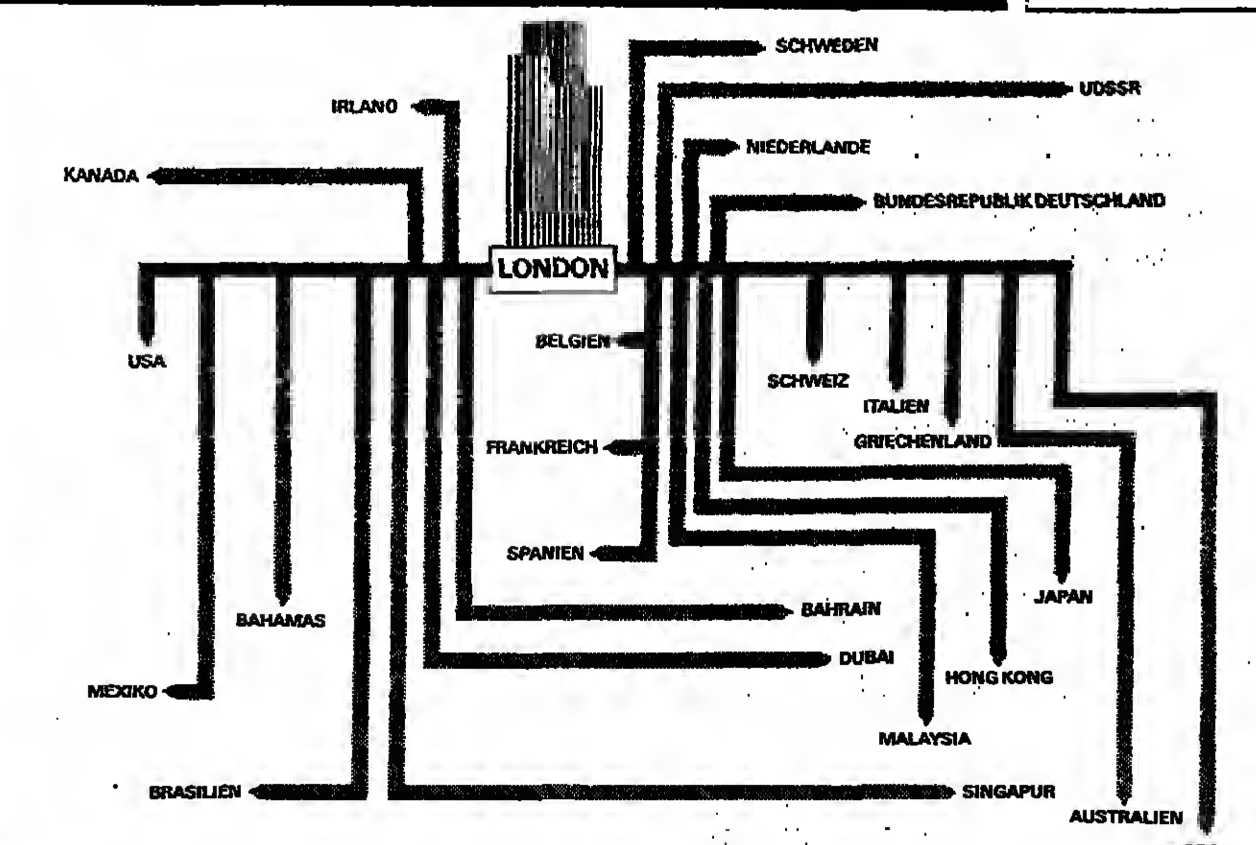
Wir haben im Familienkreise Abschied genommen.

Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104





Warenpreise – Termine

Mit kräftigen Verlusten schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee schwächer notierte, schloß Kakao in engen Grenzen uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 5.	24. 5.
Juli	312,75	316,50
Sept.	315,50	319,50
Dez.	326,00	330,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	28. 5.	23. 5.
St. Lawrence 1 CW	241,79	241,94
Amber Durum	235,44	236,48

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	122,80	123,16
Juli	125,30	126,00
Okt.	131,00	131,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	118,50	119,90
Juli	116,70	120,00
Okt.	112,00	115,80

Hafer Chicago (c/bush)	28. 5.	24. 5.
Juli	150,00	152,50
Sept.	149,50	152,00
Dez.	154,25	-

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	272,00	274,25
Sept.	257,25	261,00
Dez.	253,00	258,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 5.	23. 5.
Mai	129,50	135,80
Juli	127,90	129,00
Okt.	118,30	119,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28. 5.	24. 5.
Terminkontr. Juli	144,60	146,80
Sept.	145,70	147,00
Dez.	145,25	146,40

Kakao New York ($/t)	28. 5.	24. 5.
Terminkontr. Juli	2070	2083
Sept.	2058	2068
Dez.	2040	2036
Umsatz	2667	-

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,01	3,08
Sept.	3,17	3,21
Okt.	3,30	3,39
Jan.	3,67	4,25
März	4,16	4,42
Umsatz	5550	-

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	28. 5.	24. 5.
	-	2,79

Kaffee London (£/t) Robusta-	28. 5.	24. 5.
Kontrakt Mai	2052–2055	2054–2058
Juli	2090–2095	2093–2096
Sept.	2135–2138	2137–2138
Umsatz	1206	2148

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1775–1780	1767–1774
Juli	1795–1787	1796–1798
Sept.	1786–1787	1786–1787
Umsatz	2030	2145

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	95,40–96,20	96,80–96,80
Okt.	98,80–99,00	99,60–99,80
Dez.	104,60–105,00	105,60–106,60
Umsatz	1660	2187

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 5.	24. 5.
schw. Sarawak spez.	740,00	740,00
weißer Sarawak	880,00	880,00
weißer Muntok	870,00	870,00

Orangensaft New York (c/lb)	28. 5.	23. 5.
Mai	141,00	144,00
Juli	139,00	143,00
Sept.	138,40	142,00
Nov.	138,40	141,65
Jan.	138,50	141,65
Umsatz	300	450

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	28. 5.	23. 5.
Südstaaten fob Werk	-	44,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	30,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	30,07	30,77
Juli	28,67	28,47
Aug.	28,00	28,48
Sept.	27,00	27,57
Okt.	26,15	26,25
Dez.	25,75	26,25
Jan.	25,35	-

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	-	33,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	-	19,50
Choice white hog 4% fr. F.	-	18,00

Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	18,75
fancy	geschl.	18,25
bleichfähig	geschl.	18,75
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	15,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,80	48,55
Juli	51,50	51,00
Aug.	51,12	50,52

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,50	66,02
Juli	65,45	65,95
Aug.	72,90	73,25

Rinder Chicago (c/lb)	28. 5.	23. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,50	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	556,50	588,75
Aug.	555,25	568,50
Sept.	553,50	588,00
Nov.	560,50	575,00
Jan.	571,25	584,75
März	582,00	595,00
Mai	589,00	-

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	118,20	120,90
Aug.	121,20	123,90
Sept.	124,00	126,80
Okt.	126,80	129,80
Dez.	132,50	135,20
Jan.	135,00	138,20
März	140,00	-

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 5.	23. 5.
Mai	344,00	360,80
Juli	342,70	361,40
Okt.	349,30	365,30

Kokosöl New York (c/lb)	28. 5.	23. 5.
Westküste fob Werk	-	38,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	29. 5.	28. 5.
jegl. Herk. cif	1020,00	1040,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	710,00	720,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	510,00	505,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	216,50	224,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	640,00	650,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	284,00	-

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	28. 5.	24. 5.
Juli	63,16	63,92
Okt.	62,20	62,98
Dez.	62,32	63,05
März	63,35	64,16
Mai	63,80	-
Juli	64,00	-

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	-	-

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	28. 5.	24. 5.
Mai	500–515	-
Aug.	532–534	532–535
Okt.	530–534	532–534
Umsatz	20	31

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	28. 5.	24. 5.
Mai	55,50	55,50
Juli	55,60	55,80
Okt.	55,70	55,70
Dez.	56,10	56,15
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 5.	24. 5.
Juli	630,00–634,00	627,00–632,00
Okt.	625,00–627,00	620,00–632,00
Dez.	631,00–632,00	624,00–626,00
Umsatz	12	11

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 5.	24. 5.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 5.	24. 5.
Mai	12 078	12 010
Juni	12 075	12 080

Kautschuk London (p/kg)	28. 5.	24. 5.
Nr. 1 RSS loco	64,00–67,00	63,00–66,00
Juni	70,00–72,50	69,00–71,50
Juli	71,00–73,50	70,00–72,50
Aug.	-	71,00–73,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 5.	24. 5.
Juni	unverh.	194,00–194,50
Juli	unverh.	193,25–194,00
Nr. 2 RSS Juni	unverh.	193,00–194,00
Nr. 3 RSS Juni	unverh.	190,50–191,50
Nr. 4 RSS Juni	unverh.	185,00–186,00
Tendenz: –		

Jute London (£/lgt)	24. 5.	23. 5.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–). BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	29. 5.	28. 5.
Aluminium: Bas. London:		
laufend. Monat	332,32–332,72	340,60–340,99
drittfolg. Monat	341,91–342,10	349,59–349,78
Blei: Basis London		
laufend. Monat	115,99–116,19	115,23–115,62
drittfolg. Monat	118,34–118,53	117,18–117,38
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1759,44–1760,40	1730,36–1732,31
drittfolg. Monat	1749,66–1750,62	1719,56–1723,95
Zink: Basis London		
laufend. Monat	241,37–241,76	237,46–237,88
drittfolg. Monat	244,11–244,30	241,00–241,39
Produz.-Preis	289,51	-
Reinzinn 99,9%	4053–4093	4030–4070

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 5.	28. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)* 1	471,96–475,31	478,48–481,80
Blei in Kabeln	123,75–124,75	123,00–124,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.

Messingnotierungen

	29. 5.	28. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	425–436	429–440
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	474–482	474–480
MS 63	463–481	480–486

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	24. 5.	23. 5.
(Ring./kg)	29,36	29,30

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 5.	28. 5.
Leg. 225	378–385	378–385
Leg. 226	380–387	380–387
Leg. 231	410–420	410–420
Leg. 233	420–430	420–430

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	29. 5.	28. 5.
Platin (DM je g)	28,70	29,308
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	31 580	31 850
Rücknahmepr.	30 840	31 110
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 780	32 070
Rücknahmepr.	30 980	31 260
verarbeitet	33 340	33 640
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 160	31 415
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	615,80	626,50
Rücknahmepr.	597,60	608,20
verarbeitet	642,70	654,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	29. 5.	28. 5.
10.30	311,20	313,90
15.00	312,00	311,25
Zürich mittags	311,10–311,60	313,75–314,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 950	95 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	477,80	487,20
3 Monate	492,80	502,45
6 Monate	507,70	517,55
12 Monate	534,65	545,10
Platin (£-Feinunze) London	24. 5.	23. 5.
fr. Markt	212,95	216,20
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	80,85	83,90

New Yorker Preise	28. 5.	24. 5.
Gold H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Silber H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	257,00–259,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	101,00–102,00	[illegible]
Produz.-Preis	150,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Mai	593,00	[illegible]
Juni	599,40	[illegible]
Juli	602,00	[illegible]
Sept.	609,00	[illegible]
Dez.	627,00	[illegible]
Jan.	[illegible]	-
März	635,00	-
Umsatz	[illegible]	-

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 5.	23. 5.
Mai	[illegible]	[illegible]
Juni	[illegible]	[illegible]
Juli	61,95	[illegible]
Sept.	62,80	[illegible]
Dez.	63,50	[illegible]
Jan.	63,95	[illegible]
März	64,40	[illegible]
Umsatz	-	[illegible]

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	29. 5.	28. 5.
Kasse	849,50–850,50	[illegible]
3 Monate	874,00–874,50	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	296,50–297,00	[illegible]
3 Monate	302,50–303,00	[illegible]
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1195,5–1196,5	[illegible]
3 Monate	1134,5–1135,0	[illegible]
abends Kasse	-	[illegible]
3 Monate	-	[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber $/Fl 1	-	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)		[illegible]

FINANZANZEIGEN

Peine+Salzgitter

Ihr Partner für Stahl

Bilanz zum 30. 9. 1984

(Kurzfassung)	TDM
Aktiva	
Sachanlagen	965.567
Finanzanlagen	93.586
Anlagevermögen	1.059.153
Vorräte	528.757
Forderungen	525.527
Flüssige Mittel	1.752
Umlaufvermögen	1.056.036
Rechnungsabgrenzungsposten	2.006
Bilanzverlust	144.453
	2.261.648
Passiva	
Grundkapital	312.000
Offene Rücklagen	443.563
Eigenkapital	755.563
Langfristige Rückstellungen	565.066
Langfristige Verbindlichkeiten	303.440
Übrige Verbindlichkeiten	637.579
Fremdkapital	1.506.085
	2.261.648

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. 10. 1983 bis zum 30. 9. 1984

(Kurzfassung)	TDM
Umsatzerlöse	2.602.002
Bestandsveränderungen bei Erzeugnissen	+ 17.966
Andere aktivierte Eigenleistungen	12.115
Gesamtleistung	2.632.083
Materialaufwendungen und Wareneinsatz	1.503.237
Rohertrag	1.128.846
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und Beteiligungen	34.808
Zinserträge	4.372
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	28.725
Übrige Erträge	206.369
	1.403.120
Personalaufwendungen	1.009.342
Abschreibungen auf Sachanlagen	211.042
Zinsaufwendungen	29.257
Steuern	9.355
Übrige Aufwendungen	288.577
Bilanzverlust	144.453

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG

Der vollständige Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1983/84 ist mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehen und wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Industrie-Pensions-Verein e. V. Köln – Varel

Die Mitglieder unseres Vereins werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 27. Juni 1985, 15.00 Uhr, in Köln, im Haus der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., Gustav-Heinemann-Ufer 72, Blauer Saal, stattfindenden

Mitgliederversammlung

eingeladen.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung 1984
2. Jahresbericht des Verwaltungsrates
3. Geschäftsentwicklung
4. Rechnungslegung
5. Entlastung des Vorstandes und des Verwaltungsrates
6. Verwaltungsratswahlen
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1:
Es wird vorgeschlagen, die Niederschrift zu genehmigen.

Zu Punkt 2 bis 4:
Es wird vorgeschlagen, Berichte und Rechnungslegung zu genehmigen.

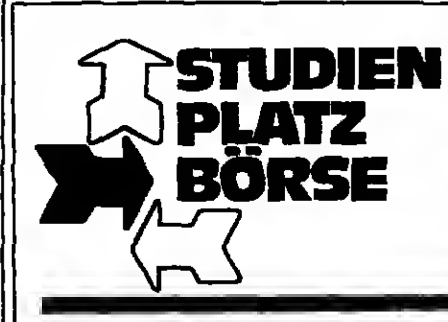
Zu Punkt 5:
Es wird Entlastung vorgeschlagen.

Zu Punkt 6:
Turnusmäßig scheiden die Herren Dr. Horatz, Hamburg, Bellwinkel, Düsseldorf, Dr. Braun, Berlin, van Delden, Ahaus, Dr. Gassner, Nürnberg, und Dr. Wilms, Bonn, aus dem Verwaltungsrat aus. An Stelle von Herrn Dr. Wilms wird Herr Dr. Goujet, Bonn, zur Neuwahl, die übrigen Herren zur Wiederwahl vorgeschlagen.

Köln/Varel, 30. Mai 1985

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates — Dr. Doetsch

Der Vorstand — Bäumer, Oberbörsch



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin, 2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Bonn
2 Bochum	Freiburg
3 Bochum	Heidelberg
4 Bochum	Hamburg
5 Bochum	Münster
6 Bochum	TU München
7 Bochum	Uni München
8 Bochum	Regensburg
9 Bochum	Tübingen
10 Bochum	Ulm
11 Düsseldorf	Hamburg
12 Düsseldorf	Münster
13 Frankfurt	Heidelberg
14 Frankfurt	Mainz
15 Gießen	Würzburg
16 Hannover	Erlangen
17 Hannover	Uni München
18 Hannover	Würzburg
19 Heidelberg	Uni München
20 Marburg	Freiburg
21 Marburg	Heidelberg
22 Marburg	Mainz
23 Saarbrücken	Düsseldorf
24 Saarbrücken	Erlangen
25 Saarbrücken	Freiburg
26 Saarbrücken	Heidelberg
27 Saarbrücken	Münster
28 Saarbr.	TU München
29 Saarbr.	Uni München
30 Saarbrücken	Tübingen
31 Ulm	Tübingen

Humanmedizin, 2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Frankfurt
2 Aachen	Freiburg
3 Aachen	Hamburg
4 Aachen	Uni Kiel
5 Bochum	Aachen
6 Bochum	Bonn
7 Bochum	Freiburg
8 Bochum	Heidelberg
9 Bochum	Köln
10 Bochum	Marburg
11 Bochum	Mainz
12 Bochum	Regensburg
13 Bochum	Tübingen
14 Bochum	Würzburg
15 FU Berlin	Heidelberg
16 Düsseldorf	Münster
17 Essen	Frankfurt
18 Essen	Uni Kiel
19 Gießen	Bonn
20 Gießen	Köln
21 Göttingen	Düsseldorf
22 Hamburg	Tübingen
23 Lübeck	TU München
24 Lübeck	Uni München
25 Uni Kiel	Erlangen
26 Uni Kiel	Hamburg
27 Uni Kiel	Mainz
28 Uni Kiel	Würzburg
29 Mainz	Würzburg
30 Saarbrücken	Freiburg
31 Saarbrücken	Gießen
32 Saarbrücken	Heidelberg
33 Saarbrücken	Tübingen
34 Saarbrücken	Würzburg
35 Ulm	Tübingen

Humanmedizin, 3. klin. Semester

von	nach
1 Bonn	Düsseldorf
2 Bonn	Lübeck
3 Düsseldorf	Essen
4 Gießen	Münster
5 Gießen	Uni München
6 Lübeck	Hannover
7 Münster	Hannover
8 Münster	Uni München
9 Würzburg	Uni München

Humanmedizin, 5. klin. Semester

von	nach
1 Aachen	FU Berlin
2 Bonn	FU Berlin
3 Bonn	Heidelberg
4 Düsseldorf	Aachen
5 Düsseldorf	Frankfurt
6 Frankfurt	Freiburg
7 Freiburg	Tübingen
8 Gießen	Heidelberg
9 Gießen	Tübingen
10 Gießen	Ulm
11 Heidelberg	Hamburg
12 Marburg	Freiburg
13 Marburg	Heidelberg
14 Marburg	Tübingen
15 Mainz	Uni München
16 Tübingen	Mainz

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz
Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.

① Oldenburg
② Dinklage
③ Cuxhaven
④ Höxter
⑤ Heidelberg
⑥ Bad Windsheim
⑦ Willingen
⑧ Santhofen
⑨ Goslar
⑩ Hamburg
⑪ Bad Dürkheim
⑫ Hodenhagen
⑬ Bad Bramstedt
⑭ Rosenthal
⑮ Ulrichstein
⑯ Ansbach
⑰ Augsburg
⑱ Jesteburg
⑲ Schneverdingen
⑳ Hermannsburg
㉑ Sasbachwalden
㉒ Brakel
㉓ Bodenmais
㉔ Siegen
㉕ Weil
㉖ Lindau

Aktien wieder freundlicher

Banken und Chemiewerte lebhaft gesucht

DW. – Nach den Pfingstfeiertagen lief das Aktiengeschäft am Mittwoch wieder lebhafter. Dazu trugen Kaufaufträge aus dem Ausland bei. Sie konzentrierten sich diesmal auf Chemieaktien. Die Hoffnung auf Zinssenkung sowie Sondersituationen lenkten das Interesse inländischer Gruppen auf Bankaktien, wo es ebenfalls zu deutlichen Kurssteigerungen kam. Als neuer Marktfaktor gewinnt zunehmend die Vermutung auf Einführung von Konjunkturförderungsmaßnahmen an Gewicht. Das wirkt sich positiv auf die Bauwerte aus.

Im Mittelpunkt des Bankenmarktes standen die Papiere der Deutschen Bank. Dafür sorgten die schon seit einigen Tagen kursierenden Gerüchte über angebliche Pläne, die ähnlich wie bei der Allianz Versicherung eine Realteilung der Bank zum Ziele haben sollen. Die dann im Bankgeschäft gewonnene Beweglichkeit würde sich auch positiv für die Aktionäre auswirken. Commerzbank-Aktien profitierten von den jetzt angebotenen Bezugsrechten auf Genußrechte, für die jetzt schon reges Interesse besteht. Rege Nachfrage kam im Verlaufe für Mannesmann auf. Allmählich scheint man die auf vier DM belassene Dividende zu verschmerzen. In den Hintergrund gedrängt wurden Autoaktien, wo Glattstellungen für weichende Kurse sorgten.

Frankfurt: Commerzbank verbesserten sich um 5 DM. Strabag stockten um 13 DM und Siemens um 4,10 DM auf. Cassella stockten 12 DM auf. Für Mainzer Aktienbrauerei Vz. wurden 10 DM weniger gezahlt.

Düsseldorf: Gildemeister wurden um 3,90 DM und Concordia Chemie um 5 DM zurückgenommen. Je 10 DM gaben Aseag, Kromschröder und Ver. Rumpus ab, 18 DM Rheag. Verseidag steigerten sich um 3 DM. Agrippina erhöhten um 20 DM.

Hamburg: Hapag Lloyd stockten um 4,50 DM auf. Beiersdorf fielen um 2 DM zurück. HEW erhöhten um 0,40 DM und NWK-Vz. um 0,40 DM, sowie Phoenix Gummi um 0,50 DM. Holsten Brauerei gingen mit 126 DM aus dem Markt.

Berlin: DeTeWe wurden um 3,50 DM und Schering um 3 DM heraufgesetzt. Herlitz St. erholten sich um 1,50 DM. Rheinmetall schwächten sich um 5 DM und Lehmann um 3 DM ab. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 2 DM und Berthold um 1,50 DM.

München: Aigner erhöhten um 10 DM und Bay. Hartstein um 20 DM. Flachglas stockten um 4,50 DM und Gehe AG um 8 DM auf. Leonische Draht verbesserten sich um 10 DM, Niederm. Papier um 10 DM. Heilit verloren 5 DM.

Stuttgart: Heidelberger Zement verbesserten sich um 10 DM und DLW um 7 DM. WMF Vz. zogen um 3,90 DM an. Zeag Zement gaben um 5,50 DM und Daimler um 4 DM nach. IWKA fielen um 3 DM zurück. Porsche verloren 5 DM. Württembergische Cattun waren bei 580 DM gefragt.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 188,6 (187,4)
WELT-Umsatzindex: 5550 (5410)

Optionshandel

... 7-250/6,2, 7-360/4, 10-210/30,4, Alcan 7-50/3,3, 10-80/6,5, 1-85/5,7, Chrysler 7-100/12, 10-120/6, General Motors 20-220/12, 10-240/6,05, 1-940/8, Philips 10-50/3,5, 1-50/5,8, 1-60/2,8, Xerox 2-150/1,5, Verkaufsoptionen: AEG 7-120/1,5, 10-128/2,4, 7-130/4,8, BASF 10-200/2, 1-210/3,5, Bayer 7-220/1,5, 10-220/1,4, 1-210/2,5, 1-220/3, BMW 7-370/4,2, 7-380/5, 10-380/6,4, 7-340/4, 7-350/7,5, Commerzbk. 7-190/2,9, 10-180/2,2, Conti 1-130/2,2, Daimler 10-720/5, 10-750/16, 1-680/4, Deutsche Bk. 7-480/2,1, 10-470/5, 10-480/8, 10-500/10, 7-460/12, Dresdner Bk. 7-220/2,4, 10-230/5, 1-270/4,35, 1-220/6,5, GHH St. 1-140/2,4, Hoechst 7-220/1, 7-230/3, 10-220/2, 1-220/4, 1-230/5,5, Hoesch 7-110/2,8, Kaufhof 20-230/4, 10-230/5, Klöckner 10-70/4, Linde 10-440/7,4, Mannesmann 7-180/3,3, 10-180/4, Nixdorf 7-590/5, Siemens 7-540/2,5, 7-550/6, 10-530/5, 7-520/6,6, 7-530/5, 7-540/10,5, Thyssen 7-100/1, 20-100/1,5, 1-100/2,9, Veba 10-180/1, 1-180/2, 1-190/3,4, VW 20-230/3, 10-240/6,5, 7-200/0,80, 1-210/1,8, 1-220/2, 1-230/5, 1-240/10, Litton 7-230/10, Xerox 1-140/5,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 5. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝– 7¾	5⅜–5½	5¼–5⅜
3 Monate	7⅞– 8	5½–5⅝	5¼–5⅜
6 Monate	8 – 8⅛	5⅝–5¾	5¼–5½
12 Monate	8½– 8⅝	5⅝–5¾	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1440,00	1824,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	658,05
1 £ Sovereign alt	221,50	275,31
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,15	274,46
20 belgische Franken	171,50	224,02
10 Rubel Tscherwonez	232,25	292,13
2 südafrikanische Rand	217,25	268,33
Krüger Rand, neu	981,75	1159,10
Maple Leaf	983,75	1160,24
Platin Noble Man	831,50	987,87

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	231,25	292,13
20 schweiz. Franken „Vreneli"	177,00	230,28
20 franz. Franken „Napoléon"	175,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	906,50	1097,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	180,25	228,29
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,75	123,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,75	515,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,00	135,66

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 5. 85	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[2])	3,1050	3,1130	3,0942	3,03	3,13
London[1])	3,898	3,912	3,857	3,83	3,98
Dublin[1])	3,126	3,140	3,081	3,05	0,20
Montreal[3])	2,2460	2,2540	2,2304	2,19	2,29
Amsterd.	88,535	88,755	88,350	87,75	89,50
Zürich	118,870	115,070	128,905	117,25	120,00
Brüssel	4,967	4,981	4,930	4,85	5,05
Paris	32,730	32,890	32,430	32,00	33,75
Kopenh.	27,765	27,885	27,815	27,00	28,75
Oslo	34,780	34,900	34,240	33,75	34,50
Stockh.**)	34,580	34,740	33,010	33,75	80,50
Mailand[2]) **)	1,5625	1,5725	1,5400	7,52	1,62
Wien	14,206	14,246	14,182	14,13	14,35
Madrid**)	1,763	1,773	1,737	1,71	1,83
Lissabon**)	1,763	1,783	2,883	1,45	2,25
Tokio	1,2330	1,2360	–	1,18	1,34
Helsinki	48,100	48,300	47,320	47,00	40,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,10
Athen*) **)	2,24	2,294	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,048	2,067	–	2,05	2,15
Johannesbg.*)	1,5465	1,5655	–	2,22	1,47

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der Dollar-/Mark-Kurs bewegte sich am 29. 5. nur zwischen 3,1075 und 3,1125. Das Fixing kam ohne Eingreifen der Bundesbank bei 3,1090 zustande. Bedingt durch das Fehlen neuer Aspekte auf der einen Seite und das bevorstehende internationale Devisenhändlertreffen in Toronto auf der anderen Seite ließen den Dollar bei geringen Umsätzen auf dem Vortagsniveau verharren. Das britische Pfund konnte sich aufgrund des Zinsvorteils nochmals befestigen und wurde um 0,6 Pfenning fester mit 3,9050 amtlich notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,5079; Brüssel 62,8800; Paris 9,4750; Mailand 1982,45; Wien 21,8590; Zürich 2,6133; Ir. Pfund/DM 3,133; Pfund/Dollar 1,2560; Pfund/DM 3,905.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 29. Mai: In D-Mark 2,24410 (Parität 2,24184); in Dollar 0,721809 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 29. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Nochmals nachgebende Euro-Dollar-Deports bewirkten am 29. Mai leicht verringerte Dollar-Termin-Abschläge

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,54/0,44	1,75/1,65	3,85/3,65
Pfund/Dollar	0,50/0,48	1,48/1,45	2,59/2,54
Pfund/DM	2,8/2,4	7,3/5,9	23,0/11,8
FF/DM	20/14	45/30	83/67

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 5.: Tagesgeld 5,85–5,95 Prozent, Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 28. 5.: 4,5 Prozent, Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer. Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,50 ([illegible]) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,73 (5,87) – 6,13 (6,45) – 6,38 (6,80) – 8,58 (7,05) – 6,84 ([illegible]). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,10. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,60, Rendite 6,85

Viel mehr als bloß die „Fernsehmutter der Nation": Inge Meysel feiert heute ihren 75. Geburtstag

Die Schauspielerin, der man zwölf Jahre stahl

Die meisten Schauspielerinnen altern schlecht. Natürlich, das kann man auch von den meisten Frauen sagen, aber die Schauspielerinnen altern ja nicht nur als Frauen, sondern für sie heißt das Abschied nehmen von Rollen, die sie erst gestern mit Erfolg gespielt haben und in denen sie dem Publikum und vor allem den Männern gefallen haben. Sie können nicht loslassen.

Eine der wenigen Ausnahmen, heute vielleicht die Prominenteste, jedenfalls im deutschsprachigen Raum, ist Inge Meysel. Sie hat keine Sehnsucht nach Jugend und jugendlichen Rollen. Sie wird mit dem Alter immer besser.

Ein Grund dafür liegt auf der Hand. Sie hatte zwar eine Jugend – das hat ja schließlich jeder Mensch, aber beruflich gesehen hatte sie keine. 1910 in Berlin – sie war und blieb eine typische Berlinerin – als Tochter eines Kaufmanns geboren, zeigte sie sehr bald ein ausgesprochenes Talent zur Schauspielerei, absolvierte spielend ihre Lehrzeit an einer sehr hochgestochenen privaten Schauspielschule und kam über die Provinz schon mit etwas über zwanzig Jahren nach Berlin. Und da geschah es. Nämlich Hitler kam an die Macht.

Inge Meysel – ZDF, 19.30 Uhr

Und Inge Meysel war nicht das, was man arisch nennt oder was er arisch nannte, und infolgedessen durfte sie nicht spielen.

Man muß sich das einmal vorstellen. Da ist ein junges, von Leben übersprudelndes Mädchen, das nur eines will: spielen! Und dann darf sie nicht, wobei wir hier nicht auf das Niveau der Hitler und Konsorten hinuntersteigen wollen und untersuchen, ob sie eine Halb- oder Vierteljüdin war – gleichgültig, sie durfte nicht. Sie hatte, wie man das damals so schön nannte, Auftrittsverbot. Und es wäre vermutlich schlimmer, viel schlimmer gekommen, möglicherweise hätte man sie nach Auschwitz oder sonstwohin deportiert. Glücklicherweise traf sie den jungen, sehr gut aussehenden Schauspieler Helmut Rudolph, der bereit war, sie zu heiraten.

Er hatte sich in sie verliebt, und sie hatte sich wohl auch ein bißchen in ihn verliebt. Trotz allem: Es war ein großes Opfer für ihn, Anfang der dreißiger Jahre eine nicht-arische Frau zu heiraten, eine Belastung, eine ständige Gefahr. Aber Rudolph hielt alles durch.

Es kann von Inge Meysel – diejenigen, die sie damals kannten, bestätigen es – gesagt werden, daß sie auch in dieser schlimmen, geradezu grauenhaften Zeit nie die Laune verlor.

Nun, sie durfte nicht spielen, sie wurde sogar arbeitsverpflichtet, dazu waren Nichtarierinnen gut genug, aber sie war immer davon überzeugt, daß alles noch einmal gut ausgehen würde. Sie war vielleicht überzeugter vom Ende Hitlers als die großen politischen Köpfe, als die amerikanischen und englischen Feldherren. Nur auf eines paßte sie auf: Der Gruß „Heil Hitler" kam nie über ihre Lippen. Manchmal dachte sie stundenlang nach, wie sie bei dieser oder jener Gelegenheit darum herumkommen würde. Sie schaffte es. Hitler war für sie einfach nicht existent. Und eines Tages war er überhaupt nicht mehr existent.

In den offiziellen Biografien ist manchmal zu lesen, es sei ein reiner Zufall gewesen, daß sie wieder zum Theater kam. Das ist für niemanden, der Inge Meysel kennt, glaubhaft. Sie mußte ganz einfach zum Theater zurück. Für sie war Spiel notwendig wie Essen und Trinken. Daß sie es zwölf Jahre lang geschafft hatte, nicht zu spielen, war ein Wunder. Jetzt wollte sie keinen Tag vorübergehen lassen, ohne den Beruf, der „ihr" Beruf war, wiederaufzunehmen.

Sie lebte damals mit ihrem Mann in Hamburg. Dort traf sie den Filmregisseur Helmut Käutner auf der Straße. Der brachte sie ans Thalia-Theater, wo man sie sofort engagierte. Sie stürzte sich auf die neuen Aufgaben. Man hatte ihr zwölf Jahre gestohlen. Sie mußte nachholen, nachholen! Sie spielte nicht nur am Hamburger Thalia-Theater, sie spielte auch in Berlin, sie spielte überall, wo man sie spielen ließ. Und als der Film wieder kam, filmte sie. Sie fragte vorerst gar nicht nach der Rolle, sie wollte einfach filmen. Und als das Fernsehen kam, ging sie wieder zurück nach Hamburg und meldete sich beim NDR.

Keine Sehnsucht nach Jugend: Inge Meysel FOTO: DPA

Die Bindung zu Rudolph war auseinandergegangen. Sie war wohl zuletzt kaum noch eine Liebesaffäre gewesen, so hieß es jedenfalls, aber Rudolph war ein viel zu anständiger Mensch, als daß er durch eine Scheidung oder nur durch eine Trennung seine Frau in Gefahr gebracht hätte. Jetzt bestand eine solche Gefahr nicht mehr.

Inge Meysel war also nicht mehr verheiratet, als sie John Olden traf. John Olden, der ursprünglich ganz anders hieß, war, als Hitler nach Wien kam, von dort nach England emigriert, jetzt kam er unter neuem Namen als englischer Offizier nach Hamburg, um dabei mitzuhelfen, den NDR aufzubauen. Ein gutaussehender Mann, wohl etwas jünger als die Meysel, die faszinierende junge Dame, verliebte er sich in sie und sie sich in ihn. Es gab eine Liebesaffäre, und es gab bald darauf eine Hochzeit.

Und dann starb John Olden verhältnismäßig jung an einer Herzgeschichte. Jetzt spielte Inge Meysel mehr denn je. Sie filmte, sie trat immer wieder im Fernsehen auf. Namentlich auf Berliner Bühnen feierte sie Triumphe, einige Stücke spielte sie öfter als dreihundertmal, und aus dem Fernsehen war sie gar nicht mehr wegzudenken, und zwar in steigendem Maße, je älter sie wurde. Vor einigen Jahren nannte sie dann der Kritiker Friedrich Luft die „Fernsehmutter der Nation".

Sicher eine treffende Bezeichnung, nur – sie war und ist viel mehr. Sie kann, in der Tat, sehr mütterlich sein, grundgütig wirken, aber auch bitterböse, hart, hartherzig oder komisch. Was immer sie spielt, sie rührt an. Sie ist eine Volksschauspielerin im besten Sinne des Wortes. Im Gegensatz zu vielen großen Schauspielerinnen könnte man sich keinen Ersatz für sie vorstellen. Sie ist einmalig.

Woran die meisten etablierten Schauspieler und Schauspielerinnen nur mit Schrecken denken, sind Tourneen, notwendig, nicht allein für die Brieftasche, sondern auch zur Auffrischung des Ruhms in der Provinz. Für die Meysel ist jede Tournee eine Wonne. Die Notwendigkeit, jeden Abend in einer anderen Stadt zu spielen und in einem anderen Hotel zu schlafen, macht sie geradezu glücklich. Anstrengung kennt sie nicht. Grund dafür? Vielleicht Nachholbedürfnis? Wo sie doch so lange nicht reisen und keine fremden Städte sehen durfte?

Und so ist sie selten zu Hause, weil sie überall zu Hause ist. Und mit 75 ist sie frischer als die meisten ihrer jungen Kolleginnen.

CURT RIESS

KRITIK

Heiße Luft aus Berlin

Das also war der sechste Jugendabend im Ersten, diesmal aus Berlin, und im zweiten Teil des Titels war schon bezeichnet, wohin die Reise ging: **Mittendrin und voll daneben** aus dem Kreuzberger Künstlerhaus Bethanien feierte der reine Dilettantismus 90 Minuten lang sich selbst.

Für einen Landsmann ist es schon bitter, daß ausgerechnet die Berliner ihre Chance jugendlicher Selbstdarstellung mit Konzeptlosigkeit, schwächlicher Conférence und ödem Aufwärmen abgetakelter Themen vertaten. Da half auch der Hubschrauberflug über der Stadt nichts, der erste Preis in einem als „Quiz" getarnten Klamaukstück für Repräsentanten verschiedener „Szenen". Da half nicht die 20jährige Bukowerin mit Eigenheim zwischen Gropiusstadt und Grenzstreifengrün, auch nicht der Interviewversuch mit einem jugendlichen Berlin-Aussteiger und zwei Neuberlinern aus der „DDR".

Was dominierte in diesem Salbader-Patchwork, war der berlinische Superlativ, der nicht hielt, was er dauernd versprach – ein Berlin zu zeigen, das in seinen diversen Szenen und Aktivitäten so bunt, originell und einzigartig sei wie nichts im Westen sonst. Heiße Berliner Luft, mehr nicht: Mal wieder der Punker und der Alternative hie und die Kreuzberger Loft-Bewohner da – man kann's ja bald nicht mehr sehen, was uns da ständig als „wegweisend" und „neuzeitlich" vorgeführt wird: Ein Panorama aus Haltlosigkeit, Mauerpsychotik, aus No-Future-Hohlheit und „Ach wie schön ist es, kaputt zu sein".

Man wird uns dieserhalb der Intoleranz zeihen: Nur, weil wir wissen, daß die „Szene" in Berlin sehr viel bunter, aussagekräftiger (und ernst zu nehmen) ist als die, die uns da vorgespielt wurde. Voll daneben.

ALEXANDER SCHMITZ

Umgemodelte Personen

Der Begriff „Filmerzählung" ist in sich widersprüchlich, erst recht jener der „literarischen Filmerzählung". Schließlich erzählen Film und Literatur mit grundverschiedenen Mitteln, und das Wort, das lyrisch eingefärbte zumal, verwandelt sich nur ganz selten ins adäquate Bild.

Das muß sich Dagmar Damek nicht recht überlegt haben, als sie die Erzählung „Alles" von Ingeborg Bachmann in ihr Fernseh-Opus Nachtgelächter (ARD) umzusetzen trachtete. Man sah es schon daran, wie sie die Personen der Dichterin ummodelte. Der Ich-Erzähler der Vorlage etwa muß zum Hobby-Fotografen mit eigenem Atelier gemacht werden, um nicht immerfort das Baby vor die Kamera zerren zu müssen. Die nur als Name vorkommende Hanna muß ebenso zur vollplastischen Figur erhoben werden wie das Kind. Und was das Schlimmste ist: Frau Damek, die auch das Drehbuch verfaßte, mußte Dialoge erfinden, deren Trivialität ganz und gar nicht zur hochgespannten Sprache der Vorlage passen wollte.

Weil die Drehbuch-Autorin es zudem besser zu wissen glaubte als die Dichterin und die Reihenfolge des Textes veränderte, läßt sich vorstellen, wie das Werk der Bachmann auf der Strecke blieb. Dabei ist es noch das Gelindeste, daß deren verhaltene Skepsis durch alle diese Eingriffe zur grellen Schärfe „engagierter" Sozialkritik verfälscht wird. Ärger und Ärgerlicher ist es, daß der Film den intellektuellen, aber doch noch reifenden Vater, der von dem Neugeborenen zuviel erwartet und sich darum enttäuscht abwendet, zu Verhaltensweisen verbiegt, die nicht anders als unmenschlich empfunden werden konnten. Und so war es doch nicht gemeint.

KATHRIN BERGMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Waidmannsheil
11.55 Umschau
12.25 Treffpunkt
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Jäger der Savannen
Viel Mühe kostete es Heinz Sielmann und sein Team, im großen Tierwanderungsgebiet Ostafrikas Windhunde, jene Abkömmlinge der Wolf-Schakal-Gruppe, aufzustöbern. Doch nach langem Suchen trafen die Filmer nicht nur auf diese „wild dogs", sondern auch auf ein Rudel Schakale.
16.55 Kernbeißer
Auf vielfachen Wunsch der Zuschauer zeigt Georg von Rönn faszinierende Aufnahmen aus dem Familienleben der Kernbeißer und anderer Finken. Dabei stellt er auch die Darwinfinken vor, jene Vögel, die auf den fernen Galapagosinseln leben und vor über 150 Jahren Charles Darwin zu seiner Abstammungslehre verhalfen.
17.40 Tele-Lexikon
Trauringe
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Lichtblicke vom Boulevard der Dämmerung
Beobachtungen in Cannes 1985
Von Eva Maek-Gerard, Beatrix Rief und Jürgen Kritz
21.15 Unsere Schlesier
Reportage von Robert Hetkämper
21.45 Känguru
Hape Kerkeling kann in seiner Sendung wieder auf eine Reihe prominenter Interpreten verweisen. Denn neben Channel 5, Vitale, George Benson, Billy Ocean und den Dire Straits stehen Udo Lindenberg, das Duett Ashford & Simpson sowie die Berliner Sängerin Casa Rosa auf der Gästeliste
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Budapest
Amateurbox-WM
Viertelfinale (Ausschnitte)
Reporter: Peter Jensen
23.30 Die Roppenheimer Sau
Fernsehspiel von Dorothee Dhan
Mit Werner Moser, Horst Bergmann, Peter Brombacher, Helmut Zierl u. a.
Regie: Eberhard Itzenplitz
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Immer dieses Fernsehen ...
Familie Bergers Erfahrungen aus zweiter Hand
6. Gute Vorsätze: Umgang mit den Medien
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
Rauchen verboten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Dick und Doof
Die Sache mit der Hose
19.00 heute
19.30 Erinnerungen werden wach: Inge Meysel
Vorgestellt von Peter von Zahn
Regie: Rolf von Sydow
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Arbeit gibt es nicht zuwenig
Moderation: Michael Albus
In einer Zeit, in der sich die gesellschaftliche Anerkennung meist nur noch im Beruf erlangen läßt, stellt die neue Ausgabe des Magazins die Frage: „Wofür und wie arbeite ich eigentlich?"
21.45 heute-journal
22.05 Brüder, zur Sonne ...
Die SPD 1985: Personen und Programme
Dokumentation von Trutz Beckert und Wolfgang Kullmann
22.50 Das kleine Fernsehspiel
Den Atem anhalten
Von János Szász nach der Erzählung „Das Opfer" von András Simonffy
Regie: Attila Janisch
Ungarn zu Beginn der 50er Jahre, in der Zeit des immer mehr erstarkenden Personenkults. Die von Angst und Depression erfüllte Atmosphäre dringt immer stärker in den Alltag der Kinder ein. Die von der Erwachsenengesellschaft übernommenen Verhaltensmuster führen unwiderruflich zu tragischen Verwicklungen, die in den Betroffenen bis ins Alter ihre Spuren hinterlassen.
23.45 Sachen zum Lachen
Ein Abend mit Otto Schenk
0.30 heute

III.

WEST
13.55 Aus dem Landtag
Konstituierende Sitzung mit Wahl des neuen Präsidenten
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Morgen, als Ginger kam
Amerikanischer Spielfilm (1973)
21.45 Dieter Wellershoff
Aus der Arbeit des Schreibens
22.15 Spanische Kunst
Joan Miró – Traumbilder
23.00 Nachtstudio Spätausgabe
Anschl. Tips für Leser
23.40 Nachrichten

NORD
19.15 Wickler und Blattroller
20.00 Tagesschau
20.15 Serenade für zwei Pistolen
Französischer Spielfilm (1953)
21.55 Bücherjournal
22.45 Musik, die sich entfernt
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.30 Auskunft
Arbeit und Beruf
Das Übel mit den Überstunden
19.05 Autoreport
19.20 Grünes Feuer
Amerikanischer Spielfilm (1954)
20.55 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
21.55 Notizen vom Nachbarn
22.40 Per Anhalter durch die Galaxis (1)

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Der Nebbich
Lustspiel von Carl Sternheim
Regie: Peter Zadek
20.50 Grafik-Biennale 1985 in Baden-Baden
21.00 Sport
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Vis à vis
22.30 Kunststück im Dritten
23.15 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Kulturkalender
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Drehort: Mein Ort

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Schau heimwärts, Engel
21.00 In der Regierung der Weltkirche
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Über den Todespaß
Amerikanischer Spielfilm (1954)
23.40 Rundschau
23.45 Actualités



13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Chronik der Familie Rius
15.00 Sichstal
15.30 Musicbox
16.30 Scooby Doo
Ein Hochlandtanz mit Mummenschanz
17.00 Simon Templar
S. T. und die Startflagge
18.00 Fauna Iberica
Der Mönchsgeier
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Schwarzwälder Kirsch
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Marianne Hold, Dietmar Schönherr, Boy Gobert u. a.
Regie: Geza von Bolvary
20.30 High Chaparral
Blue Boy ist der Boss
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 There's no business like show business
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Ethel Merman, Donald O'Connor, Marilyn Monroe u. a.
Regie: Walter Lang
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Ein Länder-Magazin
19.00 heute
19.30 Derrick
Risiko
Von Herbert Reinecker
Auf der Autobahn in der Nähe von München geraten zwei Lastwagenfahrer in eine heimtückische Falle eines jugendlichen Gangstertrios. Als Oberinspektor Derrick am Tatort erscheint, findet er einen Toten und einen Verletzten vor.
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Die neue Medienwelt der Kinder
aus der Reihe „Kinder Kinder"
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
Zu sehen sind Ausschnitte aus Puccinis „La Boheme" in einer Inszenierung von Harry Kupfer an der Wiener Volksoper.
23.15 3SAT-Nachrichten

Fortschritt auf der Stelle

P. D. – Der junge Mann ist wirklich zu bedauern. Aber er weiß sich zu helfen. In Versen schildert er die innere Leere seiner Seele, das Grab, das seiner freudlosen Jugend einen lockenden Abgrund öffnet, aber auch sein Genie, dem die gesellschaftlichen Verhältnisse Luft und Raum versagen.

An der Universität lernt er durch fortschrittliche Freunde das Leben kennen. Er sieht daher überall nur noch Unterdrücker und Bestien und schließt sich dem „Lokalausschuß" an, der nach ununterbrochenen Sitzungen schließlich die Massen in Bewegung zu setzen trachtet und eine provisorische Regierung proklamiert.

Da diese Revolution jedoch fehlschlägt, macht er sich aus dem Staube. Er versucht sich in allerlei Berufen, doch nach kurzer Zeit bricht jedesmal der Bankrott aus. Erst als er auf die Idee kommt, eine Zeitung zu gründen, reüssiert er. Sein Thema sind nämlich die verfassungswidrige Verfassung, die willfährigen Dummköpfe in den Ämtern, die barbarischen Einrichtungen des Kreditwesens. Von nun an kann „Albert, der Taugenichts" Austern und Kotelett zum Frühstück essen.

Der Titel dieser Geschichte in Bildern verrät, daß es sich um eine Satire handelt. Doch was so zeitgemäß und aktuell klingt, hat immerhin schon 140 Jahre auf dem Buckel. Rodolphe Toepffer, der Schweizer Pädagoge, hat die „Histoire d'Albert" um 1845 gezeichnet und geschrieben. Es ist eine von sieben Bildergeschichten, die er erdachte und die zu den direkten Vorfahren der Comics gehören.

Von Zeit zu Zeit werden sie „neu entdeckt": Auch der Insel-Verlag in Leipzig hat sie 1967 nachgedruckt – allerdings ohne den als „reaktionär" eingestuften Progressiven Albert. Das hat nun der Machwerk Verlag in Siegen, dem schon so manche komische Ausgrabung zu verdanken ist, nachgeholt. Und so wird uns die Erkenntnis zuteil, daß selbst der Fortschritt in anderthalb Jahrhunderten nicht von der Stelle gekommen ist.

Ruth Berghaus inszenierte „Cosi" in Freiburg

Such den roten Faden!

Wahrscheinlich waren in der durchaus stattlichen Fraktion der Buhrufer auch jene Premierenbesucher versammelt, die sich unter der Mozart-Oper „Cosi fan tutte" leichte Opernkost und tändlerische Verwirrspielchen vorgestellt hatten. Dergleichen hatte die renommierte und vieldiskutierte „DDR"-Regisseurin Ruth Berghaus bei ihrer Freiburger Inszenierung des Werkes am wenigsten im Sinn. Sie interessiert sich nicht einmal sonderlich für die Differenzierung der Charaktere – die Unterschiede der beiden zwischen Abenteuerlust und Treue schwankenden Damen Fiordiligi und Dorabella sind weitgehend nivelliert –, sie interessiert sich schon gar nicht für das, was sich im Handlungsvordergrund ereignet.

Was diese Inzenierung statt dessen anbietet, ist ein enorm dichtes Geflecht von ineinander verschachtelten Assoziationen und Symbolen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die kahl und in abweisendem Grau ausgestattete Bühne des ersten Aktes besteht aus zwei Temperaturzonen – aus einem kalten Bereich, auf dem die Akteure fröstelnd erstarren, auf dem auch die Gefühle zu Eis werden, und einem Schönwetterbezirk, wo die Lust zu Hause ist, wo ausgelassen und ziemlich ausgiebig in einem kleinen Wasserbecken herumgeplanscht wird; ein sichtbarer Ausdruck also für die sowohl zerstörende als auch erwärmende Macht der Liebe.

Das Inszenierungsdetail – es könnte durch fast beliebig viele andere ersetzt werden – erhält schlagartig einen isolierten Aspekt des Werkes. Durchgeführt wird es nicht. Ruth Berghaus' Regie besteht aus Andeutungen, aus Fühlern, die in die verschiedensten, oft auch in sich widersprechende Richtungen gestreckt werden, aus Lösungsmöglichkeiten, nicht aus Lösungen.

Eine derart intellektuelle und metaphernreiche Inszenierung, die auf den berühmten roten Faden bewußt verzichtet, die dem Zuschauer sehr viel Raum läßt für seine eigenen Gedanken und Erinnerungen, die fortwährend Denkanstöße gibt, ohne daraus ein Regiekonzept im traditionellen Sinn des Wortes zu entwickeln – eine solche Inszenierung entzieht sich eigentlich der Beschreibung. Schon deshalb, weil auch der Rezensent sich nicht anmaßen darf, auch nur annähernd alle Anspielungen und Symbole richtig verstanden zu haben.

So überwältigend die Vielfalt der gebotenen Bilder auch ist – auf eine Gefahr bei dieser Art von frei assoziierender Regie sei ausdrücklich hingewiesen: Der Zuschauer könnte sie als eine Art Mathematikaufgabe mißverstehen mit dem Ziel, möglichst viele der versteckten Details zu entschlüsseln. Das aber kann kaum Ruth Berghaus' Absicht gewesen sein.

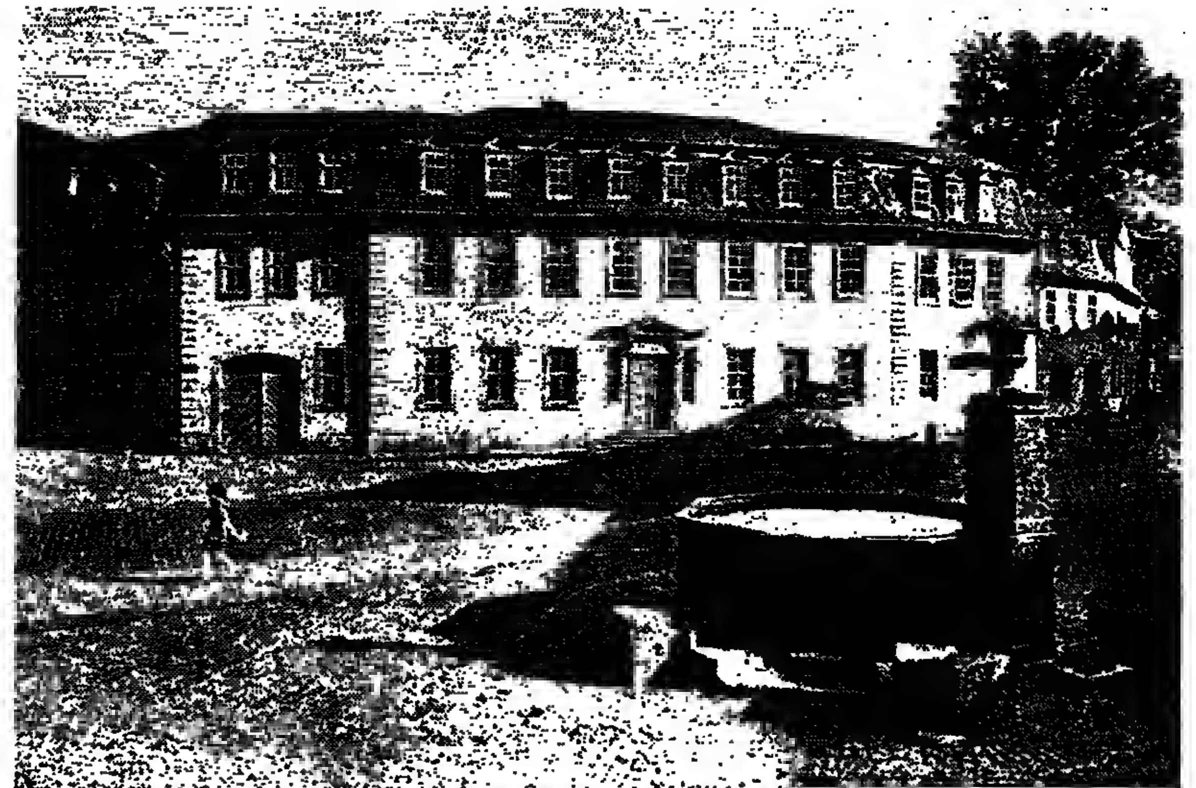
Ungleich einfacher als bei der ebenso ratlos machenden wie faszinierenden Regie ist die Beurteilung der musikalischen Leistung. Das Freiburger Orchester unter Eberhard Kloke spielte plastisch und durchsichtig wie lange nicht mehr. Aus dem durch Gäste angereicherten, hoch achtbaren Sängerensemble ragte besonders der makellose Sopran der Gelsenkirchenerin Sue Patchell als Fiordiligi heraus.

STEPHAN HOFFMANN

Zusammenhalt trotz „Parteistimmungen und Streitfragen": Die Goethe-Gesellschaft ist 100 Jahre alt

Mit „ihm" geht es stets bedeutend her

Die Goethe-Gesellschaft mit Sitz in Weimar blickt jetzt auf eine hundertjährige Geschichte zurück. Ihre Gründung hängt mit dem Tode des letzten Goethe-Enkels Walther von Goethe, der am 15. April 1885 starb, zusammen. Sein Testament brachte erfreuliche Überraschungen. Der Staat Sachsen-Weimar-Eisenach erhielt den Immobilienbesitz, das heißt die Häuser mit den Möbeln und den Sammlungen des Dichters. Die Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar-Eisenach, eine geborene Prinzessin der Niederlande, erbte den schriftlichen Nachlaß Goethes.



„Gehäus und Gerüst für den Geist hienieden": Das Goethehaus am Frauenplan in Weimar FOTO: DIE WELT

Zum ersten Komplex der Erbmasse, dem „Gehäus und Gerüst, womit sich der Geist hienieden genügte" (Goethe), gehörte vor allem Goethes Wohnhaus in Weimar, das sich heute mit dem gelungenen Anbau des Goethe-Nationalmuseums weit reichhaltiger und eindrucksvoller darbietet als im 19. Jahrhundert. Es ist gepflegt, auch von den „roten" Zutaten, mit denen man es nach 1945 entstellte, wieder befreit.

Den anderen Teil der Erbschaft, von dem in Wort und Tat vorrangig „die idealen Wirkungen" ausgehen, betrachtete die *Großherzogin* verantwortungsbewußt als ein „nationales Kleinod", das sie zu aktivieren und zu vermehren wünschte. So entwarf und finanzierte sie nicht nur das grandiose Vorhaben einer neuen vollständigen Goethe-Ausgabe: Es ist die bis heute grundlegende – wenn auch in Einzelheiten überholte und jetzt in Neubearbeitung begriffene – 143-bändige Weimarer Ausgabe, die sogenannte „Sophienausgabe". Die Fürstin errichtete auch, hoch über der Ilm, den stolzen Bau für das Goethe-Archiv, das sich später zum „Goethe- und-Schiller-Archiv" erweiterte und sich heute als eines der reichsten und bedeutendsten Literaturarchive der Welt darstellt.

Alle diese Unternehmungen bedurften aber der lebendigen Anteilnahme und tätigen Mitträgerschaft der Goethe-Freunde. So wurde noch im gleichen Jahr 1885 im Hochschwung der Begeisterung die Goethe-Gesellschaft in Weimar gegründet. Man hielt jetzt mit der Festigung des Deutschen Reiches die Zeit für die „richtige Erkenntnis und Würdigung Goethes" für gekommen. Erster Präsident wurde Eduard von Simson, der einst 1848 die Frankfurter Nationalversammlung geleitet hatte und nun Präsident des Reichsgerichts war. Die Gesellschaft kennzeichnete sich selbst als eine wissenschaftliche Vereinigung; so waren zahlreiche Mitglieder Akademiker, was der Vereinigung damals einen starken Hauch von Exklusivität verlieh. Aber die satzungsmäßige Forderung, von allen „Parteistimmungen und Streitfragen" unberührt zu bleiben, hat sich damals ebensowenig wie später ganz verwirklichen lassen.

Dennoch hat die Goethe-Gesellschaft schon im ersten Halbjahrhundert ihres Bestehens Großes geleistet. Durch *ihr* Wirken vor allem erlangten die Weimarer Goethe-Institute internationalen Rang, wurde Weimar nach Jahrzehnten relativer Stille wieder zum Weltbegriff. Mit ihren „Jahrbüchern" und der großen Reihe ihrer „Schriften" erschloß die Gesellschaft, wie noch heute, die Hauptquellen der Goethe-Forschung.

Es versteht sich, daß nach dem Zweiten Weltkrieg mit zunehmender äußerer und innerer Teilung Deutschlands die Frage des Weiterbestehens akut wurde. Da war es von größter Bedeutung, daß es gelang, im April 1952 die Mitglieder aus der Bundesrepublik und auch eine Anzahl Mitglieder aus der „DDR" zu einer Tagung in Essen zu versammeln, da ein Treffen in Weimar damals nicht möglich war. Der kommissarische Präsident der Gesellschaft, Prof. Andreas Bruno Wachsmuth (Berlin-Dahlem), brachte es fertig, die zuständigen Behörden der „DDR" für das Fortleben der Goethe-Gesellschaft mit Zentrum Weimar zu gewinnen. Besonders engagierte sich der Generaldirektor der nach dem Krieg gegründeten „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar", Prof. Helmut Holtzhauer (SED), für das Unternehmen, das ja für Weimar und damit für die „DDR" von großer Werbekraft war.

So werden seit 1954 die Hauptversammlungen der Goethe-Gesellschaft wieder regelmäßig in Weimar abgehalten. Gewiß gab es in den ersten Jahren manchen schweren Dissens, ja, ungute Stunden, in denen man „drüben" die Tagungen zu politischer Einflußnahme zu benutzen suchte, Monologe hielt, aneinander vorbeiredete. Aber Wachsmuth blieb von 1954 bis zu seinem Rücktritt 1971 die überragende, allgemein anerkannte Leitfigur, die durch Diplomatie und persönliche Eindruckskraft gefährliche Momente überwand und das Ganze zusammenhielt. So gelang es, den Charakter echter wissenschaftlicher Auseinandersetzung wiederherzustellen und auch menschliches Begegnen zu ermöglichen. Der Vorstand ist paritätisch aus Mitgliedern der „DDR" und der Bundesrepublik zusammengesetzt; auch gehören ihm einige ausländische Forscher und Goethefreunde an.

Man darf trotz allem die Schwierigkeiten nicht gering einschätzen. Das Verständnis Goethes ist ja keineswegs einheitlich, es ist sogar in wesentlichen Punkten hier und „drüben" grundverschieden. So setzen zwar einerseits die in den erwähnten „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten" zusammengefaßten Weimarer Goethe-Institute ihre große Forschungs- und Bewahrungstradition in verdienstvoller Weise fort. Andererseits aber wird dort intensiv und mit spürbarer Überzeugung an einem marxistischen Bilde Goethes und der Klassik gearbeitet. Das ist eine große wissenschaftliche Herausforderung für die westliche Goethe-Forschung, die die Antwort auch nicht schuldig bleibt. Sowohl die Weimarer Tagungen wie die Publikationsmöglichkeiten der Goethe-Gesellschaft bieten dazu die Möglichkeit.

Goethe und seine Welt – das ist ein sehr weites Feld, auf dem sich „trefflich streiten" läßt. Wo von Goethe die Rede ist, da ist, dem Wesen Goethes zufolge, immer auch von mehr als von Goethe, da ist von allgemeinsten und bedeutendsten Dingen die Rede. So erklingen an diesen Goethe-Tagen mit ihren zahlreichen Westbesuchern auch ganz andere als die sonst in der relativ stillen Stadt gewohnten Töne, es herrscht überhaupt ein bestimmtes unnachahmliches Flair von Weite und Weltläufigkeit. Gewiß ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit Goethe das Kernstück der dreitägigen Versammlung, aber für so manchen Teilnehmer ist es ebenso wichtig, sich mit den Stätten von Kunst und Kultur sowie Glanzpunkten der thüringischen Landschaft, wie sie Weimar und seine engere und weitere Umgebung in so reichem Maße bieten, vertraut zu machen.

Ein großes Verdienst ist den beiden Hauptrepräsentanten der Gesellschaft zuzusprechen: dem vom Osten gestellten und seit dem Tode Holtzhauers amtierenden Präsidenten Prof. Karl-Heinz Hahn, der mit Weltkenntnis und einer guten Prise Diplomatie das Ganze im Griff hat, und dem stets dem westlichen „Lager" angehörenden Vizepräsidenten, seit zehn Jahren der Direktor des Düsseldorfer Goethe-Museums, Prof. Jörn Göres, dem die Eröffnung und Leitung der Mitgliederversammlung obliegen.

Den Festvortrag der diesjährigen Hauptversammlung, die heute beginnt, hält der Präsident selbst über das im Jubiläumsjahr naheliegende Thema „Goethe-Gesellschaft und Gegenwart. Versuch einer Bilanz". Das Generalthema der wissenschaftlichen Konferenz sind „Wirkungen und Entdeckungen Goethes im 20. Jahrhundert".

HANS TÜMMLER

Prof. Dr. Hans Tümmler wurde 1964 in den Vorstand der Goethe-Gesellschaft gewählt und war von 1971–1975 ihr Vizepräsident.

JOURNAL

Berlin wird 1988 EG-Kulturstadt

dpa, Brüssel

Die für Kulturfragen zuständigen Minister der EG haben jetzt in Brüssel einstimmig beschlossen, daß Berlin im Jahre 1988 – nach Athen, Florenz und Amsterdam – die vierte europäische Kulturstadt werden soll. Das Programm für die kulturellen Veranstaltungen im Jahr 1988 wird vom Berliner Senat und der Bundesregierung in eigener Regie zusammengestellt.

Flucht und Vertreibung als Thema der Literatur

DW. Bonn

Über das Exil und die Verfolgungen im Deutschland während der nationalsozialistischen Zeit gibt es eine reichhaltige Literatur und Sekundärliteratur. Der Themenbereich „Flucht und Vertreibung" ist dagegen bisher kaum literarisch und wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Deshalb bemüht sich jetzt die „Kulturpolitische Korrespondenz" der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat (Kaiserstr. 113, 53 Bonn) um eine erste Bestandsaufnahme. In der Sonderausgabe „Flucht und Vertreibung als literarisches Thema" wird dieser Komplex beschrieben und durch eine Auswahlbibliographie ergänzt.

Die Wandlungen eines biblischen Frauenbildes

wm. Marburg/Düsseldorf

Das Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart an der Universität Marburg, die einzige derartige Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland, zeigt zum diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf die Ausstellung „Die andere Eva – Wandlungen eines biblischen Frauenbildes". Sie umfaßt Bilder, Zeichnungen und Graphiken von rund fünfzig zeitgenössischen Künstlern und ist vom 31. Mai bis zum 9. Juni zu sehen.

Datenbank für Kunst und Archäologie

AFP, Paris

Eine bibliographische Datenbank für Kunst und Archäologie wird in Paris angelegt. An dem Projekt sind das staatliche französische Forschungszentrum CNRS und der amerikanische Getty Trust beteiligt. Der Datenspeicher ist zweisprachig. Datenverarbeitungszentren sollen in Paris und Williamstown (US-Bundesstaat Massachusetts) eingerichtet werden. Die in Englisch und Französisch programmierte Datenbank wird jährlich 30 000 neue Informationen der internationalen kunsthistorischen Fachliteratur aufnehmen. Ein zweisprachiges Periodikum führt regelmäßig alle Referenzen für den Datenspeicher auf. Die erste Nummer soll im August 1986 erscheinen.

Finale bei Königin-Elisabeth-Wettbewerb

AFP, Brüssel

Zwölf Violinisten nehmen am Finale im diesjährigen Königin-Elisabeth-Wettbewerb teil. Sie stammen aus der Sowjetunion, Korea, Japan, China, den USA, Australien und Guatemala. Erstmals seit Bestehen des 1937 unter Schirmherrschaft der belgischen Königin Elisabeth gegründeten Musikwettbewerbs ist kein europäischer Künstler unter den Finalisten. Die Violinisten müssen im dritten und letzten Teil des Wettbewerbs ein eigens dafür von dem Belgier Jean-Marie Simonis komponiertes Werk interpretieren, außerdem eine Violinsonate und ein Konzert ihrer Wahl.

Polens Komponisten spielen nicht mit

J. G. G. Köln

Die XXIII. Vollversammlung des polnischen Komponistenverbandes hat mit Stimmenmehrheit gegen politische Verhaftungen, die Hetzkampagne gegen die katholische Geistlichkeit des Landes sowie gegen die ständigen Preiserhöhungen protestiert. In einem gesonderten Beschluß der Vollversammlung wurden Bedenken gegen das neue Hochschulgesetz geltend gemacht, das die Personalpolitik der Hochschulen der KP unterstellt und eine Ideologisierung der Lehrpläne ankündigt. Dies meldet die bekannteste Untergrund-Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze". In den neuen Vorstand des Verbandes gelangten wiederum zwei prominente Regimekritiker: Stefan Kisielewski und Zygmunt Mycielski.

Etruskermünzen bei Lucca gefunden

AFP, Florenz

Acht in der Welt einmalige Etruskermünzen aus dem 3. vorchristlichen Jahrhundert sind bei Ausgrabungen in Lucca gefunden worden. Die Silbermünzen befanden sich in einer Schatulle. Die drei größten zeigen ein Seepferdchen und Delphine. In die fünf anderen, sehr kleinen Münzen, die einen Durchmesser von nur acht Millimetern haben und 0,2 Gramm wiegen, sind Enten und Schwäne geprägt.

Eduardo de Filippos „Kunst der Komödie" unter Baumbauer in München

Frechheit vergeht im Marmor-Palazzo

Daß Frank Baumbauer, der glücklos aktive Direktor des Bayerischen Staatsschauspiels, vor seiner letzten Spielzeit selber die einst so skandalöse „Kunst der Komödie" des im vorigen Jahr gestorbenen Italieners Eduardo de Filippo fürs Cuvilliéstheater inszeniert, wirkt so harmlos nicht, wenn man im Programmheft liest: Das sei die genaue Darstellung „der mißbräuchlichen und oft unvorhersehbaren Einmischungen seitens der staatlichen Autorität".

Trotzdem, es hieße Baumbauers IQ unterschätzen, wollte man aus dem behäbig-umständlichen Theaterplausch zwischen Präfekt und Prinzipal im ersten Akt einen realen Bericht zur Lage heraushören. Was das Theater heute soll, will, nützt, könnte, nicht darf . . ., ist längst viel begriffsschärfer gefaßt. So simpel wie hier in der Komödie stehen sich Staat und Kunst eben nicht gegenüber, daß der eine bloß zetert: „Botschaft, Anklage, was soll mir das auf der Bühne, ich will mich entspannen!" und der andere darauf beharrt: „Wir wollen dem Publikum erzählen, was los ist auf der Welt!"

Unpolitisch errötend gestehe ich, daß mir beim Lesen eher etwas Neapolitanisch-Verschlamptes, aus Publikum frech Herangeschmissenes vorgeschwebt hat. Doch vergehen gleich die ersten langen Minuten textlos in einem verdunkelten Marmor-Palazzo (von Dieter Flimm), als habe Baumbauer zuviel von Noelte gelernt und inszeniere jetzt ein Requiem für den großen Volkstheatermann (de Filippo wäre am Tag der Premiere 85 geworden).

Was wie ein Lehrstück übers Theater angeht, hat folgende Vorgeschichte: Der Provinzpräfekt (Franz Boehm) und sein Sekretär (Erich Hallhuber) kommen soeben neu ins Amt, kennen im Ort keinen Menschen. Das Personal ist abkommandiert. Und der erste Besucher, der Theaterleiter Campese (Nikolaus Paryla), kriegt zufällig die Liste zu sehen mit den vier Honoratioren, die beim Präfekten angemeldet sind.

Nach dem ausufernden Meinungsaustausch wundert es nicht, wenn der Prinzipal den Präfekten reizt: „Wie wär's, wenn jetzt statt dessen meine Schauspieler kämen?" und der es drauf ankommen läßt: „Ihre Faxenmacher erkenne ich doch sofort!" Also Durchbruch von schauspielerischer Praxis im zweiten Akt. Und weil damit gezeigt werden soll, was los ist auf der Welt, gibt's ein Powerplay des hochdramatisch-sozialistischen Realismus (aber mit Sahne).

Ab sahnt als erster der sichtlich leberkranke Amtsarzt (Gerd Anthoff). Wenn der den Wunderglauben der Leute als seinen Ruin bejammert, wenn er weinend am Präfekten heruntersinkt, ist der halb geschafft, halb erbost; er tröstet ihn, brüllt ihm aber sicherheitshalber „Knattermime" nach, als Widerruf eventuell falscher Gefühle.

Franz Boehm zeigt dieses Rein (ins reale Gerührtsein) und Raus (aus dem mutmaßlichen Bluff) geradezu nußknackerhaft deutlich. Seine zähnebleckende Amtshöflichkeit für den Besucher-Ernstfall schnappt ruckartig um in Wut und Hohn des vielleicht Hereingefallenen . . .

Jedem Honoratioren sein Histörchen. Nach dem Amtsarzt schmettert der Pfarrer (Peter Brombacher) im metallischen Kanzel-Sound dem Präfekten die Verantwortung ins Gesicht für einen unehelichen Säugling, den sie in der Kirche versteckt haben.

Dann zieht auf sizilianisch mit viel schluchz & japs & kreisch eine spinöse Lehrerin (Gundi Ellert) ihre Show ab: So energisch büßen will sie für eine angeblich fahrlässige Kindstötung, daß sie schließlich, die Amtsflagge mitreißend, zu einem Häufchen antiker Tragödie zusammensinkt.

Zuletzt schwankt gespenstisch herein und stirbt: der Apotheker (Erwin Faber), der sich nach behördlicher Unbill vergiftet hat. Der Präfekt hilft erschüttert beim Aufbahren, mault aber: „Einen Dreck ist er tot!"

Spiel oder nicht Spiel, das ist bis zur letzten Sekunde für den Präfekten die Frage. Am Ende doch ausweichend beantwortet von Parylas hervorragend präsentierter Prinzipal-Weisheit: „Oh Schauspieler oder nicht, die Tatsachen ändern sich nicht!"

ARMIN EICHHOLZ



Schlagabtausch zwischen dem Theaterleiter Campese (Nikolaus Paryla, links) und dem Präfekten (Franz Boehm) in der Münchner Aufführung FOTO: RABANUS

Pompöse Collagen – Das 14. Internationale New-Jazz-Festival von Moers

Paquitos Saxophon versöhnte wieder

Betrachtet man das 14. Internationale New-Jazz-Festival in Moers im Rückblick, so bleibt doch ein schales Gefühl zurück. Zu farblos war häufig das Programm, weil unter dem Niveau vergangener Jahre, auch wenn die mit vier Projekten vertretene New Yorker „Art & Noise"-Szene im Vergleich zu früheren Ereignissen unwahrscheinlich gereift ist. Eine rasante Entwicklung hat sie durchgemacht. Sehr enttäuschend zum Beispiel der Saxophonist Jim Pepper, der allen Vorschußlorbeeren zum Trotz es nicht einmal schaffte, seinen Superhit „Witchi Tia To" vernünftig über die Bühne zu bringen. Auch Betty Carter wirkte trotz ausgezeichnetem Begleittrio eher blaß, wie eine schlechte Kopie von Ella Fitzgerald. Die Moers-typischen Flops aber blieben aus, insofern traf Burkhard Hennen, der künstlerische Leiter des Festivals, doch den Publikumsgeschmack, ob zuungunsten musikalischer Qualitäten, sei einmal dahingestellt.

Heiner Goebbels ist den meisten Leuten durch seine Zusammenarbeit mit Alfred Harth und durch zahlreiche Theater- und Filmmusiken bekannt, in Moers nun wirkte er als Herausgeber der „Materialausgabe-Compilation", eines gigantischen Multi-Media-Projekts, welches 50 Akteure mit jeweils einminütigem Auftritt zu einer wahnwitzigen pompösen Collage vereinigte.

Wie nicht anders zu erwarten, schlugen die Wellen der Erregung hohe Wogen: Frenetischer Applaus auf der einen, heftige Ablehnung („Früher war das mal ein Jazz-Festival!" und „Aufhören!") auf der anderen Seite. Häufig aber war einfach Unverständnis Anlaß für eine Kontrahaltung: Da wurde nur das Spektakuläre gesehen, und die Synthese von Text/Musik versäumt, wenn etwa Mike Hentz brennend „Come on Baby, light my Fire" rezitierte und sich dann in Flammen gehüllt von einer Leiter ins Publikum stürzte. Goebbels äußerte sich recht zufrieden über sein Projekt, dessen Beiträge er vorher auch noch nicht gesehen hatte, und lobte vor allem die „Feedbacks" der Besucher.

Danach hatte es John Zorn mit seiner Gruppe „Cobra" naturgemäß schwer, sich sein Publikum zu sichern, so daß sein Beitrag nicht die Aufmerksamkeit fand, die er mehr als verdient hätte. Auch James „Blood" Ulmer tat sich mit dem Saxophonisten George Adams schwer, manchmal fehlte die letzte Würze im funkigsouligen Gebräu, obwohl es durchaus zu packenden Duetten der beiden schwarzen Musiker kam. Die Erweiterung der „Skeleton Crew" um die Harfenistin Zeena Parkins hat ihr deutlich gut getan; das Klang- und Ausdrucksspektrum ist weiter und vielfältiger geworden, trotz einer gewissen Kopflastigkeit ein Genuß. Dies gilt übrigens für alle New Yorker Gruppen, die sich durchweg anhörbarer präsentierten.

Der schon traditionelle japanische Beitrag des Festivals enttäuschte: Die Existenz eines improvisatorischen Elements in Tisato Yamadas klassischer nordjapanischer Musik rechtfertigte nicht den Auftritt auf Europas wichtigstem New-Jazz-und Avantgard-Festival. Fast schon Stammgast in Moers ist das „Vienna Art Orchestra", dessen Frische und Unverkrampftheit seinem Leiter Mathias Rüegg die begehrte Downbeat-Auszeichnung „Komponist des Jahres" einbrachte. Gleich zwei Gruppen hatten Auftragskompositionen für ein Streichquartett erhalten, und während „Rimaak" die gebotene Chance, sich zu profilieren, leichtfertig vergab, nutzte das Saxophonquartett „Ova" die Gunst der Stunde und präsentierte sich mit den vier Streichern in berauschendem Einklang.

Souverän übernahm schließlich Paquito d'Rivera die Aufgabe des „final acts". Gelöst, lässig und elegant blies er das Altsaxophon, zuweilen auch Klarinette, riß alle voll Elan mit, und als er dann auch noch alte Stücke von Dizzy Gillespie spielte, kannte die Begeisterung kein Ende mehr. Ein gelungenes Ende für das 14. New-Jazz-Festival in Moers, das einen neuen Besucherrekord nur knapp verfehlte, mit Sicherheit aber nicht als das gelungenste Festival in die Annalen seiner Geschichte eingehen wird.

SVEN THIELMANN

KULTURNOTIZEN

Das British Museum in London stellt Werke britischer Aquarellmeister, die Landschaften ihrer Heimat vom 16. bis zum 19. Jahrhundert darstellen, bis zum 30. Juni aus.

Chinesische Archäologen haben einen etwa eine Million Jahre alten versteinerten Elefantenstoßzahn in der Provinz Hubei ausgegraben.

Der Dramatiker Klaus Pohl erhält für sein Stück „Das alte Land" den mit 10 000 Mark dotierten Mülheimer Dramatikerpreis.

Ein internationales Filmfestival mit dem Schwerpunkt auf fernöstlichen Produktionen wird vom 21. August bis zum 1. September in Montreal veranstaltet.

Dem Ost-Berliner Schriftsteller Eberhard Hilscher wurde ohne Angabe von Gründen die Ausreise zu einer Lesetournee durch die Bundesrepublik verweigert.

Rund fünfzig Veranstaltungen stehen auf dem Programm des „Rheinischen Musikfestes '85", das vom 1. bis 9. Juni in Duisburg stattfindet.

Die 32. Internationale Sommerakademie für bildende Kunst in Salzburg findet vom 22. Juli bis 24. August statt.

Das 25. Trickfilmfestival von Annecy findet vom 3. bis 9. Juni statt.

Johannes Holthusen, Professor für Slavistik an der Universität München, ist im Alter von 60 Jahren gestorben.

Ludwig Anschütz, seit 1962 Staatsschauspieler und seit 1974 Ehrenmitglied des Württembergischen Staatstheaters, ist 83jährig in Stuttgart gestorben.

Unwetter lösten Hitzewelle über Deutschland ab

DW. Bonn

Schwere Unwetter mit Gewittern und wolkenbruchartigen Regenfällen haben in Schwaben, Mittelfranken und der Oberpfalz am Dienstagabend und in der Nacht zum Mittwoch erneut Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Durch Blitzeinschlag brannten fünf Bauernhöfe ab, wobei nach Polizeiangaben Schäden von 1,5 Millionen Mark entstanden. Menschen wurden nach einer ersten Übersicht nicht verletzt.

In der Nacht zum Dienstag waren in den bayerischen Unwettergebieten drei Menschen ums Leben gekommen. In Kleinkötz bei Günzburg ertrank ein 53jähriger Bundeswehrbeamter, als er durch den starken Sog der Wassermassen in einen Abflußkanal gerissen wurde. Erst drei Stunden später konnte die Leiche des Mannes 1,5 Kilometer weiter an der Günz geborgen werden. Im Landkreis Ansbach erlitt ein Feuerwehrmann einen Herzinfarkt. Und bei Gunzenhausen im Altmühltal wurde ein 18jähriger Gymnasiast beim Beobachten von nistenden Vögeln vom Unwetter überrascht und von einem Blitz tödlich getroffen.

Felder wurden zu Schlammflächen

Bis zu zehn Tonnen humushaltigen Bodens pro Hektar seien bei den Regenfällen weggeschwemmt worden, hieß es in den betroffenen Gebieten Nordbayerns. Vor allem Mais- und Rübenäcker haben sich in diesem Gebiet in Schlammflächen verwandelt. Im rheinland-pfälzischen Landkreis Bad Dürkheim wurden 200 Feuerwehrmänner eingesetzt, um die Schäden einzudämmen, die auch in den umliegenden Weinbergen verheerende Ausmaße angenommen hatten.

Hunderte von Kellern standen gestern morgen in Mittelfranken teilweise bis zur Decke unter Wasser, mehrere tausend Liter Heizöl mischten sich durch umgestürzte Öltanks mit den Wassermassen, Straßen wurden durch Geröll blockiert. Die Bundesstraße 8 zwischen Oberferiden und Pfeifferhütte (Landkreis Nürnberger Land) senkte sich nach starken Regenfällen bis zu zweieinhalb Meter ab und bleibt gesperrt. Die Bahnlinie Regensburg–Nürnberg war zeitweilig durch die Unterspülung eines Dammes blockiert. Die Reparaturarbeiten dauern an, beim Personenverkehr kommt es zu Verzögerungen.

Dörfer für Stunden vom Verkehr abgeschnitten

In Südniedersachsen richtete das schwere Unwetter am Nachmittag und Abend des Dienstags nach ersten Schätzungen der Polizei und der betroffenen Gemeinden ebenfalls Schäden in Millionenhöhe an. In Spiekershausen (Kreis Göttingen) wurde ein neuer Sportplatz durch die Wasserfluten zerstört. Dörfer waren für Stunden vom Verkehr abgeschnitten, in einigen Ansiedlungen standen ganze Häuserzeilen im Wasser. Der heftige Dauerregen hatte auch zu Überschwemmungen auf der Autobahn geführt. Kilometerlange Staus waren die Folge, nachdem zahlreiche Böschungen abgerutscht waren.

Die Polizei und das Technische Hilfswerk hatten in der Nacht zum Mittwoch alle Hände voll zu tun, überschwemmte Keller leerzupumpen, Öltanks zu sichern und in Garagen im Wasser stehende Autos zu bergen. Wegen der Gefahr eines Bergrutsches und der Unterspülung ist die Landstraße 563 zwischen Uschlag (Kreis Göttingen) und Kassel noch mehrere Tage gesperrt. Andere Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen mußten gestern noch von Schlamm und Geröll geräumt werden.

Das Bonner Museum König widmet den 75 Ameisen-Arten in Deutschland eine eigene Ausstellung



Links das Portrait einer schwarzbraunen Wegameise (Lasius niger), aufgenommen im Raster-Elektronenmikroskop. Am Kopf des nur 4 Millimeter großen Tieres erkennt man bei 130facher Vergrößerung die starken Kiefer und die zwei Antennen in ihren „Kugelgelenken". An der Außenseite liegen die Facettenaugen. Rechts zwei kämpfende Ameisen.

FOTOS: DIE WELT/J. WEITMANN

Viehzüchter, Ackerbauer, Waldhüter: die Ameise

Von LUDWIG KÜRTEN

Sie ist eines der kleinsten Tiere und gleichzeitig eines der fleißigsten: die Ameise. 75 Arten teilen sich die Wälder in Deutschland. Wenig beachtet vom Menschen geht sie ihrer Arbeit nach, der Aufzucht der Brut etwa oder dem Bau und der Instandhaltung des Stocks. Mancher Waldspaziergänger hat gedankenlos in einem solchen Nest gestochert und sich über die aufgeregt herumlaufenden Tiere amüsiert, ohne zu bedenken, welchen Schaden er damit in der kunstvollen Konstruktion angerichtet hat. Die wenigsten Menschen wissen auch etwas über die erstaunliche Rolle, welche die Ameisen in der Ökologie unserer Wälder spielen. Die Bedeutung dieser Insekten würdigt zur Zeit eine Ausstellung der Deutschen Ameisenschutzwarte im Museum König in Bonn.

Die Ameisen gehören zu den Insekten und bilden in dieser Tiergruppe die Spitze der Evolution. Die 17 000 Arten auf der Welt haben mit ihren „Staaten" eine so hochstehende Form des Soziallebens entwickelt wie kein anderes Insekt und kaum ein Wirbeltier. So gibt es Ameisen, die Ackerbau betreiben und ihre Pflanzen düngen: Es sind die Blattschneiderameisen in Lateinamerika, die Pflanzenmaterial zerkauen und damit die von ihnen angelegten Kulturen eines bestimmten Pilzes düngen, von dessen Früchten sie sich ernähren.

Ameisen sind aber auch Viehzüchter. Sie halten sich bestimmte Blattläuse in richtigen „Herden". Diese Läuse saugen Pflanzensäfte und scheiden eine stark Zucker-haltige Flüssigkeit aus, mit der die Ameisen ihren Speisezettel bereichern. Diese pflegen ihrerseits die Läuse und beschützen sie vor allen möglichen Feinden.

Wie bei anderen Lebewesen hat die „Intelligenz" der Ameisen aber auch andere Blüten getrieben. So gibt es Sklavenhalter unter dieser Gattung. Sie überfallen die Nester anderer Arten, nisten sich dort mit ihrer Brut ein und bringen die Wirtstiere dazu, sich tatkräftig an deren Aufzucht zu beteiligen.

Ein Ameisenstaat ist ein hochkompliziertes Gebilde. Er besteht aus vielen tausend Individuen, die zu verschiedenen „Kasten" gehören. Am wichtigsten ist die Königin, die als einzige dazu befähigt ist, Eier zu legen und Nachwuchs hervorzubringen. Die Männchen, die sogenannten Drohnen, leben nur sehr kurz. Sie sind geflügelt wie die Königinnen, mit denen sie sich auf einem kurzen Hochzeitsflug paaren. Die Männchen gehen dann sofort ein, während die Königinnen ihre Flügel abstreifen und beginnen, Nachwuchs zu produzieren.

Sie können 25 Jahre lang den Samen des Männchens speichern und damit die Eier befruchten. Daraus entstehen dann die Arbeiterinnen, die die weit überwiegende Zahl der Tiere in einem Staat stellen. Die Arbeiterinnen sind unfruchtbar; sie haben also Zeit für alles, was im Nest anfällt. So füttern und pflegen sie die Königin, ziehen die Jungen auf, sammeln die Nahrung, bauen das Nest und verteidigen es obendrein noch gegen die Feinde.

Ein solcher Staat erfordert eine ausgeklügelte Verständigung zwischen den Individuen. Dazu bedienen sich die Ameisen der „Fühlersprache". Die langen Tastfühler an ihrem Kopf sind ihre wichtigsten Sinnesorgane, mit denen sie riechen und schmecken, Temperatur und Luftfeuchte feststellen können. Wenn sich zwei Ameisen begegnen, betasten sie sich mit ihren Fühlern. Die Ameisen können die Frequenz dieses „Betrillerns" ändern und so Informationen austauschen. Mit Hilfe der Tastfühler können zwei Tiere bei einer Begegnung aber auch „riechen", ob sie aus demselben Nest stammen.

Eine Arbeiterin besitzt große Kiefer, deren starke Muskulatur sie befähigt, das mehr als zwanzigfache ihres eigenen Gewichtes zu tragen. Auf diese Weise schleppen sie auch das Material für die großen Ameisenbauten zusammen. Diese komplizierten Gebilde sind wahre Meisterwerke der Bautechnik. Obwohl es für den Menschen so aussieht, als seien sie Wind und Wetter schutzlos ausgesetzt, sind sie nicht nur stabil, sondern auch wasserdicht.

Die Ameisen haben sogar eine Art Klimaanlage erfunden, mit der das Nest temperiert werden kann. Sie nutzen dabei die Sonneneinstrahlung und die Wärme aus, die bei den Fäulnisprozessen im Inneren des Baus entsteht. Bei kühlem Wetter schließen die Tiere mit ihren Leibern die Ausgänge und verhindern, daß die Fäulniswärme entweicht beziehungsweise die Kälte eindringt. Bei Sonnenschein kriechen dann viele Tiere an die Oberfläche, lassen sich von den Strahlen erwärmen und tragen die Wärme mit ihren Körpern in das Innere des Baus.

Ameisen können sich sehr gut gegen Feinde wehren. Einige Arten besitzen noch einen Stachel, andere wie etwa die Waldameise produzieren ein Gift, die Ameisensäure, das sie mit Drüsen am Hinterleib bis zu 50 Zentimeter weit spritzen können. (Nicht anders verteidigen sich übrigen die gefürchteten südamerikanischen Treiberameisen. Sie sind nur unvergleichlich aggressiver als ihre hiesigen Kollegen und fallen gleich in millionenfacher Stärke über ihre Gegner her. Eine qualvollere Art zu sterben, läßt sich kaum vorstellen.)

Ameisen ernähren sich überwiegend von anderen Insekten und Gliedertieren, die sie auf der „Jagd" erbeuten. Die Nahrung wird innerhalb eines Ameisenvolkes gerecht geteilt. Jedes Tier, das gefressen hat, speichert Nahrungsmaterial in einem besonderen Magen und kann es an hungrige Artgenossen weitergeben.

Ameisen vertilgen alle Beutetiere, derer sie habhaft werden können. Aus der Sicht des Menschen handelt es sich dabei sowohl um nützliche wie um schädliche Tiere. Eine solche Unterscheidung macht ein Tier natürlich nicht. Wichtig ist jedoch, daß Ameisen überwiegend die Insekten fressen, die in ihrer Umgebung gerade sehr häufig sind. Somit tragen sie dazu bei, Schadinsekten, die sich plötzlich und massenhaft ausgebreitet haben, zu kontrollieren.

Man weiß auch, daß ein „ameisenreicher" Wald weniger von Schädlingen befallen wird, daß hier mehr „Nutzinsekten" (so Schlupfwespen) vorkommen und darüber hinaus auch bis zu fünfmal so viele Vögel nisten. Eine Besiedlung des Waldes mit Ameisenvölkern kann gegen manche Epidemie von Schadinsekten vorbeugen. Die Deutsche Ameisenschutzwarte hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Zahl der Ameisennester in unseren Wäldern wieder zu erhöhen. Dazu werden neue Völker angesiedelt und umhegt.

Neuer Zyklon bedroht Bangladesch

DW. Dhaka

Über tausend Menschen sind bisher nach dem verheerenden Wirbelsturm vor der Küste von Bangladesch am vergangenen Freitag aus dem Meer gerettet worden. Die Tageszeitung „Banglas Bani" zitierte gestern Schiffahrtskreise, nach denen Fischerboote vor der am schlimmsten betroffenen Insel Urir Char Überlebende geborgen haben, die sich an Holzstücke klammerten und hilflos in der See trieben. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen in Genf dürfte die Zahl der Todesopfer der Flutwelle, die von dem Sturm ausgelöst worden war und Hunderte von kleinen Inseln und ganze Küstenbereiche überspült hatte, inzwischen bei 30 000 liegen. 275 000 Menschen haben, so ein Sprecher des Roten Kreuzes, „alles verloren". Jetzt bedroht erneut ein Wirbelsturm die Küste von Bangladesch. Das Wetteramt in Dhaka teilte gestern mit, im Golf von Bengalen, 1350 Kilometer vom Festland entfernt, bilde sich ein Zyklon, der in den nächsten Tagen das Land erreichen könnte.

Noch 15 Vermißte

AFP, Algeciras

Die Suche nach 15 Vermißten der Explosionskatastrophe vom Pfingstsonntag auf den beiden Öltankern „Petrogen I" und „Campo Navia" in der Bucht von Algeciras im äußersten Süden Spaniens ist nach 48 Stunden am Dienstag abend eingestellt worden. Insgesamt dürften 36 Menschen umgekommen sein. 21 Leichen wurden geborgen. Die noch nicht gefundenen Opfer dürften durch eine starke Meeresströming weggeschwemmt worden sein. Die Bergungsarbeiten seien abgebrochen worden, nachdem das Innere der beiden Tankschiffe und die gesamte Bucht nach den verschollenen Opfern der Schiffskatastrophe abgesucht worden seien, hieß es von offizieller Seite.

Busunglück

rtr, Ales

Bei einem Busunglück in Südfrankreich sind gestern fünf Schulkinder ums Leben gekommen. Die Polizei teilte mit, mindestens 30 Kinder seien verletzt worden, als der Bus mit einer Gruppe britischer Schulkinder im Alter zwischen zwölf bis 17 Jahren bei Ales nördlich von Nimes verunglückte. Das Fahrzeug habe sich vermutlich überschlagen.

Neuer Seenotkreuzer

120 Jahre Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

W. WESSENDORF Bremen

Mit der Taufe ihres modernsten Seenotkreuzers auf den Namen „Berlin" feierte die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) gestern ihr 120jähriges Bestehen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker als Schirmherr der Gesellschaft war Zeuge, als die 73jährige Gisela Thiem dem Seenotkreuzer in Bremen seinen Namen gab und der 11jährige Oliver Bunke das Tochterboot auf den Namen „Steppke" taufte. Die beiden Paten kamen aus Berlin. Die Gesellschaft will mit den Namen der Schiffe ihre Verbundenheit mit der Stadt an der Spree sowie ihren dort lebenden Mitgliedern, Spendern und Förderern ausdrükken.

Der Vorsitzende der DGzRS, Ernst Meier-Hedde, erinnerte daran, daß die Berliner bereits 1870 einen „Vaterländischen Verein zur Rettung Schiffbrüchiger" ins Leben riefen. Schon damals gab es ein Ruderrettungsboot „Berlin", das in Wilhelmshaven eingesetzt wurde.

Die DGzRS, die seit ihrer Gründung über 42 000 Menschen aus Seenot oder lebensbedrohender Gefahr gerettet hat, wurde am 29. Mai 1865 durch private Initiative ins Leben gerufen. Sie finanziert sich noch heute ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Darin unterscheidet sich der eingetragene Verein von den staatlichen Organisationen in den Nachbarländern.

Die 27,5 Meter lange „Berlin" wird in der Kieler Bucht in Laboe stationiert. Sie verfügt über eine Feuerlöschanlage, die 34 000 Liter Wasser in der Minute pumpen kann, und erreicht eine Geschwindigkeit von 24, das Tochterboot eine von 15 Seemeilen in der Stunde. „Steppke" ist für den Einsatz in flachen Gewässern bestimmt. Die „Berlin" löst die fast 30 Jahre alte „Theodor Heuss" ab.

Das Schiff ist eine Neuentwicklung nach den Erfahrungen der DGzRS und einer von vier Bauaufträgen für Seenotkreuzer, die von Spezialwerften an der Unterweser gebaut worden sind oder kurz vor ihrer Fertigstellung stehen. Zwei Schiffe der 23-Meter-Klasse baut Abeking & Rasmussen; die beiden 27-Meter-Schiffe stammen von der Friedrich Lürssen-Werft in Vegesack. Die vier neuen Seenotkreuzer sind als Schweißkonstruktion ganz aus Leichtmetall gebaut, das Seewasser widersteht, und zeichnen sich durch Seetüchtigkeit sowie ihre selbstaufrichtenden Eigenschaften aus. Sie sind für den Einsatz bei jedem Wetter im Küstengebiet und auf hoher See bestimmt. Die etwa 23 Millionen Mark zur Finanzierung des Neubauprogramms stammen aus privaten Mitteln.

LEUTE HEUTE

Golfen

Nach einer temperamentvoll vorgetragenen Rede für die Gleichberechtigung der Frau im Auswärtigen Ausschuß des japanischen Parlaments kam für Außenminister **Shintaro Abe** gestern das dicke Ende. Abgeordnete hielten ihm vor, daß er nicht einmal im eigenen Haus für Gleichberechtigung sorge. Zielpunkt der Kritik: Tokios vornehmster Golfclub Koganei hatte der stellvertretenden Außenministerin **Mayumi Moriyama** die Teilnahme an einem Diplomaten-Turnier verweigert und bemerkt, schließlich seien auch Königin **Elizabeth** und Premierministerin **Margaret Thatcher** nicht zugelassen worden. Außenminister Abe, so seine Kritiker, hätte das Turnier sofort abbrechen müssen.

Vertagen

Man sprach bereits von einer Wende im zweiten Prozeß gegen **Claus von Bülow**. Das dürfte zu vorschnell gewesen sein. Denn jetzt hat seine ehemalige Geliebte, die schwarzhaarige Schauspielerin **Alexandra Isles** (39), die am Montag überraschend in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, die belastenden Aussagen wiederholt, die für die Verurteilung von Bülows im ersten Prozeß mit entscheidend waren. In Abwesenheit der Jury erklärte sie im überfüllten Gerichtssaal von Providence (Rhode Island), Bülow selbst habe ihr erzählt, er habe stundenlang zugesehen, wie seine Frau **Martha („Sunny") von Bülow** ins Koma gesunken sei. Claus von Bülow schüttelte zu diesen Erklärungen nur den Kopf. Das Kreuzverhör der Zeugin Isles beschloß das Gericht zu vertagen.

Segeln

Der erste Deutsche, der die Welt „einhand" – allein und ohne irgendwo an Land zu gehen – umsegelt, steht kurz vor dem Ziel seiner abenteuerlichen Fahrt. **Wilfried Erdmann** (45) hat sich von einer Position nördlich der Azoren mit den lapidaren Worten gemeldet: „All well." Seine Frau **Astrid** in Goltoft bei Schleswig, die ihn auf mehreren seiner Segeltörns begleitet hatte, rechnet damit, daß er nach neun langen einsamen Monaten auf See zwischen dem 5. und 10. Juni im Olympiahafen von Kiel mit seiner Kutterslup „Kathena nui" anlegen wird – „vielleicht schon am 1. Juni, je nach Wind und Wetter".

Wackeln

Die Beamten im „Palacio de Lopez" in Asuncion sind äußerst besorgt. „Wenn man in einigen Räumen fest auftritt, wackeln die Wände", hieß es jetzt im 120 Jahre alten Amtssitz des paraguayischen Präsidenten **Alfredo Stroessner**. Das liegt nicht am starken Auftreten des Generals, sondern am jahrelangen Zersetzungswerk ganzer Armeen von Termiten. Mitarbeiter des Präsidenten befürchten, daß der Regierungspalast eines Tages einstürzen könnte.

Laufen

Einen Riesenempfang gab es jetzt in Vancouver an der kanadischen Pazifikküste für den 19jährigen **Steve Fonyo**. Der Beinamputierte war in 14 Monaten quer durch den amerikanischen Kontinent gelaufen – eine enorme Leistung, die Spenden in Höhe von umgerechnet 22 Millionen Mark für die Krebsforschung einbrachte. Der junge Mann, der sein linkes Bein im Alter von zwölf Jahren durch eine Krebserkrankung verlor, war im März vergangenen Jahres von Neufundland an der Atlantikküste zu seinem 8000-Kilometer-Lauf aufgebrochen. „Man nennt mich einen Helden", sagte der bescheidene Läufer, „aber ich bin keiner, ich bin nur ein 19jähriger, der Krebs hat."

Schnuppern

Seit Jahren lebt sie abgeschieden in ihrer Pariser Wohnung. Doch die Ankündigung eines neuen Parfums des französischen Modeschöpfers **Pierre Cardin** hat sogar **Marlene Dietrich** – sie soll bereits 82 Jahre alt sein – nicht kaltgelassen. Die Diva griff zum Telefon und hat Cardin, die erste sein zu dürfen, die an der Kreation „Maxim's" schnuppert. Ein Bote brachte ihr umgehend den schwarzen Kristallflakon.

Sinkende Schülerzahlen

AP, Wiesbaden

Die Schülerzahlen in der Bundesrepublik Deutschland sinken weiterhin. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, drückten im Schuljahr 1984/85 rund 7,5 Millionen die Schulbank. Das sind 5,7 Prozent weniger Schüler als im Jahr zuvor. Damit setzt sich die seit 1977/78 anhaltende Abnahme weiter fort. Den prozentual stärksten Rückgang verzeichneten mit 6,8 Prozent die Realschulen, den geringsten die Gesamtschulen mit 2,1 Prozent.

Teure Drogenabhängige

dpa, München

Nach Schätzungen der Krankenkassen kostet ein von harten Drogen Abhängiger die Versichertengemeinschaft rund 300 000 Mark, bis er sich zu einer Entziehung entschließt. Die Entzugsbehandlung schlägt noch einmal mit rund 43 000 Mark zu Buche. Diese Zahlen nannte gestern Bayerns Sozialminister Franz Neubauer.

Zug überfallen

dpa, Marseille

Mindestens sechs bewaffnete Zugräuber haben in der Nacht zum Mittwoch bei Marseille in Südfrankreich den Postwaggon des Fernzuges Nantes-Ventimiglia ausgeraubt. Die Bande entkam mit mehreren der 400 Postsäcke, die eingeschriebene Wertsendungen mit Schmuck, Kunstgegenständen und Bargeld enthielten. Zwei bewaffnete Männer hatten den Führer des Zuges, in dem 340 Reisende saßen, am frühen Morgen im Bahnhof von Tarascon bei Avignon zur Weiterfahrt gezwungen und dann den Zug auf freier Strecke bei Marseille halten lassen.

Rückrufaktion

HOR, Stuttgart

Rein vorsorglich, ohne konkreten Hinweis auf einen Schadensfall ruft die Daimler Benz AG rund 10 000 Fahrzeuge ihrer 190-Baureihe zur Überprüfung in die Werkstätten. Betroffen sind Autos aus dem Fertigungszeitraum Ende August bis Dezember 1983. Nach Mitteilung des Stuttgarter Automobilherstellers seien bei extremen Dauerlaufversuchen mit den Leichtmetallrädern der 190er Serie Anrisse im Bereich der Lüftungsöffnungen aufgetreten. Deshalb werden alle Räder jetzt genau kontrolliert. In der Bundesrepublik ist es das erste Mal, daß Mercedes eine Rückrufaktion startet.

WETTER: Im Norden freundlich.

Wetterlage: An der Südseite einer von den Britischen Inseln nach Skandinavien reichenden Hochdruckzone fließt in den Norden Deutschlands trockene Kaltluft. Im Süden bestimmt wolkenreiche Mittelmeerluft das Wetter.



Vorhersage für Donnerstag:

Im Westen und Norden heiter bis wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen an der See um 14, im Binnenland 17 bis 21 Grad. Übriges Deutschland wechselnd bewölkt und zeitweise schauerartiger Regen, örtlich auch Gewitter. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 22 Grad. Schwacher, nur in Gewitternähe böiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Im Norden etwas wärmer, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	15°	Kopenh.	15°
Dresden	15°	Las Palmas	22°
Essen	13°	London	17°
Frankfurt	14°	Madrid	22°
Hamburg	12°	Mailand	22°
List/Sylt	13°	Mallorca	24°
München	16°	Moskau	25°
Stuttgart	12°	Nizza	20°
Algier	19°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	18°
Athen	25°	Prag	18°
Barcelona	21°	Rom	22°
Brüssel	14°	Stockholm	24°
Budapest	26°	Tel Aviv	27°
Bukarest	24°	Tunis	23°
Helsinki	25°	Wien	23°
Istanbul	24°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.12 Uhr, Untergang: 21.28 Uhr; **Mondaufgang:** 18.04 Uhr, Untergang: 3.46 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Dorfschulze und Staatssekretär in einer Person

BERND LAMPE, Kiel

Nur ein Mitglied der ministeriellen „Bonner Tafelrunde" schafft heute noch den Nachweis, große und kleine Politik wirklich unter einen Hut zu bringen. Ein „Unikum" gleichsam, ein norddeutsches dazu: Peter Kurt Würzbach. Als parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium geht der CDU-Abgeordnete einem Full-time-Job nach; als Dorfbürgermeister von Klein-Rönnau im Schleswig-Holsteinischen verwaltet er die Basis. Worin liegt der Reiz einer solchen Doppeltätigkeit?

In Bonn hat er es mit einem 50-Milliarden-Mark-Etat für 650 000 Angestellte zu tun, in Klein-Rönnau mit einem 1,5-Millionen-Mark-Haushalt für 1200 Dorfbewohner. Wenn in Bonn die Spitze des Ministeriums tagt, tut sie's abhörsicher und abgeschirmt auf der Hardthöhe. Der Gemeinderat von Klein-Rönnau trifft sich dagegen unmittelbar vor der Kreisstadt Bad Segeberg in „Thun's Gasthof" oder „Goldlion", wie der Laden seit der Übernahme durch einen Chinesen heißt und seither von zwei golden angestrichenen Löwen aus Kunststein bewacht wird.

Die Gemeindevertreter – acht von der CDU, zwei von der FDP und einer von der SPD – tagen am Wochenende; beschwert hat sich noch keiner – auch, wenn es einmal Sonntag wird. 15 Jahre lang hat der Gründer der CDU in Klein-Rönnau das Amt des Bürgermeisters inne. Die Übung wird deutlich, wenn der 47jährige die Sitzung im Gasthaussaal mit kleiner Laienspielbühne vor 30 Zuhörern eröffnet, die Vollzähligkeit feststellt und die Niederschrift der letzten Sitzung genehmigen läßt, in der der sozialdemokratische Vertreter einen Abschreibfehler entdeckt hat.

Dann geht es um ein heruntergekommenes Haus. Würzbach, der sich die Woche über mit komplizierten Waffensystemen und dem Beförderungs- und Verwendungsstau beschäftigen muß, stellt fest: „Bei dem letzten Schandfleck im Dorf kommen wir noch nicht zu Potte." Ferner ist von einer abgebrannten Würstchenbude die Rede und von „schwarz" gebauten Ställen in der Gemarkung. „Tiere gehören ins Dorf", erklärt der Bürgermeister angesichts schwindender Landwirtschaft in der begehrten Wohngemeinde und fährt fort: „Doch die Anlagen müssen gefällig fürs Auge sein." Die Feststellung „Wellblechhütten mitten auf der Pleine machen wir nicht mit" erinnert daran, daß der Bürgermeister Berufsoffizier war, ehe er, als Oberstleutnant entlassen, in die Politik ging.

Wenn die Stellungnahme der Klein-Rönnauer zu Bebauungsplänen von zwei Nachbargemeinden gefordert wird, rät Würzbach seinen Kommunalpolitikern, keine Einwände zu erheben, denn: „Wir verbitten uns, daß andere uns reinreden; also reden wir auch anderen nicht rein." Zügig werden die Tagesordnungspunkte abgehakt – bis hin zur Genehmigung eines Gemeindewappens.



Ein Full-time-Job in der Politik reicht ihm nicht: Peter Würzbach

Als es um eine Bauverordnung geht, kann der Bundespolitiker einbringen, der Bonner Wohnungsbauminister bereite eine Vereinfachung vor. Durch Bauvorschriften leidgeprüft, fügt der Kommunalpolitiker Würzbach hinzu: „Hoffentlich wird es auch ein guter Wurf."

Nicht von ungefähr begründet Würzbach seinen „Spaß" am Amt des Dorfschulzen mit dem Hinweis, „dabei spürbare Politik ohne einen dazwischengeschalteten beamteten Verwaltungsfilter zu erleben". Eine Rückkoppelung, die die meisten Bundespolitiker nicht ausgeprägt genug erlebten. Nicht von ungefähr steht er auch heute noch hinter seiner Forderung, die er 1976 aufstellte, als er zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurde, nämlich die Zahl der Wahlkreise zu Lasten der Liste zu erhöhen; das schaffe mehr Bürgernähe.

Daß der „Parlamentarische" heute noch Bürgermeister ist, verdankt er einer Ausnahmegenehmigung im Ministergesetz. Das Kabinett unter Vorsitz des Kanzlers stimmte dem Antrag geschlossen zu.

ZU GUTER LETZT

„Die Bremerhavener Ärzteschaft trauert um ihren Kollegen, der als Arzt und Chirurg höchstens Ansehen genoß." Annonce im Bremer Ärzteblatt.

